

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 49 – 9. Dezember 2006 | Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland | C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Weihnachtseinkäufe: Je nach Bundesland können viele Deutsche jetzt auch an den Adventssonntagen ihre Geschenke für den Gabentisch kaufen. Ob die Menschen den Sonntag zum Einkaufen wirklich wollen, hat noch niemand gefragt. Zwar zeigt der Handel sich mit den bisherigen Umsätzen zufrieden, aber dies läßt noch keine Rückschlüsse darauf zu, ob der zusätzliche Arbeitstag für die Verkäufer auch mehr Geld in die Kassen spült.

Foto: keystone

Die stille Enteignung

Schlechte wirtschaftliche Lage in Deutschland entwertet Immobilien

Von Klaus D. Voss

Die verheerende Wirtschaftspolitik bringt viele Menschen um ihr Vermögen, auch die, die sich mit ihrer Kapitalanlage relativ sicher glaubten. Wer in den vergangenen zehn Jahren Rücklagen auf klassische Art gebildet hatte, muß scharf nachrechnen – im Konzept für die Altersvorsorge sind Immobilien, besonders Eigenheime, nur noch in speziellen Fällen eine einträgliche Anlage. Annehmbare Renditen sind allein in ausgesuchten Lagen sicher. Damit drohen vielen Menschen in Deutschland Vermögensverluste wegen der ausgesprochen schlechten wirtschaftlichen Entwicklung.

Das „Institut für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen" (IFS) hat die Entwicklung zwischen 1995 und 2005 ausgewertet. Die Zahlen des Berliner Instituts gelten als exzellente Basis, denn hinter dem IFS stehen Verbände und Unternehmen der Bau- und Wohnungswirtschaft, Bausparkassen und Banken sowie Forschungsinstitute.

Zwar sind nach IFS-Angaben die Mittelwerte der Wohnimmobilien in den letzten zehn Jahren nominell um rund sechs Prozent gestiegen, inflationsbereinigt werden die Wertverluste aber deutlich. Einfamilienhäuser waren im Durchschnitt Ende 2005 rund 173 000 Euro wert, 8,5 Prozent weniger als 1995. Der Wertverlust eines Einfamilienhauses in den neuen Bundesländern betrug 18,2 Prozent auf nur noch 99 400 Euro. Bei den Eigentumswohnungen sind die Abstriche noch dramatischer: 14,5 Prozent (West) und 27,4 Prozent (Ost).

Die Fachleute empfehlen, eine sorgfältige Bewertung nach Standort und Lage vorzunehmen. So seien zum Beispiel Eigenheime besonders in Hamburg und Berlin zu empfehlen, Mehrfamilienhäuser in München und Augsburg.

Schuld an der stillen Enteignung beim überwiegenden Teil der Immobilienbesitzer sind die lahmende Wirtschaftsentwicklung und Fehler der Politik. Während in Ländern mit florierender Wirtschaft, etwa Spanien, Großbritannien und den USA, die Immobilienwerte um bis zu 160 Prozent gestiegen sind, müssen Menschen in Deutschland um ihr Vermögen fürchten. Das IFS glaubt, daß sich die Immobilienmärkte erst dann wieder positiv entwickeln können, wenn die Arbeitslosenquote sinkt und die Realeinkommen steigen.

Dringend bereinigen soll die Bundesregierung die hohen Nebenkosten beim Grunderwerb, die „wie eine Bremse auf Arbeitnehmer wirken, die mobil sein wollen", wird IFS-Direktor Stefan Jokl zitiert. Doch statt die Grunderwerbsteuer von 3,5 Prozent, die Aufwendungen für die Beurkundungen und Grundbucheintragungen, jeweils auf den vollen Immobilienwert bezogen, zu senken, bedient sich die Politik weiter. Berlin wird künftig sogar 4,5 Prozent Steuer beim Grunderwerb verlangen.

Die deutschen Immobilien gelten im internationalen Vergleich als deutlich unterbewertet – einer der Gründe, warum vorwiegend angelsächsische Anlagefonds in Deutschland großräumig einkaufen: 48 000 kommunale Wohnungen in Dresden durch das US-Unternehmen „Fortress", Anlagen in Brandenburg oder, das ist noch geplant, auch Siedlungen im Ruhrgebiet. Aus Sicht der ausländischen Investoren gelten die Sozialwohnungen als „Schnäppchen", besonders dann, wenn sie mit Bedürftigen belegt sind, für die der deutsche Staat de facto als Garantiemieter einstehen muß.

Klaus D. Voss:

Aufgepaßt

Zeitgenossen, die die Kapitalmärkte beobachten, kennen das Phänomen: Im Advent bricht an den Börsen diese gewisse Unruhe aus, die Eingeweihte „Dezember-Rallye" nennen. Offen gesagt, dahinter stecken die Manager diverser Fonds, die zum Jahresende die Kurse ihrer Anlagen künstlich aufbessern müssen. Mit allen Tricks und Manövern, die das Aktienrecht gerade noch so deckt. Schließlich zählt nur, was die Bilanz im Dezember auf dem Letzten ausweist.

Sensible Naturen, also die mit einem untrüglichen Gefühl für Anstand und Ehrlichkeit, wären versucht, Manipulationen solcher Art einen „Betrug" zu nennen. Aber was zählt noch Anstand in der Welt der großen Zahlen?

Auch die Politik ist kein Spielfeld für sensible Geister, jedenfalls nicht, wenn man die Aktiven von heute bewerten müßte. Unter ihnen grassiert „Dezember-Fieber" in dieser Form: Schöne Versprechen machen im Advent. Viele Zeitungen und Fernsehsender neigen zum Jahresschluß dazu, sich in den Rückblicken mit allerhand Menschen und Mächten zu beschäftigen. Wie gut paßt es da, sich auf der Umfrageskala der beliebtesten Politiker ein paar Positionen nach oben gelobt zu haben. Beck und Müntefering wünschen alles Gute und mehr Geld in der Tasche – das ist alle Jahre das Standardversprechen; auch unsere Kanzlerin Angela Merkel hat ein Herz für die Sorgen der Bürger, gönnt uns einen beachtlichen Einkommenszuwachs. Danke für die Erinnerung.

Gutes Geld in der Tasche werden wir auch brauchen, denn nach Silvester müssen wir erst einmal den dicken Batzen verdauen, den uns die Große Koalition fürs nächste Jahr geschenkt hat – die größte Steuererhöhung aller Zeiten.

Einfach Schwamm drüber nach sieben Jahren

Die Grünen stellen sich nicht der Diskussion über die Fehler ihrer Regierungszeit – Künftig nur ein Thema: Klimawandel

Von Klaus Apfelbaum

Manchmal dauern eben Schrecksekunden 365 Tage oder länger: Die Grünen haben sich seit Ende der rot-grünen Regierung nicht mit der Oppositionsrolle anfreunden können. Der Bundesparteitag in Köln mußte jetzt die Partei aus ihrer Lethargie befreien. Vorgabe eins, die Personalfrage, war erfüllt: Das Leittier Joschka Fischer ist inzwischen recht erfolgreich auf dem Campus der Princeton-Universität ausgewildert worden. Vorgabe zwei fällt deutlich schwerer: Die Partei braucht ein neues Selbstverständnis, „radikal und realistisch" soll das Erlösungsmotto umschreiben.

Was sich so „radikal" nennen läßt, ist aber nichts wirklich Neues: Die Grünen haben sich in Köln wieder ihrem alten „Katastrophismus" verschrieben – das Waldsterben von einst heißt heute Klimawandel und verkauft sich sogar noch besser.

Im politischen Werkzeugkasten stecken denn auch fast die gleichen Instrumente: Maut für die Innenstädte (früher: Fahrverbot), Steuern auf Flugbenzin (früher: Beschränkungen für Urlaubsflüge), Tempolimit 130 auf der Autobahn (früher Tempo 100). Das ist zeitgemäßer, schließlich fährt auch die grüne Klientel mittlerweile leistungsstärkere Limousinen.

Der Themenwechsel ist Methode, schließlich können die Grünen mit ihren – nur fiktiven – Umweltschutzzielen beim Phantomthema Klimaerwärmung auf Zukunftsängste der Bürger spekulieren und Punkte machen – solange es bei Umwelt-Sandkastenspielen bleibt. Das in Köln, angeblich „realistisch", formulierte Ziel, den Kohlendioxyd-Ausstoß bis zur Jahrhundertmitte um 80 Prozent vermindern zu wollen, werden sie nicht einlösen müssen.

Auch das war Methode, denn bei den wirklichen Umweltthemen haben die Grünen, selbst als sie noch in Regierungsverantwortung standen, nie so recht Ernst machen wollen. Wenn Umweltschutzziele – in der Regel auf Druck der Europäischen Union – in anwendbare Regelungen umgesetzt waren, entwickelten die Grünen regelrechte Berührungsängste zu diesen Fragen. Kaum anders ist zu erklären, daß weder die Feinstaub-Vorschriften umgesetzt wurden noch die Regelungen zum Lärmschutz. Auch Fahrbeschränkungen wegen extremer Ozonwerte, einstmals ein grünes Steckenpferd, wurdem in dem heißen Sommer 2006 nicht weiter verfolgt. Die Sache mit dem Dieselruß hatte ebenfalls keine Eile mehr.

Befreit haben sich die Grünen mit einen Federstrich von der Aufgabe, die Fehler aus sieben Jahren rot-grüner Regierungsarbeit aufzuarbeiten. So werden auch die außen- und verteidigungspolitischen Probleme, etwa der Kosovo-Krieg und seine Folgen oder die nicht durchdachte Intervention in Afghanistan, aus grüner Sicht zu den Akten gelegt.

Nicht bereinigt dagegen ist das Führungsproblem der Partei. Nach wie vor sind die neuen Bundesländer in der Partei wenig vertreten, und die Spitzen Claudia Roth, Reinhard Bütikofer und Fritz Kuhn hat der Parteitag bei den Wahlen bestraft. Die besten Stimmenzahlen hingegen erhielten Reinhard Loske und Jürgen Trittin, beide Vertreter radikaler Positionen – grünes Hartholz.

Mit der Konzentration auf den gefälligen Wahlkampfschlager Klimaschutz bei Verzicht auf andere, sperrige Debattenthemen verfolgen die Grünen ein taktisches Ziel – sie wollen sich nicht mehr wegen extremer Positionen politisch isolieren lassen. So sehr hängt die Partei inzwischen der Sehnsucht nach Regierungsbeteiligung nach, daß sie sich für Koalitionen aller Art bereithalten will; der Fraktionsvorsitzende Kuhn arbeitet schon eifrig an seiner schwarz-grünen oder schwarz-gelb-grünen Vision.

Entwaffnende Nächstenliebe

Der Papst gab sich in Istanbul äußerst zahm und trotzdem kämpferisch

Von BERNHARD KNAPSTEIN

Beginn einer Reise: Papstpuppen brannten in der Türkei zwar keine, aber das fehlende Willkommen – sagen wir es ruhig deutlicher – die demonstrative Ablehnung der Reise des katholischen Kirchenoberhauptes in die zwar laizistische, aber eben islamische Türkei, war schon ein Feuerwerk für sich. Die Regensburg-Affäre schwelte in den muslimischen Köpfen. Auch in deutsch-türkischen Diskussionsrunden im Internet schwang eine ordentliche Portion Haß gegen Rom mit. Aufkleber mit der Aufschrift „Gott verfluche den Papst" prangen in mehreren türkischen Städten an Hauswänden. „Er kommt nicht mit guten Absichten", wetterte die fundamentalistische türkische Zeitung „Vakit" denn auch nach Eintreffen des Papstes in Ankara. Die Organisation eines katholisch-orthodoxen Kreuzzuges unterstellten ihm andere.

Es bedurfte also keiner brennenden Papstpuppen, um seine Reise mit mehr Sicherheitspersonal zu schützen als zuvor jene des US-Präsidenten George Bush.

Desinformation prägte die Stimmung zu Beginn von Ratzingers Reise in die Türkei.

So deuteten Journalisten von „Yeni Safek" und der Tageszeitung „Hurriyet" den gelegentlichen Griff des Kirchenoberhauptes an das Brustkreuz – eine bei vielen Geistlichen häufige Geste der Verbindung zu Gott – im Scheinwerferlicht der Kameras von 150 live berichtenden Fernsehsendern als Schwäche, als ein Verstecken des Kreuzes und des Glaubens.

Wie herzlich wenig Papst Benedikt XVI. sich jedoch – von Anbeginn an – versteckte, bewies er als er am ersten Tag in einer Ansprache gezielt mit dem Satz anhub: „Ich möchte einige Sätze von Papst Gregorius VII. aus dem Jahr 1076 zitieren, an einen muslimischen Prinzen aus Nordafrika gerichtet …". Mitten im Satz eine kleine Pause, ein Lächeln auf seinem Gesicht … – so mancher dachte an dieser Stelle wohl an ein zweites Regensburg – doch Gregorius sprach nicht über das Übel des Islams, sondern über Liebe zwischen Christen und Muslimen, die den gleichen, den einen Gott anbeten.

Der rhetorische Kniff Benedikts XVI., der nicht nur von einem tiefen religiösen Selbstbewußtsein zeugt, sondern auch von einer ordentlichen Portion Humor, ließ insbesondere deutsche Journalisten durchatmen, die in ihm immer noch den Dogmatiker, ja sogar den Großinquisitor gesehen haben.

Bei Benedikt XVI. – der, kaum im Amt, seinen wissenschaftlich schärfsten Gegner, Hans Küng, nach Rom eingeladen hatte, der als Deutscher die Polen im Handumdrehen für sich gewinnen konnte – bei diesem Papst darf man eigentlich nicht von überraschenden Gesten überrascht werden.



Ungebetener Gast: Der Papst beim türkischen Ministerpräsidenten (l.) Foto: pa

Eine solche Geste war sein gemeinsames Gebet mit dem Großmufti von Istanbul Mustafa Cagrici in der blauen Moschee. Benedikt XVI. war nach Johannes Paul II. damit der zweite Papst überhaupt in der Geschichte des Christentums, der eine Moschee besuchte. Damit brach er die letzte Reserviertheit bei den meisten Muslimen auf.

Der Papst hat durch seine entwaffnende Nächstenliebe alle Zweifler von seiner Aufrichtigkeit überzeugt. Ein Kreuzzug? Im übertragenen Sinne: Ja, aber einer auf samtenen Pfötchen!

„Überraschung" titelten tags drauf die meisten türkischen Zeitungen. Doch schon kurz vor dem Besuch der Blauen Moschee hatten nur noch 20 türkische Fundamentalisten, von mehr als 50 Journalisten und 20 Fernsehkameras beobachtet, vor der Hagia Sophia gegen die päpstliche Visite des einst größten Kirchenbaus des Christentums demonstriert. „Die Hagia Sophia ist türkisch und wird türkisch bleiben", lautete ihr wirres Motto zu einem von niemandem bezweifelten Sachverhalt.

Die Hagia Sophia ist nicht nur ein Symbol des oströmischen Imperiums, des alten Konstantinopels, sondern auch des Schismas zwischen katholischer und orthodoxer Kirche.

Als am 28. Mai 1453 die Osmanen zum letzten blutigen Sturm auf die Mauern der Stadt ansetzten, beteten Christen der beiden verfeindeten Kirchen in Eintracht zum letzten Mal in der Hagia Sophia. Zwei Tage später war sie eine Moschee.

Der Fall Konstantinopels ist die Geschichte einer verweigerten militärischen Unterstützung aus Rom. Benedikt XVI. ist ein Mann, der in historischen Dimensionen denkt, er weiß das. Er strebt die Überwindung des 1000jährigen Schismas an und will seinen Teil dazu beitragen.

Seine Teilnahme an der Liturgie zum orthodoxen Andreasfest des Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus I. in Istanbul war ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Erst jetzt, nach dem Ende der apostolischen Reise in die Türkei, wird sich allerdings nach und nach zeigen, was von der christlich-muslimischen Annäherung (in der Türkei) bleiben und was aus der katholisch-orthodoxen Verständigung werden wird, mit welchem Willen und welcher Nachhaltigkeit sich der Islam von Gewalt und Terrorismus zu distanzieren vermag und inwieweit Katholiken und Orthodoxe bereit sind, Strukturen und Glaubenskultur des Gegenübers innerhalb der einst geeinten Kirche zu akzeptieren.

Benedikt XVI. hat in der Türkei zwei mehrfach verriegelte Tore aufgestoßen, Tore, die leicht auch wieder zufallen könnten.

Ausgekuschelt – Neue Töne bei der EKD zum Dialog mit Muslimen

Alles hat eine Grenze. Auch die „Evangelische Kirche in Deutschland" (EKD) hat jetzt eine Demarkationslinie festgeschrieben – eine für den Dialog zwischen Christen und Muslimen.

Für die EKD, deren Würdenträger bisweilen gänzlich schmerzfrei und bis zur Selbstaufgabe den Schulterschluß mit den Muslimen und Andersgläubigen gesucht sowie die multikulturelle und multireligiöse Vielfalt gelebt hatten, ist das schon revolutionär, das Grenzen setzen.

Die vom früheren sozialdemokratischen Bundesbildungsminister Jürgen Schmude und der Islamwissenschaftlerin Christine Schirrmacher erarbeitete Handreichung „Klarheit und gute Nachbarschaft" enthält die neuen Leitlinien und ist ein offizielles EKD-Papier.

Die wichtigsten Positionen: Christen begegnen Muslimen auf Augenhöhe und nur gut vorbereitet, der Dialog ist Indikator für die eigene Standfestigkeit, Scheidepunkt ist die Heilsbedeutung Christi, einen aufrechten Dialog führen heißt, den eigenen Glauben nicht ausklammern und dem Missionsauftrag nachgehen.

Worum es den Kirchenoberen der EKD geht, macht Christine Schirrmacher noch einmal deutlich: „Wahrhafte Toleranz gedeiht nach evangelischer Überzeugung nur im Vertrauen auf die konkrete Wahrheit Gottes, nicht durch ihre Verleugnung." Mit anderen Worten: Pastoren und Gemeindereferenten, die sich um den Dialog mit Muslimen bemühen, dürfen nicht das eigene Glaubensbekenntnis in Zweifel ziehen. Genau das war wohl bisher in multireligiösen Gesprächsrunden ein häufiges Ergebnis – das Verschweigen oder Verwässern des eigenen Glaubensstandpunktes, um nur ja nicht zu provozieren. Mit der Broschüre hat die EKD notwendige Eckpfeiler eingerammt, auch wenn diese Eckpfeiler – anders als für die strenge Hierarchie der katholischen Kirche – nur eine Empfehlung sind.

Das Postulat des Missionsauftrages erscheint dabei besonders bemerkenswert. Christen sind auch gegenüber Muslimen ihrem Zeugnisauftrag verpflichtet.

Es geht also nicht nur darum, seinen Glauben nicht zu verleugnen, sondern vielmehr auch darum, ihn zu verbreiten – sagen wir es deutlicher: zu christianisieren.

Hinsichtlich islamistischer Gewalt, ob nun ausgeführt oder nur geduldet, wird der Ratsvorsitzende der EKD Wolfgang Huber noch deutlicher: „Wer sich uneinsichtig und unbelehrbar zeigt, verdient keine Toleranz, auch nicht christliche." *B. K.*

Kontakt: 040/414008-0

Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42

www.preussische-allgemeine.de

Die Schulden-Uhr: Bund drückt sich

Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt ist sauer. Da hatte man über die weitere Verwendung der finanziellen Mittel aus dem Solidarpakt bis ins Jahr 2019 beschlossen und dabei die neuen Länder bei einem wesentlichen Punkt übervorteilt. Renten seien Sache des Bundes und nicht der Länder und so hatte Milbradt gehofft, daß der Bund 60 Prozent der DDR-Sonderrenten übernehmen würde, statt dessen zahlt er nun nicht ganz 40 Prozent.

1.539.126.916.720 €

(eine Billion fünfhundertneununddreißig Milliarden einhundertsechsundzwanzig Millionen neunhundertsechzehntausend und siebenhundertzwanzig)

Vorwoche: 1.537.849.551.170 €
Verschuldung pro Kopf: 18.656 €
Vorwoche: 18.640 €

(Stand: Dienstag, 5. Dezember 2006, www.steuerzahler.de)

Streitpunkt: Polnische Minderheit

Polen in Deutschland angeblich unterdrückt – Deutsche jenseits der Oder von Warschau besser behandelt?

Von H.-J. VON LEESEN

Seitdem sich die deutsch-polnischen Beziehungen auf Regierungsebene deutlich verschlechtert haben, führt die polnische Seite immer wieder als eine der Ursachen – ja ein Sejm-Abgeordneter hat sogar behauptet, als die wichtigste Ursache – die Behauptung an, in der Bundesrepublik Deutschland würden die Rechte der polnischen Minderheit eingeschränkt. In einem Grundsatzbeitrag in der „FAZ" behauptete Prof. Mariusz Muszynski, Vorstandsvorsitzender der „Stiftung für Deutsch-Polnische Aussöhnung", und das Vorstandsmitglied der „Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit" Krzysztof Rak in der Behandlung der polnischen Minderheit fehle die Gegenseitigkeit. Während Polen der deutschen Volksgruppe viele Vorrechte einräume, gebe es solche Vorrechte für die polnische Minderheit in Deutschland nicht.

Der Sejm-Abgeordnete Marek Kawa der nationalkatholischen Partei LPR führte im Interview mit einer deutschen Zeitung als „Beweis" für die Benachteiligung einer polnischen Minderheit in der Bundesrepublik an, im Bundestag gebe es keine polnischen Abgeordneten wie früher im Reichstag.

In der deutschen Öffentlichkeit wird diese von den Polen angegebene Begründung für eine Verschärfung der deutsch-polnischen Situation offensichtlich kaum beachtet; jedenfalls findet man in den meinungsbildenden Medien keine kritische Prüfung solcher Behauptungen, und das obgleich offenbar die polnische Regierung beziehungsweise die die Regierung bildenden Parteien solche angeblichen Benachteiligungen als Grund vorschieben, um anzudrohen, die Rechte der deutschen Minderheit in Polen einzuschränken, was bislang allerdings nicht in die Tat umgesetzt wurde.

Was hat es mit einer polnischen Minderheit in Deutschland auf sich? Wenn der Sejm-Abgeordnete Kawa auf polnische Abgeordnete im deutschen Reichstag verweist, dann kann er nur den Reichstag im Kaiserreich, also bis 1918, gemeint haben. Damals gehörten zum Reich unter anderem die preußischen Provinzen Posen und Westpreußen, in denen ein erheblicher Prozentsatz der Bevölkerung Polen waren. Ihre Partei kandidierte zum Reichstag und konnte einige Abgeordnete ins Plenum entsenden. Mit der Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg gingen aber diese Provinzen dem Deutschen Reich verloren; sie bildeten zusammen mit den vorher zu Rußland gehörenden Teilen Polens und den von Polen mit Waffengewalt eroberten Teilen Weißrußlands und der Ukraine einen eigenen Staat Polen. Seitdem gibt es in Deutschland kein polnisches Siedlungsgebiet mehr.

Besagte Minderheit ist nicht existent

In der Zeit der Industrialisierung, als in Deutschland die Wirtschaft boomte, wanderten viele Polen vor allem in das Ruhrgebiet ein, um im Bergbau und in der Stahlindustrie zu arbeiten. Hier wurden sie seßhaft und leben dort seit mehreren Generationen. Sie haben sich mit der einheimischen Bevölkerung gemischt. Nur noch manche Familiennamen zeugen davon, daß in der Ahnenreihe ein Pole zu finden ist. So wie die Deutschen mit französischen Nachnamen, Zeugnisse hugenottischer Vorfahren, fühlen sich die allermeisten heute als Deutsche.

Weitere Polen sind nach dem Zweiten Weltkrieg etwa in der Zeit, als in Polen Ausnahmezustand herrschte, als politische Flüchtlinge in die Bundesrepublik gekommen. Nun ist noch nie bekannt geworden, daß diese Polen sich zusammengeschlossen hätten, um den Status einer nationalen Minderheit anzustreben. Aber selbst wenn das geschähe, wären damit noch nicht die Voraussetzungen für eine nationale Minderheit gegeben, denn es ist nicht allein ins Belieben einer Gruppe von Menschen gestellt, ob sie als Minderheit anerkannt werden. Zwar setzt diese Anerkennung voraus, daß ihre Mitglieder sich ihrer besonderen Eigenart bewußt sind, die sich von der Eigenart des Mehrheitsvolkes unterscheidet, und daß sie diese Eigenart erhalten wollen, doch reicht das nicht aus.

Die Rechte sind mehr als umfangreich

Kürzlich hat der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Christoph Bergner, beim Besuch der deutschen Volksgruppe im dänischen Nordschleswig zusammengefaßt, welche Bedingungen eine nationale Minderheit in Deutschland erfüllen muß. Es sind das: 1.) Ihre Angehörigen sind deutsche Staatsangehörige. 2.) Sie unterscheiden sich vom Mehrheitsvolk durch eigene Sprache, Kultur und Geschichte, also durch eigene Identität. 3.) Sie wollen diese Identität bewahren. 4.) Sie sind traditionell in Deutschland heimisch, und 5.) sie leben hier in angestammten Siedlungsgebieten, sie sind, wie der Fachausdruck lautet, autochthon.

Auf die Polen, die frühestens Ende des 19. Jahrhunderts nach Deutschland eingewandert sind, treffen diese Merkmale nur zum kleinsten Teil zu.

Ob die in Nordrhein-Westfalen lebenden Menschen mit polnischen Familiennamen sich wirklich von ihren Nachbarn unterscheiden wollen, ist unwahrscheinlich. Vor allem aber sind sie, selbst wenn sie eine polnische Identität pflegen wollen, nicht traditionell in Deutschland heimisch.

In Deutschland sind nur vier Minderheiten anerkannt, nämlich die Dänen im nördlichen Schleswig-Holstein, die Sorben in Brandenburg und Sachsen. Ferner werden den Friesen die Rechte von Minderheiten eingeräumt ebenso wie den Sinti und Roma.

Diese Rechte sind umfangreich. Sie gehen von dem Recht auf eigene Schulen und Kindergärten, Rundfunksendungen in eigener Sprache, zweisprachige Ortsbezeichnungen bis zum Gebrauch der Minderheitensprache vor Gericht und vor Ämtern. Die Liste der Rechte ist lang.

Wenn es in Deutschland keine anerkannte polnische Minderheit gibt, dann nicht etwa, weil hier lebende Polen von der deutschen Regierung unterdrückt würden, sondern weil sie nicht die Voraussetzungen für den Minderheitenstatus erfüllen.

Vorwürfe von polnischer Seite Deutschland gegenüber sind daher nichts als Polemik.

Das Zittern geht weiter

Von Harald Fourier

Der Abgeordnete einer Oppositionsfraktion beschreibt es so: „Es war toll zu sehen, wie die gezittert haben. Nicht nur die Senatoren, auch die Abgeordneten, die Staatssekretäre, die Referenten. Die wußten: Es geht jetzt um alles.“

Gemeint ist natürlich der Tag der fast verpatzten Wiederwahl von Klaus Wowereit, an dem er beinahe an seinen eigenen Leuten gescheitert wäre. Am Ende ging er mit einer einzigen Stimme Mehrheit angeschlagen durchs Ziel.

Jetzt, nachdem der neue Senat doch noch ins Amt gehievt worden ist, sah es zunächst so aus, als wollten SPD und Linkspartei die Vergangenheit ruhen lassen und sich ganz der Sacharbeit widmen. Weit gefehlt!

Die Vergangenheit holt die beiden Koalitionspartner immer wieder ein. Erst vor kurzem begaben sich SPD-Mitglieder im Prenzlauer Berg auf einen historischen Rundgang, bei dem sie über die Verbrechen der Kommunisten in Mitteldeutschland aufgeklärt wurden (*PAZ* 46). Sie waren schier fassungslos über die Verbrechen der Stalinisten.

Und jetzt hören sie aus dem Munde führender PDSler schon wieder die Rechtfertigung eben dieses Terrors: Die 47jährige Bezirksstadträtin Almuth Nehring-Venus (Linkspartei) ist der Auffassung, die Vereinigung von SPD und KPD sei 1946 nicht alleine auf Druck der Sowjets und der KPD erfolgt.

Frau Nehring-Venus blieb die Antwort auf die Frage schuldig, auf welchen Druck denn sonst 13 Jahre vor ihrer Geburt dieser Zusammenschluß erfolgt sein könnte. War vielleicht „die Reaktion“ schuld – oder „die Familie von George Bush“ oder „die Kirche“? Aus welchen Geschichtsbüchern die rote Stadträtin ihre Kenntnisse bezieht, ist auch eine Frage, der mal jemand nachgehen sollte.

Es wäre nichts weiter geschehen, wenn Frau Nehring-Venus nur eine unbedeutende Lokalpolitikerin wäre und sie ihre Thesen an ihrer roten Basis zum besten gegeben hätte. Hat sie aber nicht. Sie tat es bei der Eröffnung einer Schau zur Stasizentrale am Prenzlauer Berg. Und demnächst soll sie ein Amt in der Landesregierung erhalten, nämlich Staatssekretärin beim Wirtschaftssenator.

Und deswegen streiten SPD und PDS jetzt wieder lautstark über die „richtige“ Interpretation der Vergangenheit. Es kann gut sein, daß das Zittern auf der Regierungsbank weitergeht. Denn solche Aussagen wie die von Frau Nehring-Venus – die macht niemand unüberlegt. Die Linkspartei/PDS testet offensichtlich ihre Grenzen aus und gedenkt, angetrieben vom aufgestauten Unmut der eigenen Basis, ihr „Profil“ zu schärfen, auf Kosten des Koalitionspartners, versteht sich.

Deutsch ist tabu

EU-Projekt »Baltic Fort Route« soll alte Burgen an der Ostsee touristisch vernetzen



44 000 Euro für das Freilegen von Wurzeln: Die EU-Subventionsmaschine hat die Spandauer Zitadelle entdeckt.

Foto: Caro

Von Markus Schleusener

Am Sonntag war die Zitadelle Spandau noch eine Bastion für die deutsche Sprache. Die größte Berliner Festungsanlage beherbergte eine 150köpfige Gesellschaft: Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ vergab den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten. Preisträgerin war in diesem Jahr die Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann.

Der Preis für Nachwuchsjournalisten ging an Thomas Paulwitz, den Schriftleiter der Zeitschrift „Deutsche Sprachwelt“, die sich als Kampfblatt gegen Anglizismen und Sprachpanscherei versteht. „Wir kämpfen gegen die Verhunzung der deutschen Sprache und machen Menschen Mut, sich dagegen zu wehren“, sagte Paulwitz in seiner Dankesrede.

Es war eine schöne Rede an einem schönen Sonntag.

Montag früh sieht die Welt ganz anders aus. In die Zitadelle eingeladen hat das Bezirksamt Spandau. Genauer gesagt in die „Citadel Spandau“, es geht nämlich um ein Projekt der Europäischen Union – und da ist Deutsch offenbar tabu.

Zusammengekommen sind etwa 60 Vertreter aus insgesamt sechs Staaten: Deutschland, Polen, Litauen, Russische Föderation, Ukraine und Luxemburg. Zwei Russen sind aus Königsberg da. Das Ganze ist ein Informationsaustausch über Festungsanlagen im Ostseeraum. Das Projekt lautet offiziell „Baltic Fort Route“, eine geplante Touristenroute, welche die vielen deutschen Festungen entlang der südlichen Ostsee vernetzen soll.

Eine Tagung in Deutschland, ohne einen einzigen Briten oder Iren, die sich praktisch ausschließlich mit deutschem Kulturerbe befaßt, und dennoch wird nach dem Willen der Veranstalter alles auf englisch verhandelt – eine bizarre Situation.

In der letzten Reihe sitzen die Abgesandten aus Tiegenhof bei Danzig. Einer von ihnen ist Jacek Kosiorek. Er versteht kein Deutsch. Er versteht aber leider auch kein Englisch. Deswegen macht er einen gelangweilten Gesichtsausdruck. Wenn er wenigstens wüßte, daß in seiner Tagungsmappe ein „Glühweingutschein“ für den nahegelegenen Weihnachtsmarkt in der Spandauer Altstadt versteckt ist! Aber den könnte er ja sowieso nicht entziffern.

Der Pole versteht nur eine Rede, nämlich die von Andrzej Kunt, dem Bürgermeister von Küstrin. Kunt ist der einzige, der sich nichts aus den Vorgaben der EU macht. Er hält seine Rede auf polnisch. Und die wird dann übersetzt. Ins Englische versteht sich.

Alle anderen Redner, überwiegend Deutsche wie die Mehrzahl der Teilnehmer, sprechen englisch. Und das, obwohl Osteuropäer bekanntlich Deutsch als Verhandlungssprache bevorzugen. Die meisten Teilnehmer wirken deswegen so gelangweilt wie Kosiorek. Viele gehen herum und machen Bilder mit ihren Digitalkameras, laden die Bilder auf ihre Klapprechner hoch, bearbeiten die Bilder. Kaum einer folgt den Vorträgen.

In denen geht es um die Herstellung von Werbeschriften oder um Fragen wie: „Für welche Konzerte ist meine Burganlage geeignet?“ Die Chefin der Zitadelle, Andrea Theißen, spricht über „Leben auf Burgen“ (Life on Fortresses).

Ein Redner berichtet über ein EU-gefördertes ABM-Projekt, bei dem 25 ausländische Arbeitslose ein Jahr lang das Laub zusammengeharkt haben usw. Er zeigt dazu Bilder von Wurzeln und erzählt, daß die Projektmitarbeiter Wurzeln entfernen mußten, die sonst das Mauerwerk der Zitadelle gesprengt hätten. 44 000 Euro hat dieses Projekt gekostet.

Christoph Pienkoss vom „Deutschen Verband für das Wohnungswesen“ berichtet über Chancen für den Tourismus auf der Europäischen Route für Backsteingotik (European Route of Brick Gothic). Der „Kulturtourist“, weiß er, will Kirchen sehen. Allerdings ist es so, daß immer mehr Kirchen stillgelegt werden, weil es in den neuen Bundesländern keine Gläubigen mehr gibt.

Ist das jetzt schade? Nein. Denn in Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel würden Kirchen wie die Jacobikirche in Stralsund mit staatlichen Geldern umgewandelt in Theater oder Restaurants, sagt er, und nennt das eine „positive Entwicklung“.

Den einzigen wirklich wertvollen Redebeitrag liefert ein Pole aus Küstrin. Er heißt Ryszard Skalba, stellt sich aber ohne mit der Wimper zu zucken als „Richard Skalba aus Küstrin“ vor (in der Teilnehmerliste wird er unter „City Kostrzyn, Poland“ aufgeführt). Er spricht über die Bedeutungen von Festungsanlagen und stellt einen Einladungstext vor, den er von einer Journalistin hat schreiben lassen.

Darin heißt es: „Der Herrscher mußte sich den Kopf darüber zerbrechen, wie er sein Gebäude finanziert. Oder, um es einfacher zu sagen: Wem er welche Steuern auferlegt und wer sie eintreibt.“ Er sind immer die gleichen Fragen, die die Menschheit beschäftigen. Das war so zu den Zeiten, als weiter östlich der Deutsche Ritterorden seine majestätischen Burgen errichtete, und so ist es in der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten.

Schätzungsweise 700 Millionen Euro fließen aus Brüssel jedes Jahr nach Berlin zurück (ein Teil von den Milliarden, die vorher von den Deutschen dorthin überwiesen worden sind) – für Projekte wie diese Konferenz, bei denen sich Teilnehmer bunte Bilder von Wurzelentfernungen am Mauerwerk der Zitadelle Spandau anschauen.

Richard Skalba ärgert sich nicht so sehr über das Geld, aber um so mehr über die Konferenzsprache Englisch. Er spricht zwar genauso gut Englisch wie Deutsch. Trotzdem meint er spontan: „Ich hätte lieber deutsch gesprochen, aber das ist hier eben die EU – da spricht man nur englisch.“ Polen müssen sich an den alltäglichen EU-Wahnsinn eben noch gewöhnen.

Studie: Tausende Beamte sind überflüssig

Berlins Kommunalbedienstete nach Senatsuntersuchung in der Kritik: Zu langsam und zu zahlreich

Von Patrick O'Brian

Bis zu 40 Prozent der Stellen in der Berliner Verwaltung, das ergibt eine neue Senatsstudie, könnten wegfallen. Einfach so. Ohne, daß die Bürger etwas spürten. Das Personal in Berlin arbeitet nämlich viel weniger effizient als das anderer Kommunen.

Das hat Folgen: Das An- oder Ummelden eines Autos ist seit jeher ein Horrortermin für viele Berliner. Schlimmer als der Besuch beim Zahnarzt. Lange Schlangen sind vor dem Kfz-Amt in Kreuzberg schon morgens die Regel. Und viele Antragsteller haben das Gefühl, daß ausgerechnet an dem Tag, an dem sie sich dorthin bemühen, auch allerlei zwielichtige Gestalten vorbeischauen, um ihre Behördengänge zu absolvieren. Dem einen oder anderen wird es angst und bange beim Gedanken an die verdächtige Nachbarschaft, die ihn in der Warteschlange erwartet.

Aber jetzt kommt Bewegung in die Angelegenheit. Wegen der miserablen Kassenlage und wegen einer Sache, die der Finanzsenator mit POP abkürzt: Personaloptimierungspotential. Darunter versteht er die Zahl derjenigen, die überflüssig sind in der Verwaltung der Stadt.

Thilo Sarrazin (SPD) wäre nicht Thilo Sarrazin, wenn er seine Studie nur kleinlaut präsentiert hätte. Nein, Sarrazin hat, wie für ihn üblich, zur Keule gegriffen und blies zur großen Pressekonferenz.

Der Einladungstext las sich harmlos: „Die Senatsverwaltung für Finanzen hat in einem Vergleich der Berliner Bezirke mit 27 deutschen Städten untersucht, mit welchem Personaleinsatz ausgewählte kommunale Aufgaben und Leistungen und Dienstleistungen erledigt werden.“

Zwar drang im Vorfeld nichts nach außen, was bei der Studie herausgekommen sei. Aber wer den Finanzsenator kennt, konnte sich denken, daß er mit einem aussagekräftigen Papier aufwarten würde, das seine Forderung nach massivem Personalabbau bekräftigt. So kam es dann auch.

Mehr als ein Drittel der 25 000 Beschäftigten der kommunalen Behörden sei schlichtweg überflüssig, besagt die Studie. „Wenn wir uns an den besten Kommunen orientieren, könnten sogar 40 Prozent aller Stellen eingespart werden“, rechnet Sarrazin vor.

43 unterschiedliche Leistungen wurden miteinander verglichen, so wie Autozulassung, Parkpflege, Einbürgerung, Meldeangelegenheiten oder Bibliotheken. Verglichen wurden die Berliner Werte unter anderem mit denen von Bremen, Chemnitz, Dortmund, Gelsenkirchen, Hamburg, Kiel, Köln, Leipzig, Magdeburg, Mannheim und Rostock.

Die Resultate sind erschreckend. Ein Berliner Beamter nimmt pro Jahr gerade mal 88 Einbürgerungen vor. Sein Mainzer Kollege schafft im gleichen Zeitraum 243. Oder die Schulen: In Berlins Berufsschulen kommt ein nichtpädagogischer Angestellter (Hausmeister, Sekretärin etc.) auf 128 Schüler. In Herne muß er für 506 Jugendliche dasein. Auch in Bonn sind es deutlich mehr: 292 Schüler pro Mitarbeiter.

Die Studie hat für reichlich Aufregung gesorgt. Die Bezirksbürgermeister und die Beamtenlobby halten die Zahlen für „unrealistisch“. Die Boulevardpresse dagegen fordert Personalabbau. „Ausreden und Gejammer helfen nicht weiter“, schimpft ein Blatt.

Die Kritik an den Kommunalbediensteten ging so weit, daß sich der Senator hinterher zur Distanzierung von den eigenen Erkenntnissen genötigt sah: „Hier werden die Mitarbeiter verunglimpft und in ein schiefes Licht gerückt“, moserte er über einen Artikel im Boulevardblatt „B.Z.“.

Dabei war es doch Sarrazin selbst, der die Zahlen der Öffentlichkeit präsentiert hatte. Das ist typisch Sarrazin. So ähnlich war es auch, als er feststellte, der argentinischen Staatshaushalt sei „solider als der Berliner“ – und das kurz nach dem totalen Zusammenbruch der Finanzen des südamerikanischen Landes. Hinterher hat er es dann immer *so* nicht gemeint.

Besonders schlecht kommt übrigens das eingangs erwähnte Kraftfahrzeugverkehrsamt in der Studie weg. Es ist kein Wunder, daß Berliner Autofahrer dort so viel Zeit verplempern müssen. Jetzt steht nämlich amtlich fest: Die Angestellten arbeiten im Schneckentempo. Ein Mitarbeiter der Berliner Zulassungsstelle schafft es, im Jahr 193 Fahrzeuge zuzulassen, rechnerisch weniger als ein einziges pro Arbeitstag. Ein Kölner bearbeitet 1228 Anträge dieser Art abschließend – mehr als sechsmal so viele!

ICAT startet Volksbegehren

Am 29. November hat die „Interessengemeinschaft des Verkehrsflughafens Tempelho“f (ICAT) ein Volksbegehren gestartet. Ziel ist es, den Weiterbetrieb des Flughafens Tempelhof als internationalen Innnenstadtflughafen zu sichern. Der Senat hat vor, den legendären Flughafen 2007 für immer zu schließen.

Die ICAT verweist auf die Einmaligkeit des Gesamtkonzepts in technischer, architektonischer und städtebaulicher Hinsicht. Mit dem Volksbegehren soll das Berliner Abgeordnetenhaus „auf demokratischem Wege zu einer endgültigen Aufhebung der Schließungsverfahren für Tempelhof“ bewegt werden.

Die Initiatoren hoffen, die für das Volksbegehren nötigen 20 000 Unterschriften bis Weihnachten zusammen zu haben.

Keine andere europäische Metropole verfügt mehr über einen solchen Zentralflughafen wie Tempelhof, der nur fünf Autominuten von der Stadtmitte entfernt liegt.

Peter Westphal

Zeitzeugen



Wilhelm v. Humboldt – Der gebürtige Potsdamer (1767–1835) gilt als Begründer des modernen deutschen Bildungswesens. Seine während der napoleonischen Besatzung Preußens erarbeiteten Reformen machten das deutsche Schul- und Universitätswesen zum Vorbild für die Welt. Dies trug wesentlich dazu bei, daß Deutsch zur weltweit angesehenen Bildungs- und Wissenschaftssprache aufstieg.

Johann Bayer – Der Sternenforscher brachte 1603 sein Werk „Uranometria" heraus, in welchem er sämtlichen für ihn sichtbaren Sternen des Firmaments einen Namen nach einem bestimmten System verlieh: Der von der Erde aus hellste Stern erhielt von Bayer den griechischen Buchstaben Alpha, gefolgt von Beta, Gamma und so weiter. Dann folgte der Name des Sternbildes im lateinischen Genitiv – der hellste Stern des Bildes Zentaur heißt somit „Alpha Centauri". Die Bezeichnungen des Deutschen sind bis heute international gültig.



Gottfried W. Leibniz – Der „letzte Universalgelehrte" (1646–1716) erfand nicht nur eine mechanische Rechenmaschine oder das Dualsystem, die Basis des heutigen Computerwesens. Als früher Aufklärer legte er die Grundlagen für die klassische deutsche Philosophie, mit der die deutsche Geisteskultur ein Niveau erreichte, das später den Ruf des „Volkes der Dichter und Denker" hervorbringen sollte.

Sigmund Freud – Der Arzt und Tiefenpsychologe (1856–1939) ist der Begründer der Psychoanalyse. Seine Werke sind bis in unsere Tage eine wesentliche Basis der modernen Seelenheilkunde. Mithin wurde durch Freuds Werke Deutsch zu jener Sprache, aus der andere, etwa englische Begriffe der Psychoanalyse erst nachträglich hergeleitet werden mußten.



Jacob und Wilhelm Grimm – Die Märchensammlung der Brüder (Jacob 1785–1863, Wilhelm 1786–1859) trug unzählige alte deutsche Erzählungen in alle Welt, wo sie heute wie selbstverständlich in die „eigene" Tradition der anderen Völker eingegangen sind. Mit ihren sprachwissenschaftlichen Studien setzten sie ebenfalls Weltmaßstäbe – „Grimm's law" nennen die Angelsachsen noch heute das Gesetz der sprachgeschichtlichen Lautverschiebung.

Der Tod des Deutschen

Die Wissenschaft spricht Englisch – Muttersprache bald nur Freizeitsprache?

Von Sverre Gutschmidt

Die englische Sprache dominiert die Wissenschaftskommunikation. Wer von der Scientific Community wahrgenommen werden will, muß englisch publizieren", so die Kurzfassung eines Artikels von Jürgen Trabant, Professor für Romanische Sprachwissenschaft der Freien Universität Berlin, im Österreichischen Rundfunk. Der Romanist setzt sich darin jedoch für Deutsch und somit für das Gegenteil ein. Das Fremde verdreht die Botschaft, statt „wissenschaftlicher Gemeinschaft" versteht der Leser den Professor falsch – Englisch als sprachverwirrendes Element ist folgenreich wie das Beispiel zeigt.

Die EU unterstützt die Sprach-Bagatellisierung

Die Verweigerung der eigenen Sprache ist kein Einzelfall. Weil die Denglish-Community – unterstützt von der EU – Wissenschaftsenglisch zum Muß erklärt, versteppt die Muttersprache, läßt sich Anerkennung zunehmend nur mit fremden Idiomen erlangen. Die Folgen: Wissenschaftler wandern ab, die weltweite Verständigung leidet, weil sich nicht alle dem Sprachdiktat fügen – Franzosen und Chinesen sowie die islamische Welt schon gar nicht. Investitionen in hiesige Bildung verwandeln sich in Förderung fremder Wissenschaftsstandorte.

Daß junge Popsternchen ihre „choreo" mit „attitude" rüberbringen oder „flat" singen, daran mußten wir uns im Fernseh-Alltag gewöhnen. Aber nicht nur dort ist Deutsch auf dem Rückzug, auch in der Wissenschaft. Eine Generation von schulisch früh angloamerikanisch Geübten will sich beweisen. Daß jedoch selbst in der Germanistik Vorlesungen in englischer Sprache als fachlich bessere Alternative gelten, ist eine neue, deutsche Besonderheit. Früher betraf es Bücher, jetzt das gesprochene akademische Wort. In kaum einem Land der Welt wird die Muttersprache so unterdrückt, wenn sie wissenschaftliches Neuland prägen könnte. Ein Problem, zumal präzise Unterschiede mit angelernten Begriffen einer fremden Sprachwelt ungenau zu erfassen sind. Deutsche Wörter gehen so in der Gegenwart kaum in andere Sprachen über. Diese Zurückhaltung im Umgang mit dem eigenen Wort hat mit Globalisierung und Internationalität wenig zu tun. Denn obwohl Hochschulen heute auf internationale Elitenbildung und ausländische Studierende setzen, ließe die große Zahl der Studierenden und Wissenschaftler, die Deutsch als Muttersprache angeben, einen lebensfähigen, deutschsprachigen akademischen Betrieb erwarten.

Dennoch gilt selbst vor ausschließlich heimischem Publikum der englischsprachige Dozent mehr. Er ist heute der Regelfall, der widerspenstige Akademiker, der die Sprache Goethes bevorzugt, gilt als Auslaufmodell. An Philosophie-Instituten kommen Heidegger, Kant und Fichte nur noch in Nischen vor. Mit der neuen Sprache ändern sich so auch Inhalte. Der Politikprofessor, der seinen trockenen Lehrverpflichtungen nach einem USA-Aufenthalt mit Lesungen in gebrochenem Schulenglisch nachkommt, ist nur ein Beispiel. In den Naturwissenschaften ist der Prozeß noch weiter fortgeschritten. Medizinische Fachsprache ist Englisch, Latein wird zurückgedrängt. An Schulen, die auf sich halten, werden naturwissenschaftliche Grundkenntnisse auf Englisch vermittelt – diese Schüler würden deutsche Ausdrücke für derartige Zusammenhänge womöglich nie hören, sagt Trabant.

US-Dozenten warnen vor Entwicklung

Englischen Muttersprachlern von universitären Fremdspracheninstituten graut davor. Sie dürfen die Schäden reparieren und versuchen, die Akademiker mit ihrer eigenen Sprache zu versöhnen. Sie schärfen ihnen ein: „Englisch verstehen ist gut, aber doziert und publiziert lieber deutsch, wenn ihr verstanden werden wollt."

Der Bologna-Prozeß, der seit Ende der 90er die akademischen Landschaften Europas harmonisiert, beschleunigt die sprachliche Selbstveräußerung. Um EU-weit vergleichbare Abschlüsse und Inhalte zu erreichen, werden der bachelor (verkürzter Studienabschluß), credits (Leistungspunkte), und europäisierte Doktorarbeiten eingeführt. Kurzum: Das Humboldtsche Ideal universeller Gelehrsamkeit und der Kern des einst weltweit bewunderten und Nobelpreisträger erzeugenden deutschen Bildungswesens geraten aus dieser Richtung unter Beschuß. Wenn deutsche Unis sich derart in schlechte Kopien angelsächsischer verwandeln, warum nicht gleich dort studieren und forschen, sagen sich schon heute viele Forscher. Wirtschaftliche Motive werden nicht nur seitens der EU für die Vereinheitlichung vorgeschoben. Richtig verwerten lassen sich wissenschaftliche Patente nur in Amerika. Private Universitäten in Deutschland werben mit der Zahl ihrer Veranstaltungen auf Englisch und locken so mehr zahlungswillige Studierende an. Der internationale Standard, das Hauptargument Deutsch zu streichen, entsteht in den USA. Nur die Proklamation vor den anderen dort sichert Ruhm und Ertrag. Der Prozeß hat somit Methode – Geistesleistungen werden transferiert. Das utopische Argument, eine westliche Geistessprache schaffen zu wollen, ist dagegen kaum ausschlaggebend. So übertrugen Wissenschaftler Sigmund Freud zwar problemlos ins Englische, Deutsche übersetzen heute aber keine amerikanischen Texte mehr in ihre Muttersprache.



Medizinseminar: Englisch dominiert in den Vorlesungen. Foto: keystone

Die erkenntnisstiftende Funktion der eigenen Sprache bleibt bei all dem auf der Strecke. Die Chance, daß Wissenschaftliches in den allgemeinen Sprachschatz übergeht, auch. Mit dem Verlust der National- als Wissenschaftssprache droht eine Trennung der gesellschaftlichen Schichten – so wie im Mittelalter, der großen Vorbildepoche der Englischbefürworter. Latein lernte und verstand damals der Engländer übrigens genauso wie der Deutsche – allerdings nur, wenn er Klerus oder Adel angehörte. Die wahre Motivation ist somit Abgrenzung, der Wunsch Avantgarde zu sein.

Eine wissenschaftliche Untersuchung, inwieweit das Englische tatsächlich geeigneter ist, steht aus. Es bleibt die Modeerscheinung – eben wie bei der „choreo", der Choreographie.



Totgesagte Sprachen leben länger

Latein gilt als tote Sprache, wenngleich die etwa 240 vor Christus im mittelitalienischen Latium entstandene Wurzel der romanischen Sprachen heute im Vatikanstaat Amtssprache ist. 400 Jahre nach dem Untergang des Römischen Imperiums endete auch das Lateinische als Volkssprache. In den ehemaligen Provinzen des alten Roms hatten sich längst Dialekte durchgesetzt. Das Lateinische blieb als Hochsprache der Wissenschaften (Rechtswissenschaften, Philosophie und Medizin) an den Hochschulen (studia generalia) sowie als Kirchensprache erhalten und entwickelte sich weiter. Geschichtsstudenten müssen noch heute an den meisten Hochschulen neben dem Latinum auch Kenntnisse des Mittellateins, der Sprache des Mittelalters, vorweisen können. Bis ins 18. Jahrhundert blieb das Lateinische (Neulatein) als Universalsprache für wissenschaftliche Veröffentlichungen und auch als Sprache der Diplomatie erhalten. So wurde noch der Westfälische Friede 1648 zu Münster und Osnabrück im Lateinischen verfaßt (acta pacis westphalicae).

Supranationale Antibabypille per Videotext

Noch heute nutzen wir lateinischstämmige Affixe in unserer Sprache: „supra"national, „Anti"babypille, „Video"text bringen vollständig dem Lateinischen entlehnte Begriffe neu in Mode: „Prekariat" (precarium = geliehener, schutzloser Besitz).

Auch wenn Englisch das Lateinische als Wissenschaftssprache zu verdrängen droht, in den Rechtswissenschaften das Französische und Englische das Lateinische überlagert haben und auch in der Medizin Neuentwicklungen in englischer Sprache international bekannt gemacht werden, wird Latein noch heute an Gymnasien unterrichtet, vorausgesetzt es gibt genug Lateinlehrer, was nicht überall der Fall ist. Es gibt sogar eine Entwicklung an den weiterbildenden Schulen, wonach Latein wieder mehr als bisher als zweite oder dritte Fremdsprache angenommen wird, an einigen Schulen sogar das Französische verdrängt hat. Latein, die totgesagte Sprache, gilt noch heute als Schlüssel für das Erlernen weiterer beliebter Fremdsprachen und als unabdingbar für das spätere Studium. *B. Knapstein*

Als Wissenschaftler noch Deutsch sprachen

Die Sprache der Dichter und Denker hatte einmal eine ähnliche Rolle wie vorher Latein und heute Englisch

Von Manuel Ruoff

Im Zuge der Aufklärung wurde in Deutschland, wie auch in anderen europäischen Ländern, das Latein als Wissenschaftssprache durch die Landessprache ersetzt. Zum einen galt Latein als die „Pfaffensprache", die Sprache Roms, die Sprache des Papstes, und im Zuge der Aufklärung versuchten sich die Wissenschaften beziehungsweise die Wissenschaftler von der Vormundschaft der Kirche und deren Doktrinen zu befreien. Zum anderen entsproß der Wechsel zur Landessprache einem Ansatz von Demokratisierung. Viele Wissenschaftler wollten heraus aus dem sprichwörtlichen „Elfenbeinturm", Wissenschaft nicht mehr um ihrer selbst betreiben, sondern mit ihr der Allgemeinheit dienen, und da lag es nahe, in der Sprache der Landsleute zu lehren und publizieren. Das erklärt, warum Deutsch zur Wissenschaftssprache in Deutschland wurde. Doch sie wurde es nicht nur dort, wo sie Landessprache war, wo sich das Volk ihrer bediente. Vielmehr wurde sie zu einer internationalen Sprache der Wissenschaft, und das nicht ohne Grund in einem Jahrhundert, das man hier und da auch schon einmal als das deutsche bezeichnet, denn das 19. Jahrhundert brachte dem Land einen enormen Industrialisierungsschub und schließlich auch noch die nationale Einheit.

Wirklich nur exemplarisch sei hier auf das „Journal of the American Chemical Society" verwiesen. Während der vier Jahrzehnte vom Reichsgründungsjahr bis 1910 wurden in jener wichtigsten US-Chemie-Zeitschrift die deutschsprachigen Fachorgane „Berichte der Deutschen Chemischen Gesellschaft", „Liebig's Annalen der Chemie" und „Zeitschrift für physikalische Chemie" 751mal zitiert. Das englischsprachige „Journal of the Chemical Society" bringt es dagegen gerade einmal auf 141 Zitate. Schon die Rolle einer Lingua Franca, einer wissenschaftlichen Verkehrssprache in der Tradition des Latein wird dem Deutschen eingeräumt, wenn 1910 im „Zoological Record" russische, norwegische oder portugiesische Veröffentlichungstitel zur Erläuterung nicht etwa ins Englische, sondern ins Deutsche übersetzt werden.

Diese herausgehobene Stellung verlor die deutsche Sprache im 20. Jahrhundert, das nicht zu Unrecht als das US-amerikanische bezeichnet wird. Der Anfang vom Ende kam mit dem Ersten Weltkrieg. Das Gros der Wissenschaftler solidarisierte sich nicht nur in Deutschland mit seinem Staat und darüber zerfiel die Gelehrtenrepublik, die Gemeinschaft der Wissenschaft. Im Rahmen des großen Krieges gegen die Deutschen bekämpften deren Gegner auch deren Sprache in der Wissenschaft. Nach Deutschlands Kriegsniederlage wurden mit dem Land auch seine Wissenschaftler und seine Sprache als Parias diskriminiert. In den 20er Jahren löste das Englische das Deutsche als meistverwandte Sprache in den naturwissenschaftlichen Publikationen ab. Die NS-Herrschaft verstärkte diesen Trend noch, und das nicht nur wegen der vielen Wissenschaftler, die in die USA emigrierten und deren Sprache annahmen. Erneut spaltete sich Europa, und wieder ging Deutschland aus einem Weltkrieg als Verlierer hervor mit den entsprechenden Folgen für die Sprache. In den 40er Jahren überholte das Englische das Deutsche nun auch erstmals bei der Zahl der jährlichen Zitate in chemischen Fachzeitschriften. Und ein Ende der Entwicklung ist nicht in Sicht.

Durch Unschärfe an die Macht

Jürgen Rüttgers macht ein wenig auf sozial und stilisiert sich so selber zum Hoffnungsträger

Von Hans Heckel

In der Medienwahrnehmung gilt Jürgen Rüttgers als Repräsentant des linken CDU-Flügels, der mit seinen Vorschlägen zur Verlängerung des ALG-I-Bezugs für ältere Arbeitslose die Sozialdemokraten auf der roten Schiene überholen will. Sein schlechtes Ergebnis beim Dresdner Parteitag, nur knapp 58 Prozent der Delegierten gaben ihm die Stimme für einen Stellvertreterposten, scheint zu bestätigen, daß sich der NRW-Ministerpräsident in eine Abseitsposition bugsiert, ein Eigentor geschossen hat.

Der Eindruck täuscht gleich zweimal. Näher betrachtet redet der einstige „Zukunftsminister" im letzten Kabinett Kohl nämlich nicht weniger unscharf als seine Parteichefin und Kanzlerin. Ja, Deutschland brauche Reformen, so der gebürtige Kölner, nur müsse es dabei „sozial gerecht zugehen". Nichts anderes sagt Angela Merkel seit Jahren, ihre Unentschlossenheit zwischen „rechtem" und „linkem" Parteiflügel, zwischen den Marktliberalen und den Sozialpolitikern in der Union, ihre Zustimmung zu den Anträgen aus beiden Lagern in Dresden trägt längst den Namen „System Merkel".

Kritiker werfen ihr zu Recht vor, sich aus purem Machtkalkül bewußt bedeckt zu halten und inhaltliche Positionen nur halbherzig und insoweit mitzutragen, als sie es für ihren eigenen Machterhalt als zweckmäßig erachtet. Rüttgers hat diese erfolgreiche Strategie offenkundig für sich entdeckt und will sie übernehmen.



Er sitzt Angela Merkel im Nacken: Jürgen Rüttgers Foto: Vario-press

Allerdings hat er auch erkannt, daß die sozialpolitische Linie zu mehr Sicherheit, mehr staatlichen Wohltaten im Volk derzeit höher im Kurs steht als marktliberale Reformideen. Daher verschiebt er seinen Akzent ein klein wenig in die linke Richtung. Er tut dies mit derselben Beliebigkeit, mit welcher die amtierende CDU-Vorsitzende Themen und Forderungen je nach eigenem Vorteil besetzt und vorantreibt. Dies zeigt deutlich: Jürgen Rüttgers hat, daran hat die Abstimmungsschlappe von Dresden nichts geändert, noch viel vor in der Bundespolitik. Er will ganz nach oben. Und er hat gelernt – sei es aus eigenem Erleben oder aus Anschauung anderer –, daß man nach oben nicht als einer kommt, der ohne Wenn und Aber mit bestimmten Inhalten identifiziert wird.

Diese bewußte Unschärfe macht ihn zum mittelfristig gefährlichsten Konkurrenten von Angela Merkel. Er wird lauern und auf Fehler der Regierungschefin warten. Inzwischen baut sich der 55jährige das Profil eines Hoffnungsträgers, der mit der denkbar breitesten Palette von Positionen bis weit ins SPD-Lager hinein imstande wäre, die CDU nach einem Scheitern der Großen Koalition wieder an jene „40 Prozent plus x" heranzuführen, welche für eine „Kleine Koalition" mit eindeutiger Unionsdominanz nötig wären. Ein skurriler Anfangserfolg: In einer von der NRW-SPD in Auftrag gegebenen Umfrage nach dem „beliebtesten SPD-Politiker" des Landes antworteten die meisten Nordrhein-Westfalen: „Jürgen Rüttgers".

Für die CDU wie für das Land ist dieser Weg mit Gefahren verbunden. Die Unterscheidbarkeit der großen Parteien fördert Rüttgers' Linie ebenso wenig wie die unklare Politik der Kanzlerin es tut. Die Mitglieder laufen davon, der Unmut über das Parteiensystem, ja laut Umfragen sogar über die Demokratie an sich, steigt an. Wobei einschränkend hinzugefügt werden muß: Mit der „Demokratie", mit der laut jüngsten Umfragen rund die Hälfte der Deutschen schon nicht mehr viel anfangen können, meinen die Befragten sicherlich die derzeitige Praxis der Politik und kaum das demokratische System an sich.

Die Degradierung von Inhalten zur taktischen Manövriermasse jedenfalls schreitet mit Rüttgers voran, sie scheint das machttaktische Erfolgsrezept unserer Tage zu sein.

Die Pension als Affäre

Frank Szymanski war bis vor kurzem in Brandenburg das, was man in anderen Bundesländern schlicht Verkehrsminister nennt. Dann drängte ihn sein Ministerpräsident Matthias Platzeck, einen Posten in der Provinz anzunehmen – als Bürgermeister von Cottbus. Am 28. November schied Szymanski deshalb aus dem Amt als Infrastrukturminister aus. Diese ungewöhnliche Karriere rückwärts vom Landesminister zum Bürgermeister soll für Szymanski kein Nachteil sein: Ihr engagierter Fürsprecher Platzeck (SPD) wollte Szymanski offenbar bestens versorgt sehen, dessen Pensionsansprüche aus Lehrer-, Schulleiter-, und Bildungsstaatssekretärszeit sollten nicht verfallen, wie es das Gesetz eigentlich vorsieht, wenn Szymanski Bürgermeister und somit Wahlbeamter würde. Platzeck bestand darauf, Szymanski pro forma in den vorzeitigen Ruhestand zu versetzen und ihm damit nicht nur den Weg nach Cottbus rechtlich zu bahnen, sondern ihm monatlich zirka 5800 Euro Zusatzrente aus Szymanskis Staatssekretärszeit zu sichern.

Die Sonderregelung war selbst dem Kabinett Platzeck zuviel – es rebellierte. Die Pensionsaffäre läßt Platzeck seither nicht mehr los. Die „Gesetzeslücke", so Platzeck, die es Szymanski nicht erlaubte, alle Bezüge mitzunehmen, soll nach Willen des Ministerpräsidenten geschlossen werden. Der Verdienst von 6600 Euro als Oberbürgermeister mit entsprechenden Rentenansprüchen reicht Szymanski nicht. Mit dem Rückfahrschein in die große Politik wird es nun womöglich nicht nur für Szymanski nichts. *SV*

Gedanken zur Zeit:

Ein besonderer Helfer

Von Wilfried Böhm

Für Besucher der deutschen Hauptstadt gibt es ein weiteres „Muß", wenn sie sich an die 45 Jahre währende Teilung Deutschlands und Europas erinnern oder diese Zeit kennenlernen wollen. Interesse dafür sollte für jeden Bürger unseres Landes selbstverständlich sein, der bereit ist, die Hinwendung der Deutschen zur Demokratie und ihren großen Beitrag zur Rettung der Freiheit Europas vor der kommunistischen Bedrohung als wichtigen Abschnitt der deutschen Geschichte anzuerkennen und zu würdigen. Das gleiche gilt für alle Ausländer und ihr historisches Bild von Deutschland.

Dieses „Muß" ist ein Besuch im Berliner Mauermuseum im Haus am Checkpoint Charlie, das diese Zeit eindrucksvoll dokumentiert. In diesem Museum ist jetzt eine neue Dauerausstellung eröffnet worden, die das humanitäre und publizistische Schaffen des Journalisten Gerhard Löwenthal darstellt, der mit dem Gründer des Museums Rainer Hildebrandt persönlich verbunden war und mit ihm über Jahrzehnte hinweg kämpferisch und entschlossen dafür eintrat, „daß die deutsche Frage so lange offen bleiben muß, solange das Brandenburger Tor geschlossen ist".

Beide, der jüdische Deutsche Löwenthal und Hildebrandt hatten Furchtbares in der nationalsozialistischen Zeit durchgemacht und beide hatten den Kampf gegen den zweiten Totalitarismus auf deutschem Boden, die kommunistische Machtausübung in der Sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR unerschrocken geführt. Beide setzten sich für Freiheit und Menschenrechte ein, nahmen niemals ein Blatt vor den Mund und wurden deswegen von den Kommunisten und allen gehaßt, die bereit waren, die sogenannten „Realitäten" unter der Tarnbezeichnung „Entspannung" anzuerkennen und eine deutsche Wiedervereinigung nicht nur für unmöglich, sondern auch als nicht wünschenswert anzusehen.

Der Thüringer Staatssekretär Jürgen Aretz, seit vielen Jahren Freund und Weggefährte Löwenthals, würdigte „den deutschen Patrioten, dem viele politische Häftlinge in der einstigen DDR ihre Freiheit verdankten". Löwenthal habe mit seiner großen publizistischen Wirkung als Journalist beim ZDF und insbesondere mit seiner Sendung „Hilferufe von drüben" in beiden Teilen Deutschlands aber auch viele politische Gegner gehabt, von denen er sich jedoch in seinem Kampf für Freiheit und Menschenrechte nicht im geringsten habe beeindrucken lassen. Aretz verwies auf Löwenthals persönliches Credo, das lautete: „Die Mauer war die ständige Anklage gegen die Brutalität der kommunistischen Diktatur. Sie dokumentierte die Unterdrückung der persönlichen Freiheitsrechte und die Verweigerung des Grundrechts auf Selbstbestimmung, die jedem Bürger eines Staates nach der UN-Charta zusteht."

Dauerausstellung über Gerhard Löwenthal

Der Erinnerung an dieses Wirken Löwenthals wird nun die Ausstellung dienen, in der auch zusammen mit vielen Erinnerungsstücken die Goldene Kamera zu sehen ist, die Löwenthal 1977 als Auszeichnung von der Programmzeitschrift „Hörzu" des Axel Springer Verlages erhalten hat. Im Mittelpunkt aber stehen die „Hilferufe von drüben", die Löwenthal als Moderator seines ZDF-Magazins ausstrahlte, gestützt auf die Helsinki-Schlußakte der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE), die allen Bürgern Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen garantierte. Immer wieder ließ Löwenthal diesen Text über den Bildschirm laufen und löste damit eine regelrechte Flut von Hilferufen aus der DDR aus, wo von den Behörden Antragsteller, die sich auf das Helsinki-Abkommen beriefen, schikaniert und verfolgt wurden.

Die eindrucksvolle Ausstellung dokumentiert zahlreiche dieser Hilferufe und macht einen schmerzlichen, aber schließlich erfolgreichen Teil der deutschen Geschichte sichtbar, auf den die Deutschen mit Recht stolz sein können. Gerhard Löwenthal war ein großer Deutscher. Er starb zwei Tage vor seinem 80. Geburtstag, am 6. Dezember 2002 und wird als „journalistischer Leuchtturm der Freiheit in Deutschland stets in besonders guter Erinnerung bleiben", wie es der Münchener Publizist Hubertus Hoffmann einmal formulierte.

Hatz auf die Hinterbank

Der Fall Henry Nitzsche und die Folgen rhetorischer Aussetzer

Von Bernhard Knapstein

„Ich begrüße die Debatte um Patriotismus, um endlich vom Schuldkult runterzukommen und damit Deutschland nie wieder von Mulitkulti-Schwuchteln in Berlin regiert wird." Es ist nicht überliefert, ob der Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche, dem diese Worte in einer Rede aus dem Stegreif entglitten waren, noch recht bei Sinnen war.

Der 1959 im sächsischen Kamenz gebürtige Nitzsche sitzt für die CDU seit 2002 als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises 156 (Kamens, Hoyerswerda, Großenhain, Radeberg) im Deutschen Bundestag. Nitzsche gilt in seinem Wahlkreis als Mann klarer Worte und Vertreter des rechten Flügels der Union. Im Bundestag ist er eher das, was man einen Hinterbänkler nennt. Im ostsächsischen Lieske hatte er im Rahmen einer kleinen Parteiveranstaltung über Patriotismus diskutieren wollen und mit diesen provozierenden Worten begonnen. Das war im Juni. Der Vorfall ist erst jetzt an die Öffentlichkeit gelangt, nachdem ein Parteifreund, ein Staatsanwalt aus Hoyerswerda, zurücktrat, weil Nitzsche eine noch auf der Veranstaltung eingeforderte Entschuldigung abgelehnt hatte. Der als Vorsitzender der CDU-Wittichenau im Landkreis Kamenz amtierende Parteifreund, hatte auch in seinem eigenen Verband keinen Rückhalt gefunden und zog deshalb die Konsequenzen: eigener Rücktritt und Unterrichtung der Presse.

Henry Nitzsche löst Krise in der sächsischen CDU aus

Von einem zweiten Fall Martin Hohmann ist jetzt die Rede. Wie damals Stoiber gegen Hohmann, hat nun mit Ex-Minister Heinz Eggert erneut ein Konservativer ein Parteiausschlußverfahren gefordert. Der sächsische CDU-Generalsekretär Michael Kretschmar erklärte zwar, er habe Nitzsche unmißverständlich klar gemacht, daß die Union diese Äußerungen nicht akzeptiere, und auch Nitzsche selbst hat sich von seiner Wortwahl inzwischen distanziert, aber härtere Konsequenzen bis hin zum Parteiausschluß sind nicht mehr auszuschließen. Die Bundestagsfraktion wartet ab – im Umfeld des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder heißt es, man wolle nicht gleich den Stab über Nitzsche brechen, um noch über Steigerungsszenarien zu verfügen.

CDU-Konservativer fordert Parteiausschluß

Nitzsche ist bereits angezählt: 2003 hatte er – ungeachtet muslimischer Parteifreunde – gesagt, eher werde einem Muslim die Hand abfaulen, als daß er CDU wähle. 2005 machte er mit dem eigentlich unverfänglichen Motto „Arbeit, Familie, Vaterland" Wahlkampf, obwohl oder weil es ein Jahr zuvor von der NPD als Motto eines Bundesparteitages verwendet worden war.

Geradezu genüßlich forderte die sächsische NPD den CDU-Abgeordneten Nitzsche nun zum Parteiübertritt auf. Ein gefundenes Fressen für alle politischen Gegner. Der Fall Nitzsche ist aber kein Fall Hohmann, denn Martin Hohmann, wurde unterstellt, er habe in einer Rede zum Tag der deutschen Einheit 2003 Juden ein Tätervolk genannt, was er so gerade nicht getan hatte. Dennoch wurde Martin Hohmann, der höchste Wahlergebnisse erzielt und fraktionsübergreifend als kollegial bis beliebt gegolten hatte, aus der Partei ausgeschlossen. Nitzsche zu opfern, das dürfte der CDU ungleich leichter fallen.

Nitzsche hat dem (verbliebenen) rechten Flügel in der Union und den Konservativen überhaupt mit seinem rhetorischen Mißgriff geschadet. Vokabular von unterhalb der Gürtellinie und ähnliche Herabsetzungen sind weder akzeptabel noch konservativ.

Politische Gegner greifen nun nicht nur das Schmuddelvokabular an, sondern auch den zugespitzten an sich aber akzeptablen Begriff „Schuldkult". Ein sachlicher Diskurs über einen vernünftigen Umgang mit den Verbrechen des NS-Regimes ist da kaum noch möglich.

Wer – welcher politischer Couleur auch immer – seine Positionen in den demokratischen Diskurs einbringt, der ist gut beraten, auf Beleidigungen und sonstige Verbalinjurien jeglicher Art zu verzichten, das dient nicht nur dem Schutz der eigenen Konzepte. Es ist eine Frage des politischen Stils und des zwischenmenschlichen Umgangs insgesamt.

MELDUNGEN

Tod der Lohntüte

Moskau – Fast hätte man glauben können, Präsident Putin hätte bislang keine Kenntnis gehabt von der gängigen Praxis russischer Firmen, ihren Angestellten einen Großteil ihres Gehalts in einem Umschlag – am Fiskus vorbei – auszuzahlen. Daß dem nicht so ist, machte Putin deutlich, als er diese Praxis Mitte November auf dem Kongreß der Vereinigung unabhängiger Gewerkschaften als widerrechtlich anprangerte. Bei seiner Ansprache redete Putin den Gewerkschaftern ins Gewissen, darauf hinweisend, daß „Geld im Umschlag" die Rechte der Arbeitnehmer auf soziale Absicherung unterwandere. Dieses Geld fehle zur Rentenansparung ebenso wie für das Budget der Sozialkassen. Daß Arbeitnehmer sich keine Gedanken über ihre Versorgung im Alter machten, sei verständlich, für Gewerkschaftsvertreter hingegen sei es unabdingbar, darauf mit allen Mitteln hinzuweisen. Er forderte die Kongreßteilnehmer auf, sich für die Einhaltung der Gesetze mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln einzusetzen und mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Zwar werde auch der Staat Maßnahmen ergreifen, jedoch reiche es nicht aus, sich allein auf den Staat zu verlassen. *MRK*

Für die deutsche Minderheit

Prag – Vor 15 Jahren wurde die deutschsprachige „Prager Zeitung" ins Leben gerufen. Das unabhängige Wochenblatt beschäftigt 22 Mitarbeiter und verkauft 19000 Zeitungen nicht nur an die deutsche Minderheit in der Tschechei. 4500 Abonnenten hat die Zeitung allein in Deutschland. Der Umgang junger Tschechen mit dem Thema Vertreibung der Deutschen und die hohe Politik sind ebenso Themen wie touristische Empfehlungen. Dabei weist die Zeitung keine Nähe zu den Sudetendeutschen oder anderen gesellschaftlichen Flügeln auf. Dennoch, die Zeitung wird gelesen: Vaclav Havel soll als Ministerpräsident einmal auf einer Pressekonferenz die Zeitung hochgehalten und – wohl erzürnt über einen Artikel – gesagt haben: „So nicht!" *BK*

Billig davongekommen

Josef Ackermann und seinen einstigen Manager-Kollegen wurde der Freikauf leicht gemacht

Von Klaus J. Groth

Schon möglich, daß die Frau Ackermann ihren Josef ermahnte: „Bub, so etwas tut man nicht." Mütter haben das so an sich. Josef aber begriff sehr früh, daß niemand in der Oberliga spielt, der niemals macht, was man nicht tut. Er aber wollte ganz nach oben, und dorthin kam er auch. Dabei durfte er nicht immer auf Verständnis für seine Handlungsweise hoffen, aber das brauchte er auch nicht.

Jetzt braucht er es auch nicht. Auf allgemeines Verständnis kann er pfeifen nach seinem Deal mit Richter Stefan Drees. Josef Ackermann kann schließlich rechnen. 3,2 Millionen Euro für den Seelenfrieden, das ist nicht zu teuer. Dafür wurde auch schon mehr bezahlt. Vor allem ist es nicht zuviel, wenn man jährlich zwischen 15 und 20 Millionen Euro als Einkommen zu versteuern hat. Josef Ackermann meint, das habe er verdient, doch das sieht nicht jeder so. Jedenfalls hat auch er, wie mittlerweile allgemein zu lesen ist, erkannt, daß garstigen Buben die Herzen nicht unbedingt zufliegen. Darum legt er Wert auf die Feststellung, er berappe die 3,2 Millionen aus eigener Tasche. Ja, wie denn sonst? Vom Spesenkonto? Oder von der Kostenstelle für unvorhergesehene Ausgaben? Egal, Hauptsache, niemand kommt auf den Gedanken, die Summe als „Peanuts" zu bezeichnen. Oder die Geldauflage ein Bußgeld zu nennen. Beim Ablaßhandel wurde das Seelenheil schließlich auch durch Zahlung einer Geldspende und nicht eines Bußgeldes gerettet.

Gemessen an den millionenschweren Dankeschöns, mit denen die Angeklagten einst „Mannesmann"-Managern den Abschied nach Gutsherrenart versüßten, erlangten die Angeklagten ihren Freikauf geradezu als Schnäppchen. Trotzdem machte Ackermann dabei noch das schlechteste Geschäft. Außer dem Vergnügen, sich mit dem Geld anderer Leute generös zu geben, sprang für ihn nichts dabei raus. Anders bei Klaus Esser und Joachim Funk. Nach Auffassung der Staatsanwaltschaft hat der wegen Beihilfe zur Untreue angeklagte Klaus Esser an seiner eigenen Begünstigung mitgewirkt. Der frühere Vorstandsvorsitzende der „Mannesmann AG" erhielt nach Übernahme des Unternehmens durch „Vodafone" – zuzüglich zu der ohnehin fälligen Abfindung von 15 Millionen Euro und zwei Millionen Euro als Abgeltung von Sachansprüchen – eine Anerkennungsprämie von 16 Millionen Euro. Warum? Wofür?

Oder Klaus Funk. Der war bei „Mannesmann" Vorsitzender des Aufsichtsrates. Als dann alles zusammenbrach bei „Mannesmann" und das Versiegen der lukrativen Pfründe absehbar war, regte er eine Prämienzahlung und eine Abfindung für verlorene Pensionsansprüche an. Für sich selbst, wohlgemerkt. Dabei fügte es sich glücklich, daß er an den Beschlüssen seiner Anregungen teilhaben konnte. Allein die Prämie betrug drei Millionen Euro. Davon ist nun zwar durch die vereinbarte Zahlung eine Million wieder futsch, aber auch so rechnet sich das Geschäft noch.

Nun wird über den Freikauf kräftig lamentiert, nun werden die vereinbarten Zahlungen als viel zu gering beklagt. Zuvörderst und am lautesten klingt das Lamento derjenigen, die längst auf die Höhe solcher Zahlungen hätten Einfluß nehmen können, das der Politiker. Denn sehr viel kräftiger als vereinbart, hätte die Wirtschaftskammer des Landgerichts nicht zur Kasse bitten können. Die Höchstgrenze für Geldstrafen liegt in Deutschland bei 720 Tagessätzen à 5000 Euro. Das macht 3,6 Millionen Euro, und ist ganz schön viel Geld. Nicht aber im Verhältnis zu den Bezügen in der Oberliga der Wirtschaft. Leser diverser „Manager-Magazine" wissen, was dort verdient wird, Politiker offenbar nicht. Sonst hätten sie vielleicht gemerkt, daß die Geldstrafen weit hinter den wirtschaftlichen Realitäten zurückgeblieben sind. Bei 126000 Verfahren, die in jedem Jahr von deutschen Gerichten gegen Auflagen eingestellt werden, dürfte es sich schließlich nicht ausschließlich um Lappalien handeln. Zumal, wenn man weiß, daß theoretisch zwar jeder Ladendieb in den Genuß eines solchen Freikaufs mit strafendem Charakter kommen kann, tatsächlich aber vorzugsweise komplizierte Wirtschaftsstrafverfahren mit einem derartigen Deal zum Abschluß gebracht werden.



Siegesgewiß: Schon 2004 wagte Josef Ackermann (r.) das Victory-Zeichen. Foto: pa

Das ist bis heute nicht beantwortet. Einen erkennbaren Nutzen für das Unternehmen, der eine derartige Prämienzahlung in Rekordhöhe vielleicht gerechtfertigt hätte, vermochten die Bundesrichter nicht zu erkennen, als sie 2005 die Freisprüche des ersten Prozesses vor dem Düsseldorfer Landgericht aufhoben. Gleichwohl kam Klaus Esser nun in der Neuauflage nach dem Deal mit dem Düsseldorfer Landgericht mit einer Zahlung von 1,5 Millionen Euro davon, das entspricht nicht einmal einem Zehntel seiner Brutto-Prämie. Selbst nach Abzug der Steuer und anderer ärgerlicher Nebenkosten bleibt das also ein ausgesprochen vorteilhaftes Geschäft.

Noch befremdlicher als die äußerst moderaten finanziellen Auflagen wirken jedoch die Begründungen, die das Gericht als Weichspüler zu dem Deal lieferte. Nach nur sechs Verhandlungstagen und zwei Tagen der Beweiserhebung kam die Wirtschaftskammer zu dem Schluß, dem öffentlichen Interesse sei Genüge getan, die lange Verfahrensdauer und das öffentliche Interesse seien Belastung für die Angeklagten genug. Solch Einfühlungsvermögen wünschte man sich bei anderer Gelegenheit, beispielsweise wenn tausende Arbeitsplätze gestrichen werden und zugleich ein Rekordgewinn des Unternehmens verkündet wird.

Der Freikauf zum Schnäppchenpreis ist lediglich ein Ärgernis am Rande. Als der Bundesgerichtshof den Freispruch im Fall Mannesmann kassierte und an das Landgericht Düsseldorf zurückverwies, da hatte er eine „treupflichtwidrige Verschwendung des anvertrauten Gesellschaftsvermögens" erkannt. Die Manager, so die Bundesrichter, seien nicht Gutsherren, sondern Gutsverwalter. Geschenke dürfe nur der Gutsherr machen, der Verwalter sei der Treupflicht unterstellt. „Es ist schlechterdings nicht vorstellbar", argumentierten die Bundesrichter, daß sich der in führenden Positionen der deutschen Wirtschaft tätige Angeklagte Dr. Ackermann und der Gewerkschaftsführer Zwickel für berechtigt gehalten haben könnten, in Millionenhöhe willkürlich über das ihnen anvertraute Gesellschaftsvermögen verfügen zu dürfen."

Haben sie aber doch. Weil das längst alle tun. Weil nicht das fixe Gehalt, sondern der Bonus das Jahreseinkommen vieler Manager bestimmt. Darum ist die langfristige Wertsicherung schon lange dem kurzfristigen Erfolgsdenken gewichen. Was man hat, das hat man. Ein in diesem Jahr gezahlter Bonus wird nicht zurückgefordert, auch wenn im nächsten Jahr Millionen in den Sand gesetzt werden. Das Geld der Anleger wird so zum Spielkapital, das bedenkenlos einzusetzen ist. Wer bei dieser Selbstbedienung nicht zulangt, hat selber Schuld.

Das Victory-Zeichen zum Beginn des ersten Prozesses haben viele Josef Ackermann übelgenommen. Warum eigentlich? Er hat von Anfang an gewußt: Persil kommt von Henkel. Henkel sitzt in Düsseldorf. In Düsseldorf gibt es den Persilschein.

Frankreichs Politik wird weiblicher

Frauenquote soll für mehr Gleichberechtigung sorgen – Wer die gesetzlichen Vorgaben nicht einhält, muß Millionen Strafe zahlen

Von Jean-Paul Picaper

Mit Ségolène Royal an der Spitze sollen demnächst in Frankreich weite Bereiche von Politik und Gesellschaft, die früher Männerdomäne waren, „feminisiert", anders gesagt weiblich werden. Schon Thomas Mann sagte, daß Frankreich sich in der Geschichte der Frauenrechte hervorgetan hat. Geht es nun weiter?

Dem Trend zur allgemeinen Verweiblichung nachgebend, hat der konservativ-liberale Ministerrat vor wenigen Tagen beschlossen, einen Gesetzentwurf zur paritätischen Besetzung der Spitzen der Gemeinderäte und der Regionalräte Frankreichs im Parlament einzubringen. Alle männlichen Bürgermeister und Vorsitzende der Regionalräte müssen eine Frau als Stellvertreterin haben, praktisch eine politische Zwangsehe eingehen.

In Zukunft müssen unter verstärkter Strafandrohung nicht nur die Räte der Gemeinden, sondern auch die Bürgermeisterämter von Gemeinden mit mehr als 3500 Einwohnern und die Parlamente, aber auch die Exekutiven der 22 Regionen, von ebenso vielen Frauen wie Männern besetzt werden. Das Ausmaß der Geldstrafen bei Nichtbeachtung des Gesetzes wird verdoppelt. Die Steigerung der Drohung ist schon massiv, wenn man bedenkt, daß die heutige Regierungspartei UMP, der der Gegner von Ségolène Royal beim Rennen um das Präsidialamt, Nicolas Sarkozy, vorsitzt, nach den Wahlen 2002 vier Millionen Euro Strafgeld

Frau als Stellvertreterin wird Pflicht

bezahlen mußte, weil sie nicht genug weibliche Kandidaten aufgestellt hatte: 108 Frauen in 542 Wahlkreisen.

Dabei waren damals die Vorschriften weniger stringent, als es das neue Gesetz vorsieht. Die sozialistische Regierung von Lionel Jospin (1997–2002), in welcher Ségolène Royal den Posten einer Staatsministerin für Erziehung bekleidete, hatte am 6. Juni 2000 ein erstes Gesetz verabschiedet, wonach alle Räte Frankreichs eine Frauenquote nachweisen und die Parteien ausreichend weibliche Kandidaten aufstellen mußten. Die obligatorische Bestückung der Wahllisten mit 50 Prozent Frauen hat zumindest auf der Ebene der Regionalräte fast das Ziel erreicht: Sie zählen 47,6 Prozent Frauen.

Aber nur eine der Regionen hat eine Frau als Vorsitzende, und zwar die Region Poitou-Charentes mit Ségolène Royal. Darüber sowie über die geringe Zahl der weiblichen Abgeordneten in der Nationalversammlung, dem französischen Parlament, empören sich die Feministinnen. Bei den letzten Wahlen 2002 bekamen Frauen nur 12,3 Prozent der Sitze (nach 10,9 Prozent davor). Den Feministinnen reicht der neue Gesetzentwurf insofern auch nicht, als sie ihn bereits auf Gemeinden mit 2500 Einwohnern anwenden wollten.

Schlimm ist, wenn in einem Staat wie Frankreich, wo ein gewisser Nachholbedarf besteht (die Französinnen erhielten das Wahlrecht erst 1945), die Frauenrechtlerinnen die Frauenquote zum höchsten politischen Ziel erklären, als ob es keine weiteren Probleme im Lande gäbe. Marie-Jo Zimmermann, die Sprecherin des „Observatoriums für die Parität", hat den Staatspräsidenten und den Premierminister sowie alle Minister einem regelrechten Telefonterror unterzogen, bis der Gesetzentwurf stand. Jetzt verlangt sie, daß das Gesetz noch vor Ende der Legislaturperiode im kommenden Juni verabschiedet wird. Daß die Feministinnen sich so weit hinauswagen, hat sicherlich mit der Bewerbung von Ségolène Royal um das höchste Amt im Staate zu tun. Sie hat die Büchse der Pandora aufgemacht. Sie ist eine überzeugte Feministin. „Sehr früh wurde ich den erniedrigenden Angriffen gegen das sogenannte schwache Geschlecht ausgesetzt", schrieb sie in ihrem Buch „Die Wahrheit einer Frau". „Ich mußte nicht weit gehen. Das geschah in der Familie."

Als Tochter eines überstrengen, rechtsradikalen Artillerieobersten

Ségolène Royal setzt sich massiv ein

wurde sie natürlich sehr früh mit überzogener Manneszucht und mit der Verachtung des Haustyranns für seine Frau und seine drei Töchter konfrontiert. Für die Mädchen hatte er nur die Ehe im Sinne und bereitete sie darauf vor. Ihre erste Amtshandlung wird ein Gesetz zum Schutze der geschlagenen Frauen sein. Sie mißtraut den Männern, sie haßt ihre Zoten und Unflätigkeiten.

Marie-Ségolène Royal, die ehemalige Schülerin der katholischen Stiftung Notre-Dame in Epinal (Vogesen), hat als Erziehungsministerin unter Mitterrand eine Kampagne gegen das sichtbare Tragen von Strings durch die Schülerinnen der Sekundarstufe geführt. Sie meint, daß Frauen nicht nur für Männer (und die Kinder?) auf der Welt seien. Das hindert sie in ihrem Wahlkampf aber nicht daran, ihren weiblichen Charme, ja sogar ihre Mütterlichkeit in Einsatz zu bringen. Sie profiliert sich zur Supermama aller Franzosen. Von sozialistischen Frauen wurde ihr inzwischen vorgeworfen, daß sie dabei die Politik „peopleisiert", ja sogar „erotisiert".

Ségolène Royal verspricht immer mehr Hilfe, Schutz, Gerechtigkeit. Alle, Frauen, Kinder, Behinderte, Minderheiten, werden mehr Rechte haben. Rechte auf Arbeit, Wohnung, Mindestlohn, Gesundheit. Die Widerspenstigen beaufsichtigt und bestraft sie. Auf eine ganze Menge Zucht müssen die Franzosen gefaßt sein, falls sie gewählt wird. Sie wird ihnen schon zeigen, was gut und schlecht ist, denn sie gehört einer Partei an, die die Menschen gegen ihren Willen glücklich machen will. Und das ist heute auch der Trend.

Wo die 80-Stunden-Woche Alltag ist

Chinesische Unternehmen beuten Millionen Arbeiter ohne Rücksicht auf deren Gesundheit aus



Wanderarbeiter: Chinas Großstädte haben Probleme, die vom Land anreisenden Menschen unterzubringen. Foto: Reuters

Von Albrecht Rothacher

Die Weihnachtszeit naht und wer freut sich da nicht, Geschenke günstig erwerben zu können. Woher sie kommen und unter welchen Bedingungen sie produziert wurden, weiß kaum jemanden und interessiert auch kaum jemanden. Wie sehr die Menschen in Asien für ein billiges Handy auf unserem deutschen Gabentisch leiden müssen, hat die niederländische Organisation „Stichting Onderzoeg Multinationale Ondernemingen“ herausgefunden. So müssen Mitarbeiter bei einem chinesischen Zulieferer für den Handy-Hersteller „Motorola“ ohne Schutzkleidung mit hochgiftigen Chemikalien arbeiten. Krankenhausaufenthalte von Mitarbeitern aufgrund von Vergiftungserscheinungen konnten bisher in neun Fällen belegt werden. Ein anderer „Motorola“-Zulieferer zahlte bis vor kurzem einen Stundenlohn von neun Cent. Chinesen, die für einen „Nokia“-Zulieferer tätig waren, wurden Toiletten-Pausen untersagt und sie mußten zwölf Stunden am Tag sieben Tage die Woche durcharbeiten, während ihre Arbeitgeber sich dank dieser Ausbeutung zu den Reichen ihres Landes zählen können.

All dies geschieht in einem Land, in dem der Alptraum der zwangsegalisierter Arbeitssklaven in den Volkskommunen und Industriekonglomeraten sowie die Ausmerzung des Bürgertums in der Kulturrevolution vor 30 Jahren zu Ende ging. Heute hat die Ungleichheit in China lateinamerikanische Dimensionen erreicht. Die oberen zehn Prozent verdienen als neue Ober- und Mittelschicht 45 Prozent des Nationaleinkommens. Bei einem statistischen Durchschnittseinkommen von 1600 US-Dollar müssen 47 Prozent der Bevölkerung mit weniger als zwei US-Dollar am Tag auskommen, 25 Prozent gar mit weniger als einem US-Dollar. Dazu kommt eine hohe Steuerlast, der auf den Dörfern, wo 850 Millionen Chinesen leben, keinerlei staatliche Dienstleistungen gegenüber stehen. So müssen Bauern in Sichuan mit einem Bareinkommen von 25 US-Dollar im Jahr 37 US-Dollar an Steuern zahlen. Da bleibt nur, die Kinder zum Arbeiten zu schicken oder als Tagelöhner sich der 160 Millionen starken Armee der Wanderarbeiter anzuschließen.

In der Küstenprovinz Guangdong arbeiten allein 20 bis 30 Millionen dieser Wanderarbeiter. Sie arbeiten 13 bis 14 Stunden täglich. Das Ganze sieben Tage die Woche, bei zwei freien Tagen im Monat, die zur Reise in das Heimatdorf verwendet werden. Angelernte Näherinnen, die in 80 Wochenarbeitsstunden Stofftiere zusammennähen, erhalten 65 US-Dollar monatlich, von denen ihnen zwölf US-Dollar für Kantinenessen und ihr Bett in einem Wohnheim abgezogen werden.

Die Selbstausbeutung ist genauso rücksichtslos. So werden in den Großstädten Taxis von zwei Fahrern im Monat für 300 US-Dollar angemietet, um dann ohne Pause gefahren zu werden.

Am schlimmsten sind die Arbeitsbedingungen sicher im Bergbau. 7000 Bergleute sterben alljährlich unter Tage bei Grubenunglücken. Das sind 80 Prozent aller Grubenopfer weltweit. Die Ursachen sind veraltetes Gerät, unerfahrene Arbeiter, Weiterarbeit auch bei erhöhten Gaskonzentrationen und bei Feuer unter Tage. Die 25000 chinesischen Bergwerke sind zumeist erschöpft und bei 320 Tonnen Kohle pro Kumpel im Jahr (zwei Prozent des US-Niveaus) extrem unproduktiv. Angesichts des wachsenden Hungers der chinesischen Wirtschaft nach Rohstoffen und Energieträgern zahlen die Bergwerke mit 60 US-Dollar monatlich höhere Löhne als die Industrie. Genug für die meisten, um ihr Leben zu riskieren.

Die Arbeitslosenzahl liegt in den Städten offiziell bei 7,5 Millionen (3,5 Prozent). Real dürften es doppelt so viele sein. Die zehn Millionen gekündigten und nur noch minimal entlohnten Staatsarbeiter sind als einstige Helden der Arbeit in dieser Quote genausowenig enthalten, wie jene zehn Millionen Schulabbrecher, die sich in den Vorstädten herumtreiben, die Wanderarbeiter oder die auf 100 Millionen geschätzten unterbeschäftigten Bauern. Jährlich strömen 13 Millionen Schul- und Hochschulabsolventen neu auf den überfüllten Arbeitsmarkt.

Ohne jede staatliche Unterstützung

Universelle Renten, Schutz vor Krankheitskosten, Invalidität und Arbeitslosigkeit hat es in China noch nie gegeben. Die entsprechenden Dienstleistungen der Staatsbetriebe wurden Mitte der 90er Jahre aufgegeben. Der einst kostenlose, minimale öffentliche Gesundheits- und Schuldienst ist schon lange aufgelöst worden. Seither kostet von der Wiege bis zur Bahre alles Geld. Nur in den reichen Küstenstädten wie Schanghai wurde jetzt für mittellose Stadtbürger eine Sozialhilfe eingeführt. Diese gibt es natürlich nicht für Wanderarbeiter. Unter dem sozialen Druck des rastlosen Booms, der Massenmigrationen und der Härte der Arbeitswelt beginnen die Familien zu zerbrechen. Die Scheidungsraten steigen, ebenso wie die Zahl der verlassenen Kinder und der Alten, um die sich niemand mehr kümmert, am allerwenigsten der Staat, der privaten wie religiösen Initiativen die Arbeit erschwert.

Meldungen

Gegen »Gasprom-City«

St. Petersburg – Der Plan, die Stadt zur Energie-Hauptstadt Rußlands umzugestalten, als deren Symbol ein Hochhaus in Form eines Maiskolbens mit getönten Glasscheiben, die den Himmel in seinen Farben widerspiegeln sollen, vorgesehen ist, stößt auf Widerstand. Kritiker, zu denen Vertreter der ehemaligen Gesetzgebenden Versammlung in St. Petersburg sowie im Exil lebende Nachkommen der Zarenfamilie Romanow gehören, befürchten die Entstellung und Zerstörung des historischen Zentrums, zu denen die Silhouette des Alexander-Newskij- und des Smolnyj-Klosters gehören. Nach bisherigem Gesetz durfte im St. Petersburger Zentrum kein Gebäude höher als 48 Meter gebaut werden. Der „Gasprom-City“-Bürokomplex soll hingegen 300 Meter in den Himmel ragen. Weitere Neubaupläne für ähnliche Bauten liegen schon in der Schublade. Walentina Matwienko, Gouverneurin des St. Petersburger Gebietes und vom Präsidenten auf diesen Posten berufen, sieht in der Verwirklichung des Projektvorschlags des englischen Architektenbüros „RMJM London Limited“ eine Chance, Kapital und Wohlstand in die seit der Wende vernachlässigte Metropole zu holen. Deshalb unterstützt die Gebietsverwaltung die Pläne und sagte Mittel in Höhe von sieben Milliarden Rubel (200 Millionen Euro) jährlich zu. *MRK*

Abfuhr für Raul Castro

Washington – Die USA haben ein Verhandlungsangebot des zur Zeit die Amtsgeschäfte Kubas führenden Bruders des erkrankten Fidel Castros abgewiesen. Raul Castros Anfrage wurde von einem Sprecher des US-Außenministeriums rüde mit der Begründung abgelehnt, daß man nicht mit einem „Diktator im Dienst“ verhandle. „Der Dialog, der geführt werden muß, ist der mit dem kubanischen Volk“, als dessen Vertreter Raul Castro nicht gesehen werde.

Sollen Iran und Syrien den Irak stabilisieren?

Die USA sind im Nahen Osten mit ihrer Politik am Ende, doch neue Wege sind mit George W. Bush kaum möglich

Von R. G. Kerschhofer

Bei Bewertung der jüngsten Ereignisse im Irak, in Palästina und im Libanon (einschließlich der verdächtig „offenkundigen“ Schuld-Zuweisungen nach dem Mord am maronitischen Minister Pierre Gemayel) tut man gut daran, die zeitliche Abfolge im Auge zu behalten.

Ende Oktober war zu den US-Medien durchgesickert, was die „Baker-Kommission“ der US-Regierung bezüglich des weiteren Vorgehens im Irak empfehlen würde: Nämlich die direkte Einbindung Syriens und des Iran in die Befriedungsbemühungen, denn nur so sei ein schrittweiser Abzug der USA möglich. Daß die Regierungen in Damaskus und Teheran die inneramerikanischen Diskussionen aufmerksam verfolgen, liegt auf der Hand. Sie reagierten aber erst einige Tage nach den „Halbzeitwahlen“ vom 7. November – als eindeutig feststand, daß Bush nun in beiden Häusern des US-Parlaments keine Mehrheit haben und für den Rest seiner Amtszeit eine „lahme Ente“ sein würde.

Am 12. November erklärte der syrische Außenminister Walid Muallim, Syrien sei „jederzeit zum Dialog mit den USA bereit“. Und so als hätte er schon einen Vermittlungsauftrag, reiste er am 20. November nach Bagdad – später als geplant, denn wer dorthin nicht von den USA eingeladen wird, kann dies nicht von heute auf morgen tun. Diesem Besuch kommt deswegen besondere Bedeutung zu, weil Syrien und der Irak jahrzehntelang keine diplomatischen Beziehungen unterhielten: Der syrische Zweig der „panarabischen“ und „sozialistischen“ Baath-Partei und der irakische Flügel unter Saddam Hussein waren erbitterte Feinde gewesen.

Teheran ging noch weiter und lud den irakischen Präsidenten, den sunnitischen Kurden Talabani, zum Staatsbesuch nach Teheran ein. Auch dieser Besuch fand mit Verspätung statt – vom 27. bis 29. November –, weil die Sicherheitslage die Abreise Talabanis verzögerte. Es war der erste derartige Staatsbesuch seit Ende des „Ersten“ Golfkriegs 1980 bis 1988, in welchem Saddam Hussein sich auf umfassende Schützenhilfe des Westens stützen konnte.

Mitte November – wohl mit Absicht erst nach den US-Wahlen – brachte Jimmy Carter sein aufsehenerregendes Buch „Palestine – Peace not Apartheid“ heraus. Carter, der sich nach den Wahlen in Palästina dafür ausgesprochen hatte, der Hamas-Regierung eine Chance zu geben, übt darin scharfe Kritik an Israel. Wie er erklärte, wolle er mit dem Buch „eine Diskussion in Gang bringen“, denn niemand in den USA kritisiere Israel und nicht einmal eine ausgewogene Haltung werde akzeptiert. Die Unterstützer Israels spielen, so Carter, „eine sehr einflußreiche Rolle“.

Auch Carter tritt für die Einbindung Syriens und des Iran ein – so wie dies andere namhafte US-Persönlichkeiten und nun sogar Tony Blair verlangen. Aber es gibt offensichtlich Kräfte und Mächte, die dies unbedingt verhindern wollen. Und welcher Zufall: Gemayel wurde am 21. November ermordet – genau als der syrische Außenminister in Bagdad weilte. Wie bestellt kamen die Anschuldigungen gegen Syrien – so auch von Detlev Mehlis, der durch seine wenig rühmliche Rolle bei der Untersuchung des vorjährigen Mordes an Ex-Ministerpräsident Hariri in Erinnerung ist.

Der Mord an Gemayel hat einen weiteren „Vorteil“: Er kommt allen zugute, denen am Fortbestand der antisyrischen Koalition des libanesischen Ministerpräsidenten Fuad Siniora gelegen ist. Dieses Bündnis des sunnitischen Hariri-Klans mit dem maronitischen Gemayel-Klan hält so lange, als alle an das gemeinsame Feindbild glauben. Daß nach der Ermordung des Sunniten Hariri nun auch ein maronitischer Spitzenpolitiker drankam, sorgt für ein „ausgewogenes Verhältnis“. Leicht könnte sonst Mißtrauen aufkommen – und libanesische Allianzen sind nun einmal „vorübergehend“. Bekanntlich hatte 1976 Pierre Gemayels Onkel Baschir – damals Führer der Partei-Miliz der Kataïb (Phalange) – die Syrer ins Land gerufen. Und der Maronit Michel Aun, jetzt Teil der prosyrischen Allianz mit Hisbollah und Amal (beide schiitisch), war einst als Oberbefehlshaber der libanesischen Armee erbitterter Feind der Syrer gewesen.

Daß Bush den Irak-Empfehlungen von Carter, Baker und anderen folgen wird, bleibt trotz allem unwahrscheinlich – „Syrien und der Iran fürchten eine Demokratie im Herzen des Nahen Ostens“, ließ er nach dem Nato-Treffen verlauten. Sicher nur ein dummer Zufall, daß bei freien Wahlen dann immer diejenigen unterliegen, die vorher von den USA massiv unterstützt wurden.

Die »Baker-Kommission«

Eigentlich ist sie eine „Baker-Hamilton-Kommission“, denn die im März vom US-Abgeordnetenhaus eingesetzte zehnköpfige Irak-Studiengruppe wird gemeinsam vom Republikaner James Baker und dem früheren demokratischen Abgeordneten Lee Hamilton geleitet. Die Kommission sollte die Lage analysieren und (unverbindliche) Vorschläge zur Problemlösung erarbeiten. Diesen Empfehlungen kommt nun insofern mehr Gewicht zu, als die Regierung durch das Wahlergebnis vom 7. November geschwächt ist. Die Veröffentlichung des Kommissions-Berichts ist in den nächsten Tagen zu erwarten. Baker war 1985 bis 1988 Finanzminister unter Ronald Reagan und 1988 bis 1992 Außenminister unter Bush Senior. Im „Zweiten“ Golfkrieg von 1991 war er führend am Zustandekommen der Koalition zur Rückeroberung von Kuwait beteiligt.

Jimmy Carter

Der Demokrat war US-Präsident 1977 bis 1981. In seine Zeit fallen die Freigabe des Panama-Kanals, das (erste) Camp-David-Abkommen, das zum Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten führte, und das Salt II-Abkommen zur Begrenzung der Atom-Rüstung. Später war er mehrfach als internationaler Vermittler tätig. Sein Einsatz für die Menschenrechte wurde 2002 mit dem Friedensnobelpreis honoriert.

»Moment mal!«



Barfuß in Istanbul – Ging der Papst nach Canossa?

Von Klaus Rainer Röhl

Ist der Papst nach Canossa gegangen? Ist das Oberhaupt der katholischen Kirche in Istanbul gegenüber dem Islam eingeknickt? Hat er wirklich seine Regensburger Rede so lange erklärt und ihre Wirkung bedauert, daß sein Verhalten während seiner Reise in die Türkei jetzt allgemein als Entschuldigung bei den durch seine Rede „beleidigten“ Moslems ausgelegt werden kann? Wir alle, die in der Diskussion um Terrorismus und Islam noch zwei und zwei zusammenzählen können, waren in diesem Sommer dankbar für die erfrischend offenen Worte des Papstes in Regensburg, mit denen er etwas aussprach, was alle wußten, daß nämlich der Islam seit seiner Entstehung ein sehr bedenkliches Verhältnis zur Gewalt hat. Zur Gewalt vor allem gegen Andersdenkende. Klugerweise hat der Papst die schlimmen Erfahrungen gar nicht selber ausgesprochen, sondern nur einen byzantinischen Kaiser aus dem 9. Jahrhundert zitiert, der für die Nachwelt festgehalten hatte, daß durch den Propheten Mohammed immer nur Gewalt und nochmals Gewalt gepredigt und in seinem Namen ausgeübt worden sei. Wir haben damals vermutet, daß er damit die Frage an die ganze islamische Gemeinschaft auf der Welt stellen wollte: Wie haltet ihr's mit der Gewalt? Distanziert ihr euch, oder habt ihr klammheimliche Sympathien für die Mörder und Selbstmord-Attentäter mit religiösem Überbau? Die Frage ist aktuell und stellt sich jeden Tag an fast allen Orten der Welt: Gilt noch immer der Satz des Korans, daß die Welt in zwei Häuser aufgeteilt ist: In das „Haus des Islam“ und das „Haus des Krieges“ = die ganze übrige Welt? Ist noch immer das Endziel des Islam, in einem neuen Heiligen Krieg (Dschihad) die ganze Welt zu unterwerfen und ihre Bewohner entweder zum rechten Glauben zu bekehren oder als Bürger zweiter Klasse zu unterdrücken? Die fanatischen Führer der radikalen Islamisten führen ja bereits diesen sogenannten Heiligen Krieg gegen die Ungläubigen, das heißt gegen uns, ob überzeugte Christen oder ganz Ungläubige. Die Proteste flammten überall da auf, wo Haßprediger sitzen und Moslems ihnen zuhören, das heißt eigentlich überall auf der Welt, außer vielleicht in China und Nordkorea, und nach einiger Zeit, wenn die Fernsehkameras ausgeschaltet wurden, flammten sie auch wieder ab, jederzeit abrufbar. Inzwischen aber näherte sich der Termin eines schon lange vereinbarten Besuchs des Papstes beim Oberhaupt der 300 Millionen starken orthodoxen Christen in der Welt, dem Patriarchen Bartholomäus I. Der Grieche sitzt aus unerfindlichen, jedenfalls nicht leicht zu erklärenden Gründen immer noch in Istanbul, fast wie ein Gefangener unter Hausarrest, obwohl die Griechen schon lange aus dieser Stadt vertrieben worden sind, nämlich 1453. Da fiel die Hauptstadt des 1000jährigen byzantinischen Reiches in türkische Hand. Mit Konstantinopel fiel die letzte Bastion des Abendlands und die berühmteste Kirche der Christenheit, die „Hagia Sophia“, wurde zur Moschee umgebaut. Für die heutigen Griechen heißt die Stadt immer noch „Konstantinopel“.

Es blieben freilich noch Hunderttausende Griechen in der Stadt, die nunmehr Istanbul hieß, und sie wurden auch geduldet. Erst 1922 wurde die ganze Bevölkerungsgruppe vertrieben, unter Umständen, die genauso abstoßend und grausig waren wie die Vertreibung der Ostpreußen, Schlesier, Pommern und Sudetendeutschen aus ihrer Heimat später: ein Vertreibungsverbrechen. Wie die Vertreibung der Deutschen verbunden mit Mord, Plünderung und Vergewaltigung. Ein paar tausend letzte, in der Stadt verbliebene Griechen wurden 1956 unter schlimmen, regelrechten Pogrom-Ausschreitungen vertrieben, nur der Patriarch durfte, in einem streng abgeschirmten und kontrollierten Gebäude bleiben, aber sein auf der Insel Chalki befindliches Priesterseminar ist bis heute geschlossen, er darf schon seit 1972 keinen Priester-Nachwuchs mehr ausbilden und führt ein ziemlich klägliches Dasein, geduldet, alimentiert aber auch kontrolliert vom türkischen Staat. Der Oberhirte der griechisch-orthodoxen Weltreligion wird ständig überwacht. Soviel über die viel gerühmte religiöse Toleranz des Islam. Diesem Patriarchen Bartholomäus I. wollte Papst Benedikt im Sinne der immer wieder versuchten Annäherung der zwei christlichen Konfessionen einen offiziellen Besuch machen. Der Papstbesuch in Istanbul wurde nach der Regensburger Rede des Papstes plötzlich in Frage gestellt, der türkische Premier Erdogan drohte, das Staatsoberhaupt des Vatikanstaates nicht zu empfangen, und die Radikalen bereiteten Proteste vor. Es war schon eine besondere Besuchsreise, nicht zu vergleichen mit den sonstigen Papstbesuchen bei den christlichen Gemeinden im Ausland. Denn die gläubigen Katholiken, die bei Papstbesuchen auch in nicht-christlichen Ländern wie China, immer noch nach Millionen zählend, würden hier in Istanbul nur ein paar Hundert Gläubige zusammenbringen. Doch der Papst bestand, auch nach der massiven Stimmungsmache gegen ihn, auf diesem Türkei-Besuch, und Erdogan mußte sich schließlich herablassen, ihn offiziell zu begrüßen, und von den geplanten Demonstrationen war plötzlich keine Rede mehr, wenn man von einem Aufmarsch einer islamistischen Zwei-Prozent-Partei einmal absieht. Für die Riesenstadt Istanbul unbedeutend. Große massenhafte Volksaufwallungen werden dortzulande entweder vom Staat organisiert oder einfach untersagt. Man hatte ein schönes, jedermann anrührendes Besuchsprogramm vereinbart, bei dem jeder auf seine Kosten kam: Besuch in der einst Kirche der Christenheit, der „Hagia Sophia“ (Heiligen Weisheit), die heute ein Museum – und viel besuchte Touristenattraktion ist. Aber bitte keine Gebete in der einst größten Kirche der Christenheit für den Papst. Vielleicht hat er heimlich gebetet. Dafür eine offizielle Messe in der immer noch großen und repräsentativen christlichen Heilig-Geist-Kirche mit den wenigen Katholiken von Istanbul und den griechischen Glaubensbrüdern. Besuch beim Patriarchen. Alle waren zufrieden. Und so wurde es am Ende gar als ein Triumph für Erdogan hingestellt, der während eines vertraulichen Gesprächs mit Benedikt XVI. sogar dessen Befürwortung des EU-Beitritts der Türkei herausgehört haben wollte.



Friedenstaube freigelassen: Papst Benedikt XVI. in Istanbul Foto: Reuters / Corbis

Wer hat nun gewonnen? Ist der Papst eingeknickt? Ging er nach Canossa, wie einst ein deutscher König, barfuß im Schnee zwölf Stunden vor der Weltöffentlichkeit wartend und eine Versöhnung erpressend? Hat der Papst seine Regensburger Rede bedauert? Oder sich am Ende sogar entschuldigt? Hat er es vielleicht sogar mit der Angst gekriegt, angesichts der wütenden Protestdemonstrationen in der ganzen islamischen Welt? Unwahrscheinlich. Ein so zielbewußt und sicher zur fast absoluten Macht aufgestiegener Intellektueller wie Joseph Ratzinger macht nichts aus Furcht und schon gar nicht aus Versehen. Ich bin der Ansicht, daß unser guter deutscher Hirte aus der Flakhelfer-Generation schon Gründe gehabt hat für seinen Auftritt in Istanbul, Gründe, die eher real und konkret sind. Sie haben viel mit der Stärkung des Patriarchen und der Idee der Vereinigung der beiden christlichen Kirchen zu tun und wohl auch mit der amerikanischen Nato-Idee, die Türkei noch fester in ihr Bündnis einzubeziehen. Hatte nicht Condoleezza Rice einen Monat zuvor ihre Audienz beim Papst?

Die Auseinandersetzung mit dem militanten Islam aber muß weiter geführt werden, das weiß auch Kardinal Meisner, der bereits am Tag nach dem Papstbesuch von den Islamgelehrten „Korankritik“, sprich kritische Beschäftigung mit der Schrift forderte. So wie es bei uns eine kritische Beschäftigung mit der Bibel gibt. Forschung, das ist in den Augen der herrschenden Imame Häresie, weil der Koran von Gott selbst den Menschen übergeben wurde. Islamforscher, die etwa nach den Quellen, den Manuskripten und der Überlieferung der Schrift fragen, sind in den Augen der Schriftgelehrten von Medina Gotteslästerer. Der Koran ist von Gott geschrieben. Was soll man dazu noch sagen? Mit wem reden? Vielleicht traut der Papst dem Christentum mehr zu, wenn die Kirchen in den islamischen Ländern geöffnet werden und Missionsarbeit möglich ist und nicht wie in einigen Ländern schwer bestraft wird. Vielleicht weiß der Papst mehr als wir. Über einen christlichen Fundamentalismus und seine Kraft zur Erneuerung. Tatsächlich ist die christliche Mission in Asien auf dem Vormarsch, in Afrika nicht, wo der Islam sich mächtig ausbreitet. Vielleicht irrt der Oberhirte aber auch. Groß ist nicht alles, was ein großer Mann tut. Eins ist aber sicher: Joseph Ratzinger ist nicht dumm. Und schon gar nicht feige. Etwas hat er sich zweifellos bei seinem Canossa-Gang gedacht.

Mein Vater hat mir einmal gesagt, was auch immer geschieht, die katholische Kirche hat 2000 Jahre alle ihre Gegner überlebt. Vielleicht ist es das. Vielleicht glaubt Benedikt XVI. an die Kraft der Erneuerung des Christentums. Wir aber, die wir dieses feste Zutrauen zur Erneuerung des Glaubens nicht haben, behalten die Regensburger Rede des Papstes und seine Warnung vor dem Islam, dessen Grundaussage die Eroberung der Welt mit Gewalt ist, in unserem Gedächtnis. Und in guter Erinnerung.

Klassik nur für reife Semester?

Die Werke der Weimarer Klassik gerieten in Vergessenheit, klagt Uwe Hentschel, Autor von „Moderne Klassik – Klassik der Moderne? Ein wissenschaftlicher Essay über die Aktualität von Goethes und Schillers Werken“. Selbst die Feiern zum 250. Geburtstag von Goethe 1999 und zum 200. Todestag von Schiller 2005 hätten nicht darüber hinwegtäuschen können, daß das Wissen über die beiden vielseitigen Genies verblasse. „Ob der Verkauf eines Goethe-Schnullers in Weimar eine gelungene Geschäftsidee darstellt, darf bezweifelt werden, zumindest zeigt sie, auf welchem kulturellen Niveau die Beschäftigung mit Goethe schon angelangt ist. Die Namen von Goethe und Schiller schmücken diverse Geschenkartikel, doch gelesen werden ihre Werke höchstens noch von wenigen Liebhabern reifer Semester.“



Uwe Hentschel versucht anhand zahlreicher Beispiele aus den Biographien der beiden Literaten und aus ihrem Lebensumfeld zu belegen, warum ihre Klassik zu Unrecht als alt und verstaubt angesehen wird. Leider hat der Autor seine durchaus nachvollziehbaren Belege als einen wissenschaftlichen Essay verfaßt, der schon aufgrund seines Aufbaus und Stils kaum Verbreitung finden dürfte. Wer sich jedoch mit der nicht immer leicht zugänglichen wissenschaftlichen Lektüre auseinandersetzt, erfährt, daß gerade Schiller und Goethe in einer maßgebenden Zeit des Umbruchs lebten, der den Grundstein für unseren hektischen Alltag der Gegenwart legte. So steckte beispielsweise der Tourismus damals in seinen Kinderschuhen. Gerade Goethe machte von den neuen Möglichkeiten im Reiseverkehr Gebrauch. Dank der Postkutsche kamen die Menschen schneller von A nach B und auch die Verbreitung von Informationen wurde schneller. Auch Goethe und Schiller profitierten von dieser Entwicklung, die auch ihre Werke prägte. *Bel*

***Uwe Hentschel: „Moderne Klassik – Klassik der Moderne? Ein wissenschaftlicher Essay über die Aktualität von Goethes und Schillers Werken“**, Königshausen und Neumann, Würzburg 2006, broschiert, 174 Seiten, 24,80 Euro.*

Eigene Wege eingeschlagen

Eine Ausstellung über den Impressionismus in Berlin

Der Siegeszug des Impressionismus in Berlin ist das Ergebnis einer langen Auseinandersetzung konservativer Kräfte mit den Bestrebungen der aufbrechenden Moderne. 1883 wurden zum ersten Mal die Werke der französischen Impressionisten in Berlin gezeigt. Und zwar in einer der seinerzeit noch seltenen privaten Kunsthandlungen, der Galerie Gurlitt.

Vor allem meinte man, daß impressionistische Werke „unvollendet“ und „skizzenhaft“ seien, oder gar „stümperhaft ausgeführt“. In einigen wenigen Jahren hatten sich aber auch die Berliner an diese neue Sehweise gewöhnt, in der die Spontaneität des Vortrags wichtiger war als ein wie auch immer geartetes „erbauliches“ Motiv. Die Anfeindungen, die dieser neuen Kunstrichtung entgegengebracht wurden, waren jedoch nicht nur künstlerischer Art. Nein, die Anfeindungen, denen sich der Impressionismus hier ausgesetzt sah, waren vor allem chauvinistischer Natur: Für viele der rechtsrheinischen Zeitgenossen war dies eine Kunst, die aus Frankreich herüberkam, vom „Erzfeind“, den man erst vor wenigen Jahren im Krieg 1870/71 bezwungen hatte. Und mehr oder weniger eindeutig und offen ausgesprochen lehnte man die neue Kunstrichtung aufgrund dieser Tatsache ab.

Viele der deutschen Künstler suchten, eigene Wege zu gehen, sich auf ihre Tradition berufend und nicht auf einen „importierten Stil“. Die Maler der Worpsweder Künstlerkolonie leisteten Hervorragendes in dieser Beziehung, aber auch kluge und weitsichtige Lehrer – wie der Ostpreuße Lovis Corinth, wie Gotthardt Kuehl oder auch Eugen Bracht – erreichten Bedeutendes: Sie förderten eine ganze Generation von Künstlern in der Suche nach ihrem eigenen Weg, der zwar die Anregungen aus Frankreich aufgriff, diese aber dennoch eigenständig umsetzte. Der „gemäßigte Impressionismus deutscher Prägung“, den eben jene Lehrer mit ihrer Aufgeschlossenheit gefördert und somit erst ermöglicht hatten, trat bald darauf seinen Siegeszug an.

„Natürlich bin ich ein großer Bewunderer französischer Kunst“, hat Lovis Corinth vor Studenten in Berlin einmal gesagt, „deshalb aber braucht man nicht blindlings und urteilslos alles nachzuahmen, was von Frankreich geboten wird.“ Der Künstler solle von Frankreich lernen und nicht „irgendeine Methode ... bis zu seinem 60. Lebensjahr stupide verfolgen, sondern er soll mit seinem Können aus sich selbst herausholen das, was ihn bewegt, und von seiner Überzeugung nicht um einen Finger breit weichen“.

Die Winter-Ausstellung der Galerie Barthelmess & Wischnewski vereinigt 48 Arbeiten unterschiedlicher mit Berlin verbundener Künstler, die allesamt vom Einfluß der französischen Impressionisten profitiert hatten, aber dennoch ihren eigenen künstlerischen Weg gegangen sind. Neben Hans Hartig, der als einer der bedeutendsten Schüler Eugen Brachts die Berliner Kunstszene vor dem Ersten Weltkrieg entscheidend prägte, sind vor allem Elisabeth Büchsel und Konrad von Kardorff zu nennen. Zu sehen sind aber jeweils auch ein Hauptwerk von Müller-Schönefeld („Kaffeegarten bei Berlin“) und von Paul Hoeniger („Blick über Dächer“), die auf zahlreichen bedeutenden Ausstellungen zu sehen gewesen waren und die auch damals schon die „neue Kunst Berlins“ repräsentierten. *gbw/os*

Die Ausstellung „Impressionismus in berlin“ ist in der Galerie Barthelmes & Wischnewski, Giesebrechtstraße 10, 10629 Berlin, montags bis freitags von 10 bis 13 Uhr und von 14.30 bis 18.30 Uhr, sonnabends von 11 bis 15 Uhr zu sehen, bis 28. Januar 2007.



Otto Lang-Wollin: Ostseehafen (Öl, um 1910). – Der Maler wurde 1881 in Kassel geboren und starb 1945 im pommerschen Stettin.
Foto: gbw

Nachlaß kehrte zurück

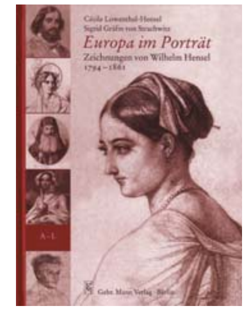
Einige persönliche Gegenstände des Architekten und Malers Karl Friedrich Schinkel (1781–1841), die in den Wirren des Zweiten Weltkriegs abhanden gekommen waren, wurden jetzt an die Nationalgalerie Berlin zurückgegeben. Der Vater des bisherigen Besitzers, der zwischenzeitlich verstorben ist und US-Bürger war, erhielt das Konvolut vor einigen Jahren von einem früher in Berlin lebenden Bekannten, der es dort in den Trümmern eines Hauses gefunden und an sich genommen hatte. Er war schon 2002 mit der Absicht der bedingungslosen Rückgabe an die „Stiftung Preußischer Kulturbesitz“ herangetreten. Sein Sohn hat die Stücke nun übergeben. Die Gegenstände, darunter eine Brille von Schinkel, Spielzeug, Gegenstände des Haushalts, Neujahrskarten und Ähnliches, tragen noch heute die Inventarnummern des Schinkel-Museums, einer früheren thematisch geprägten Sammlung der Nationalgalerie. Aus Unterlagen des Zentralarchivs der Staatlichen Museen zu Berlin wiederum geht hervor, daß der damalige Leiter der Nationalgalerie, Paul Ortwin Rave, die Gegenstände 1938 von der Erbin Frieda Schinkel gekauft hatte. Die kurz nach dem Tod des Künstlers auf Veranlassung Friedrich Wilhelms IV. zur Würdigung des künstlerischen Nachlasses entstandene Schinkel-Sammlung wurde später der Nationalgalerie zugeordnet. Heute sind die Bestände des Schinkel-Museums – soweit nicht als Kriegsverlust zu beklagen – auf verschiedene Sammlungen der Staatlichen Museen zu Berlin verteilt. Dabei ist das Kupferstichkabinett mit seinen in Qualität und Umfang weltweit einzigartigen Beständen von Zeichnungen und Druckgrafiken Schinkels an erster Stelle zu nennen, aber auch die Alte Nationalgalerie, die eine größere Anzahl seiner Gemälde dauerhaft präsentiert.

> Spielzeug und eine Brille aus Schinkels Besitz

Es ist beabsichtigt, das zurückerhaltene Konvolut in der Friedrichswerderschen Kirche auszustellen, die nach Plänen Schinkels erbaut und in deren unmittelbarer Nähe die Bauakademie, der Wirkungs- und Wohnort des Architekten, errichtet worden war. Heute dient sie der Nationalgalerie als Ausstellungsort für die Skulpturen des 19. Jahrhunderts. *pm*

Könige und Künstler gezeichnet

Wilhelm Hensel porträtierte alles, was in Europa Rang und Namen hatte



Von Silke Osman

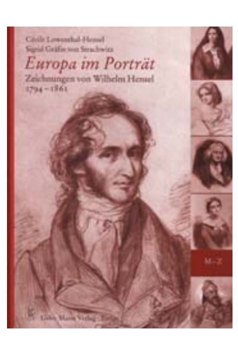
Es war zunächst eine unbedeutende Fleischwunde, die er sich zugezogen hatte, als er einen Menschen davor bewahrte, von einem Omnibus überfahren zu werden. Eine Blutvergiftung aber mit all ihren schrecklichen Folgen führte schließlich dazu, daß der Königliche Professor und Hofmaler Wilhelm Hensel am 26. November 1861, vor nunmehr 145 Jahren, in Berlin starb. Mit ihm verlor die deutsche Kunst einen der bedeutendsten Porträtisten des 19. Jahrhunderts. Wie bedeutend, das wird offenbar, blättert man in den jetzt herausgekommenen zwei Katalog-Bänden mit Bildnissen, die Wilhelm Hensel von seinen Zeitgenossen schuf.

Nach der umfangreichen Biographie, die Cécile Lowenthal-Hensel im Jahr 2004 über ihren Urgroßvater vorgelegt hat (Gebr. Mann Verlag, Berlin, 383 Seiten, zahlr. Abb., 78 Euro), ist nun im selben Verlag in Zusammenarbeit mit Sigrid Gräfin von Strachwitz der Katalog der Porträts erschienen.

Er schließt eine Lücke, bietet er doch erstmals einen Überblick über die Hensel-Sammlung im Berliner Kupferstichkabinett der „Stiftung Preußischer Kulturbesitz“. Anschaulich beleuchtet er „eine bedeutende Epoche der deutschen Kulturgeschichte in Bild und Wort“, wie Klaus-Dieter Lehmann, Präsident der Stiftung, im Vorwort zum Katalog betont.

Die fast 1100 Zeichnungen Hensels entstanden neben Gemälden mit biblischen Motiven in historisierender Art, die der Künstler bevorzugte. Der Maler Hensel ist inzwischen meist in Vergessenheit geraten, der Zeichner aber hat mit seinen Porträts die Vorstellung von bedeutenden Persönlichkeiten des 19. Jahrhunderts bis heute geprägt. Theodor Fontane verglich ihren Wert mit dem der „Initialenbücher des Mittelalters, aus denen berühmte Städte und Persönlichkeiten allein zu uns sprechen. Die 47 Mappen Wilhelm Hensels werden dann ein Bibliothekenschatz sein, trotz einem, eine historische Quelle, und der Name des Predigersohns aus Trebbin wird zu neuen Ehren erblühen.“ Aus den ursprünglich 47 Mappen, die Sohn Sebastian nach dem Tod des Vaters binden ließ, sind nun zwei Bände geworden, die in ihrem Wert nach wie vor Bestand haben und eine Fundgrube für Historiker, Kunstgeschichtler, Soziologen und Genealogen gleichermaßen sind. Hensels Œuvre vereint nahezu alles, was damals Rang und Namen hatte. Allein die Zahlen machen schwindeln: Elf Könige und Königinnen, zwei Großfürten, 15 Fürsten, ein Erzherzog, sieben Großherzöge, fünf Herzöge, 36 Prinzessinnen und Prinzen, 153 Künstler, 66 Dichter und Schriftsteller, 84 Militärs, 69 Politiker, Diplomaten, Juristen, hohe Beamte sowie 29 Wissenschaftler hat Hensel mit dem Bleistift verewigt. Nicht zu rechnen die Bildnisse, die sich noch unerkannt in Privatbesitz befinden, und die rund 80 Porträts, die bisher nicht identifiziert werden konnten. Fast 400 Frauen sind unter den Porträtierten und mehr als 250 Ausländer, darunter sind Engländer am stärksten vertreten. Die Porträts werden ergänzt durch kurze Biographien, so daß sich ein interessanter Blick in die Welt des 19. Jahrhunderts öffnet.

Als Hensel 1821 den Auftrag erhielt, die „Lebenden Bilder“ auf einem glanzvollen Hoffest in Berlin zu dokumentierten, begann seine eigentliche Karriere. Er erhielt Zugang zur „feinen“ Gesellschaft und das Wohlwollen des Königs. „Die aristokratische Gesellschaft und das gebildete Großbürgertum, die jeweils durch familiäre und politische, ökonomische oder berufliche Verbindungen national wie international verflochten waren, wurden Hensels soziale Fixsterne“, so die Herausgeberinnen. „Sie bestimmten das weitere Leben und Wirken des konservativen, königstreuen, zugleich weltoffenen Künstlers und prägten das breite Spektrum seiner Sammlung.“ Eine Sammlung, die – ebenso wie der Katalog – zeitlos ist und die Begabung des Porträtisten Wilhelm Hensel zeigt, der stets das Charakteristische eines Menschen herauszuarbeiten wußte.



***Cécile Lowenthal-Hensel / Sigrid Gräfin von Strachwitz (Hrsg.): „Europa im Porträt – Zeichnungen von Wilhelm Hensel (1794–1861)“**, Gebr. Mann Verlag, Berlin, 652 Seiten, etwa 1100 Abb., zwei Bände geb. im Schuber, 128 Euro.*

Weihnachten auf See

Auf einen Tannenbaum müssen Seeleute heute nicht verzichten

Von SILKE OSMAN

Kapitän Hartmut Hansen lächelte still, als er gestand: „Da habe ich mal was richtig gemacht." Der 49jährige Hüne, dessen herzhaftes Lachen schon viele aus einem Tief herausgeholt hat, schmunzelte: „Meine Entscheidung, bei einer anderen Reederei anzuheuern und ein Kommando zu bekommen, bei dem ich immer mal wieder in einem deutschen Hafen vor Anker gehen kann, war richtig. Gerade zu Weihnachten, da kommen schon sentimentale Gefühle hoch. Weihnachten in der Südsee, bei Sturm oder bei unerträglicher Hitze, nee, das ist nichts mehr für mich. Und nicht jeder Reeder ist so fürsorglich und sorgt dafür, daß an Bord Weihnachtsstimmung aufkommt, geschweige denn ein Tannenbaum aufgestellt werden kann." Hansen denkt dabei an die Hapag-Lloyd AG, die ihre Handelsflotte zu Weihnachten mit Christbäumen versorgt – eine logistische Meisterleistung. Jedes Schiff, das ab Oktober zum letzten Mal in Hamburg festmacht, wird mit Tannenbäumen ausgestattet – im Topf, damit sie durchhalten bis zum Fest.

Auch die Schiffe, die Europa nie anlaufen, erhalten „ihren Baum" – per Transfer durch andere Schiffe der Reederei, die ihren Weg kreuzen. Falls das alles nicht klappt, ist der Kapitän angehalten, Bäume in Amerika oder Kanada zu organisieren.

Man sieht: Weihnachten auf See wird durchaus ernst genommen. Eine Ausstellung auf dem Hamburger Großsegler „Rickmer Rickmers", der seit 1983 am Fiete-Schmidt-Anleger nahe den Landungsbrücken vor Anker liegt, zeigt, wie Seeleute einst und jetzt das „Fest der Feste" feiern. Sie müssen meist nicht nur nicht auf den Tannenbaum verzichten, auch ein Festmenü hat der Smutje vorbereitet. Wie das 1918 auf der „USS Pittsburgh" aussah, kann man einer Speisekarte entnehmen, die gezeigt wird. Eine Vorspeise mit Gurken und Oliven, Kalbskotlett mit Erbsen, Truthahnbraten, Obst und Nüsse – diese Speisenfolge hört sich geradezu luxuriös an. Gekrönt wird alles mit einem Kaffee und Zigaretten.

Nicht immer aber wurden die Seeleute zu Weihnachten verwöhnt. Es gab auch Zeiten, wo sie sich selbst etwas einfallen lassen mußten, um den Tag festlich zu gestalten. Da kam es schon mal vor, daß ein Besenstiel zum Weihnachtsbaum umfunktioniert wurde. Das jedenfalls erzählt Kapitän Kurt Gerdau in seiner Geschichte „Der wundersame Weihnachtsbaum", die auf Viermastbark „Hebe" spielt und in dem Erzählband „Weihnachten auf See" (Husum Verlag) erschienen ist. Den Besenstielbaum kann man denn auch auf der Ausstellung bestaunen.

Verglichen mit heutiger Zeit, die dem Seemann so allerlei Komfort bietet, war das Leben an Bord früher kein Zuckerschlecken, zumindest nicht für die niederen Ränge. Ein Gefühl für das Leben an Bord eines Großseglers erhält man, wenn man auf der „Rickmer Rickmers" die Gelegenheit wahrnimmt und sich neben der Sonderschau auch die ständige Ausstellung über das 1896 als Vollschiff in Bremerhaven vom Stapel gelaufene Museumsschiff ansieht. In kleinen Kammern drängen sich sechs Kojen, die nicht sehr geräumig anmuten. Dem Funker war eine eigene Kammer vergönnt; seine Koje grenzte direkt an die Funkanlage, so daß er jederzeit erreichbar war. Auch der Smutje war nicht gerade zu beneiden, war doch seine Kombüse ebenfalls nicht groß. Die Krankenstation mit ihren altertümlichen Geräten (allein der Bohrer läßt alle Zahnschmerzen vergessen) lädt auch nicht zum freiwilligen Verweilen ein. Schmucker geht's da in der Kapitänskajüte zu. Edles dunkles Holz, bequeme Sessel und eine behagliche Schlafgelegenheit sprechen Bände. Unendlich viel Zeit, Geld und Arbeit haben die Mitglieder des Vereins „Windjammer für Hamburg e. V." investieren müssen, um das 97 Meter lange und 12,20 Meter breite Schiff wieder auf Vordermann zu bringen, hatte es doch mehr als 20 Jahre als Depotschiff unter dem Namen „Santo Andre" in einem portugiesischen Hafen vor sich hingegammelt. Als Museumsschiff „Rickmer Rickmers" aber ist wieder viel vom alten Charme des Seglers zu spüren, nicht nur zu Weihnachten.

Die Sonderausstellung „Weihnachten auf See" ist auf dem Museumsschiff „Rickmer Rickmers", Fiete-Schmidt-Anleger bei den St. Pauli Landungsbrücken, Hamburg, täglich von 10 bis 18 Uhr zu sehen, Eintritt 3 / 2,50 Euro, Kinder 2 Euro, bis 14. Januar 2007.



Weihnachtsstimmung auf hoher See: In der Kajüte des Kapitäns stand schon mal ein schmucker Tannenbaum. Foto: Informationszentrum Nordmanntanne

Lesefutter

Ein Verlag entdeckt eine Marktlücke

Essen und lesen – wie paßt das zusammen?, wird sich der eine oder andere fragen. Ganz gewiß, denn schließlich sagt man ja auch, man habe einen Roman „verschlungen", oder dieser Text sei schlecht verdaulich. Doch Spaß beiseite: Bei „Lesefutter", einem jungen Verlag für junge Autoren, haben das Grundbedürfnis Essen und die Freude an Literatur auf ungewöhnliche Weise zusammengefunden. Jens W. Gantzel und Frank Riepe haben die Brötchentüte als Medium entdeckt! Mit kurzen Texten oder Gedichten bedruckt wird sie in fünf- bis sechsstelliger Auflage über Bioläden vertrieben. In gut einem Jahr seit Gründung des Verlags sind bisher 1,2 Millionen Tüten mit „Lesefutter" über die Tresen gegangen. Waren es zunächst „nur" Brötchen, sind es jetzt auch Bücher, die in diesen Tüten verpackt werden, denn neben Naturkostläden und Reformhäusern haben sich auch Buchhandlungen für diese Art der Kulturförderung begeistern lassen.

Angefangen hatte alles einst mit einem Freund der beiden Verleger, der Nachrichten und kurze Texte auf seine Brötchentüten schrieb. Warum nicht einmal im großen Stil dieses Medium nutzen?, dachten sich Gantzel und Riepe. Neben der Verbreitung guter, unterhaltsamer Literatur wollen sie die Lebensqualität der frühstückswilligen Kundschaft steigern und die Lust am Lesen im Alltag fördern. Ganz ohne Werbung geht's natürlich nicht. Doch auch die Sponsoren, die diese „Kleinkunst" erst möglich machen, sind interessant. So wirbt jetzt das „Landesmuseum Natur und Mensch Oldenburg" auf der Rückseite der Tüten für seine Ausstellung. Aber auch die Volksbank Oldenburg ist mit dabei, ebenso der Nahverkehrsverbund Baden-Württemberg, der eine Auflage zum Thema Reisen in Auftrag gab. Der Phantasie sind keinerlei Grenzen gesetzt. „Mit dem Spagat zwischen Kunst und Kommerz fühlen wir uns sehr wohl", bekennt Frank Riepe. „Entgegen dem allgemeinen Trend werden wir beweisen, daß mit einem intelligenten Konzept sich auch mit Kultur Geld verdienen läßt." Nicht zuletzt aber sind diese „Tütentexte" auch eine Chance für junge Autoren, die auf diese Weise zeigen können, was sie drauf haben. *SiS*



Kultur auf der Tüte: Ein ungewöhnliches Medium entdeckt Foto: Lesefutter

Allheilmittel Schokolade

Gehofft hatten es Schleckermäuler schon immer, nun ist es amtlich: Schokolade macht nicht dick, sondern gesund! Passend zur Erkältungssaison haben britische Wissenschaftler herausgefunden, daß Schokolade gegen Husten hilft. Theobromin heißt die Substanz, der man eine solche Funktion zuschreibt; sie soll sogar deutlich wirksamer sein als der in vielen Hustenmitteln verwendete Wirkstoff Kodein. Bleibt zu hoffen, daß Theobromin nicht ebenso wie Kodein süchtig macht ...

Einzig die Untersuchungsbedingungen, die zu diesem verheißungsvollen Ergebnis führten, trüben der frohen Botschaft Kunde: Mit Chilischoten erzeugten die Wissenschaftler bei nichtrauchenden Probanden unter Laborbedingungen den Husten, der wohl eher nicht vergleichbar ist mit den symptomatischen Erscheinungen einer durch Viren hervorgerufenen Erkältung. Beachtlich ist dann auch die zu vertilgende Menge der Leckerei: 25 Schokoriegel pro Tag muß man sich einverleiben, bevor ein positiver Effekt eintritt. Kommt die Substanz aus der Schokolade tatsächlich irgendwann als Medizin auf den Markt, so wird sie jedoch weder braun und lecker noch künstlerisch gestaltet sein; weiß, ohne Geschmack und zu einer Tablette gepreßt ist das revolutionäre Allheilmittel vorgesehen. *cw*

Wolf und Mensch sind seine Feinde

Anpassungsfähig, überlebenstüchtig und doch gefährdet – der Elch wurde Wild des Jahres 2007

Von ANNE BAHRS

Die „Schutzgemeinschaft Deutsches Wild" bestimmte den Elch zum Tier des Jahres 2007, um auf diese größte Hirschart der Erde besondere Aufmerksamkeit zu lenken. Seit einigen Jahren werden Elche, in den beiden vergangenen Jahrhunderten schon mehrfach in hiesiger Landschaft vom Aussterben bedroht, in harten Wintern auch wieder in Vorpommern gesehen.

Als Heinrich Eichen das von Gerhard Lascheit vertonte Lied „Abends treten Elche aus den Dünen" schrieb, konnte man in der Elchniederung südlich des Memeldeltas und östlich des Kurischen Haffs im ostpreußischen Landkreis Heinrichswalde noch oft diese grandiosen Tiere sehen. Später erfuhr man, bedingt durch die geschichtlichen Ereignisse, lange Jahre kaum etwas über die dort beheimateten eurasischen Elche, die zumeist etwas kleiner sind als ihre gewaltigen Verwandten in Alaska und Kanada. In einigen Zoos kann man mittlerweile aber auch in der Bundesrepublik Deutschland Elche sehen und sich von ihrer imponierenden Statur von 1,80 bis 2,10 Meter Größe überzeugen. Erst während der Eiszeit haben sich die Elche entwickelt. Sie sind tiergeschichtlich also eine noch junge Hirschart, erforschten Wissenschaftler. Bis ins Mittelalter hinein sollen auch in den Alpen Elche gelebt haben. Es mag dort im bevölkerungsreichen Siedlungsraum Mitteleuropas für sie zu laut, zu unruhig geworden sein, vielleicht wurden die Elche auch zu sehr bejagt. Vor 150 Jahren sah man schließlich im Kaukasus noch Elche, später nur noch in Skandinavien, Rußland, Polen und in Ostpreußen. Um diese großen Tiere vor dem Aussterben zu bewahren, wurden sie für schonungsbedürftig erklärt. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges aber haben sich die Elche gewaltig vermehrt.

Nun sieht man im nördlichen Skandinavien selbst an der Autobahn nicht selten die dreieckigen Warnschilder, darin das Bild eines Elches mit schaufelförmigem Geweih. Elche sind schließlich auch tagsüber unterwegs, um ihren großen Hunger zu stillen oder um eine Gegend zu finden, in der sie nicht von riesigen Mückenschwärmen geplagt werden. Als in Schweden die von den Elchen angerichteten Schäden zu groß wurden, gab man hier 1970 die Erlaubnis zum Erlegen von 60 000 Tieren. In Finnland wurden 1982 50 000 Elche zum Abschuß freigegeben.

Diese Großhirsche haben Schwimmhäute zwischen ihren Paarhufen. Darum finden sie Halt und Sicherheit auch im moorigen Gelände. Sie können sogar relativ flott und ausdauernd laufen, wenn sie sich verfolgt fühlen. Ihr plump wirkender, massiver Körper mit der hohen Brust und dem hochstehenden Nacken befähigt sie auch, gute Schwimmer zu sein. Dabei stört das markante Schaufelgeweih der männlichen Tiere offenbar nicht, obgleich es bis zu 20 Kilogramm schwer sein kann. Die Rosetten wachsen dem Elch seitlich des Kopfes. Daher spreizen sich seine Schaufeln ab. Manchen Elchen wächst aber nur ein Riesengeweih ohne Schaufeln.

Im russischen Naturschutzgebiet Petschora-Illitsch besteht seit etlichen Jahren eine Elchfarm. Dort werden Versuche der Domestizierung unternommen, um die wirtschaftliche Nutzung durch Fleisch- und Milchgewinnung zu erproben. Es muß allerdings zugefüttert werden. In der Gefangenschaft setzen die Elchkühe bereits nach 16 Monaten ihre ersten Kälber. Die Tragzeit dauert neun Monate.

In Sibirien werden schon lange Elche vor die Schlitten gespannt, wie die Rentiere bei den Samen. Auch das Ren ist eine Hirschart, dem Elch also nahe verwandt. Es wird versucht, auch die Elche zu Reit- und Arbeitstieren abzurichten.

Während einer Reise durch Finnland konnte ich in einer von Samen betriebenen Gastwirtschaft geräucherten Elchschinken probieren. Er schmeckte kernig-streng. Ich zog dann allerdings ein Fischgericht vor. Vielleicht aber ließ mich auch der Respekt vor dem vielbesungenen Wappentier nicht urteilsfähig sein.

Wenn der Sommer sich zum Herbst hinwendet, sucht der Elch, der monatelang allein herumstreift, wieder seine Herde. Er stößt einen nicht besonders lauten, nasal klingenden Ruf aus und wird weithin gehört. Das Rudel kommt ihm entgegen. Einige Wochen bleibt der Elch bei seinem „Harem". Es ist für ihn eine anstrengende Zeit. Kaum kommt er zum Fressen. Rivalenkämpfe gilt es zu bestehen. Denn der Nachwuchs des vorletzten Jahres ist bereits geschlechtsreif und fordert sein Recht.

Eigentlich sind außer den Menschen nur noch Wölfe eine Bedrohung für die Elche, da sie sich gern zur Nacht noch ein tapsiges Jungtier holen. Besonders lange, harte Winter treffen die großen Wiederkäuer schwer. Wenn keine erreichbaren Kiefern- oder Wachholderzweige mehr zu finden sind, schälen die hungrigen Elche die Baumstämme und richten dadurch großen Schaden an. Bevorzugt fressen sie das junge Laub der Weiden, Birken, Eichen. Sie suchen aber auch Rüben- und Kornfelder auf und zertrampeln hier mehr als sie fressen können.



Verwelkter Lorbeer

Deutschlands Lage

Überall kann man derzeit über die Probleme der Großen Koalition lesen. Manfred Lahnstein, einst Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister der Finanzen unter Helmut Schmidt, ist jedoch so schnell gewesen, daß er sogar schon ein Buch dazu vorlegen kann. In „Die gefesselte Kanzlerin – Wie die Große Koalition sich selbst blockiert“ führt das Mitglied im Vorstand der Bertelsmann AG in Gütersloh aus, wieso unserer Regierung nichts glückt. Da er mit der Arbeit am Buch offenbar schon begonnen hatte, als die Kanzlerin in Deutschland noch von dem Rest der auf sie projezierten Hoffnungen zehren konnte, ist so mancher der geäußerten Kritikpunkte noch nicht genügend zu unterfüttern gewesen. Also nähert sich der Autor von verschiedenen Seiten seinem Thema, um dem Leser einen Überblick zu verschaffen – und die Seiten voll zu bekommen.

Letzteres ist auffällig, denn der Vorsitzende des Kuratoriums der „Zeit“-Stiftung holt manchmal zu sehr aus, um sich seinem eigentlichen Kernthema zu nähern.

Manfred Lahnstein spricht über die 2005 entscheidenden Landtagswahlen, Schröders Beweggründe für seinen Wunsch nach Neuwahlen, den Bundestagswahlkampf, die Wahl selber, um von dort in die Vergangenheit abzutauchen. Er stellt unseren Wohlfahrtsstaat vor, erinnert kurz an die Ära Schmidt, die Ära Kohl und die Ära Schröder. Von dort geht er zur Globalisierung über, nennt Deutschlands Konkurrenten, ihre Schwächen und Stärken.

Nachdem er die Ausgangslage 2005 vorgestellt hat, kommt Lahnstein nach gut 200 Seiten auf die Arbeit der Großen Koalition zu sprechen. „Und so sind die Probleme, mit denen wir uns heute herumschlagen müssen, nicht erst gestern entstanden. Über lange Zeit hinweg waren wir auf das ‚Modell Deutschland‘ ebenso stolz wie auf die Bewunderung, die es weltweit hervorrief. Wir hätten rechtzeitig erkennen müssen, daß nichts so schnell welkt wie Lorbeer. Wir haben es nicht getan. Selbstgerechtigkeit und Denkfaulheit, Ängstlichkeit und Entschlußlosigkeit haben uns allmählich in die Klemme gebracht.“

Etwas detaillierter führt der Autor folgend aus, was die Große Koalition bisher erreicht oder auch nicht erreicht hat, wobei er unter anderem bemängelt, daß die Politik und die Medien es nicht geschafft habe, alles der Öffentlichkeit nahezubringen. So enthalte die Gesundheitsreform unter anderem einige gute Aspekte, über die aber nie jemand geredet habe.

Im ganzen ist Manfred Landsteins „Gefesselte Kanzlerin“ nur als Lektüre für jene sinnvoll, die in dem letzten Jahr kaum Tageszeitungen gelesen haben, allen anderen hat der Autor nicht viel Neues zu sagen. Außerdem: In letzter Zeit melden sich ständig ehemalige politische Persönlichkeiten zu Wort, die die Lage Deutschlands beklagen und kluge Lösungsvorschläge machen. Wieso bitte schön haben sie diese nicht durchgesetzt, als sie noch in Amt und Würden waren? *Bel*

***Manfred Lahnstein: „Die gefesselte Kanzlerin – Wie die Große Koalition sich selbst blockiert“**, Lübbe, Bergisch Gladbach 2006, geb., 296 Seiten, 19,95 Seiten, Best.-Nr. 5962*



Winkel und Zirkel

Der Versuch zu erklären, daß die Freimaurer gar nicht so geheim seien

Riten und Gebräuche bestimmen das menschliche Leben und je älter und geheimnisvoller ein Ritus, desto höher seine Bedeutung – jedenfalls für jene Personen, die dem Ritus eine Bedeutung beimessen wollen.

Eine sagenumwobene Abteilung bei den Ritenpflegern sind die Freimaurerlogen. Das sind die Männer mit Winkel und Zirkel. Ihnen wird alles mögliche unterstellt – von der einfachen Geheimniskrämerei über Ritualmorde bis hinauf zum alleinbeherrschenden Einfluß auf die Weltpolitik, da wird nichts ausgelassen. Alles nicht wahr – das sagt zumindest Kirk MacNulty, der jetzt einen 320 Seiten umfassenden Bildband zum Freimaurerwesen vorgelegt hat. Der Autor ist selbst Mitglied dreier Logen und ihm öffneten sie ihre geheimen Archive.

Die Wurzeln der Logen liegen im England des 18. Jahrhunderts. 1717 gründeten sich vier Logen, die bis 1730 bereits auf 70 angewachsen waren. In ihnen vereinigten sich Geschäftsleute, Adel und Politik.

Ihre Mitglieder hinterlassen immer wieder Spuren im öffentlichen Leben: Kurt Biedenkopf machte etwa bei seiner Vereidigung zum Ministerpräsidenten von Sachsen mit angewinkeltem Arm und der linken Hand am Hosenbund ein Drefingerzeichen. Der Autor ist allerdings bemüht, anhand der amerikanischen Eindollarnote, die ein allsehendes Auge über einer Pyramide aufweist, die behauptete Machtdemonstration der Logen zu entkräften, indem er auf die fehlende Logenzugehörigkeit einiger der an der Gestaltung des amerikanischen Staatssiegels beteiligten Männer hinweist – ein halbherziger Versuch. Autor MacNulty ist erkennbar Anwalt in eigener Sache. Die textliche Darstellung verhaftet an der Oberfläche der Logen und vieles bleibt im Dunklen.

MacNultys Bildband ist dennoch eine wertvolle Dokumentation des kulturellen Lebens und der Insignien der verschiedenen Grade der Freimaurer in ihren individuellen Ausprägungen je nach Land und Loge. Auch sind einige Dokumente abgedruckt, die die verschiedenen Hochgrade und Vereinigungen und deren Beziehungen zueinander darstellen. *Bernhard Knapstein*

***W. Kirk MacNulty: „Die Freimaurer – Das verborgene Wissen“**, Herbig, München 2006, geb., 320 Seiten, 39,90 Euro, Best.-Nr. 5961*



84 und kein bißchen leise

Biedere Unternehmerin muß erfahren, daß ihr Vater eine Geliebte hat

Ruth Rothwax ist Jüdin, 54 Jahre alt und leitet in New York ihre eigene kleine Firma, einen gut florierenden Briefservice.

Nebenbei kümmert sie sich um ihren anstrengenden, verwitweten 84jährigen Vater Edek.

Bedauerlicherweise ist Ruth jedoch auch eine sehr neurotische Frau, deren Kontrollzwang sich nicht nur auf ihre Ernährung, sondern auch auf ihren Vater ausweitet, der sich jedoch darauf spezialisiert zu haben scheint, sich eben diesem immer wieder zu entziehen.

Als jedoch plötzlich die polnischen Bekannten, die schüchterne Walentyna und die robuste, vor Gesundheit strotzende Zofia auf der Bildfläche erscheinen und sich bei Edek einquartieren, gerät Ruths heil geglaubte Welt aus den Fugen.

„Ruth hatte mehrere Nächte nicht mehr richtig geschlafen. Sie merkte, daß ihre Konzentration nachzulassen begann. Sie versank in Tagträume, wie sie Zofia und Walentyna loswerden könnte, statt über ihre Briefe nachzudenken.“

Doch haben die beiden Damen ganz andere Pläne. Sie wollen in New York seßhaft werden, und Edek spielt, genau für Zofia, in dieser Beziehung eine ganz besondere Rolle, womit Ruth offensichtlich alles andere als klarzukommen scheint.

„‚Ihr Vater und ich, wir haben sehr guten Sex‘, sagte Zofia. Ruth fiel um ein Haar vom Stuhl. Wie waren sie vom Schwimmen zum Sex gekommen? Und zum Sex mit ihrem Vater? ‚Wenn ich meine Beine um ihn schlinge, bin ich sehr glücklich. Und er ist auch sehr glücklich‘, sagte Zofia. Wenn sie ihre Beine um ihn schlang? Warum mußte Zofia ihr das erzählen? ... Daß man seine Beine um jemanden schlang, war ein sehr persönlicher Sachverhalt ... Ruth hatte in ihrem Leben noch nie darüber gesprochen, daß sie ihre Beine um etwas schlang, selbst wenn es nur ihre Bettdecke war. Sie war etwas verdattert.“

Mit viel Humor und einer ordentlichen Prise Ironie erzählt die Autorin Lily Brett in „Chupze“ die Geschichte von Vater und Tochter, die nach so vielen Jahren, die sie nebeneinander hergelebt haben, endlich wieder emotional zueinander finden.

Schnell steigt der Leser in das Geschehen des Romans ein und läßt sich überraschen von den waghalsigen Ideen der herzerfrischenden Zofia und dem verklemmten, aber sympathischen Charakter der ewig skeptischen Ruth.

Doch woher rühren eigentlich Ruths Neurosen wie zum Beispiel ihre Ablehnung gegenüber rotem Fleisch, dessen Anblick sie mit brennendem Fleisch assoziiert? Auch dafür hat der nie um eine Antwort verlegene Edek eine, wenn diesmal auch erstaunlich vernünftige Erklärung parat: „‚Ich glaube, wenn Rooshka und ich nicht wären gebracht worden in das Ghetto und nach Auschwitz und wenn Ruthie wäre aufgewachsen in Polen, dann wäre alles leichter für sie.‘“

Ein lustiger und sehr unterhaltsamer Roman mit ernstem Hintergrund. *A. Ney*

***Lily Brett: „Chuzpe“**, Suhrkamp, Frankfurt am Main 2006, geb., 334 Seiten, 19,80 Euro, Best.-Nr. 5963*



Immer noch empfehleswert

Überarbeitete Fassung von Franz Uhle-Wettlers deutscher Militärgeschichte

Das Werk fesselt. Wer die Ausgaben 1984 und 2000 von „Höhe- und Wendepunkte deutscher Militärgeschichte – Von Leuthen bis Stalingrad“ kennt, müsse nur noch das neue Kapitel über die Skagerrak-Schlacht lesen, dachte der Rezensent, doch diese überarbeitete Auflage des promovierten Historikers und Generalleutnant a. D. Franz Uhle-Wettler zog ihn erneut ganz in ihren Bann. Nicht nur wegen der Schlachten und Feldzüge Leuthen (1757), Valmy (1792), Waterloo (1815), Vionville, Mars-la-Tour, St. Privat (1870), Tannenberg (1914), Skagerrak (1916), Westfeldzug (1940), Kreta (1941) und Stalingrad (1942/43). Ihr Ablauf wird in knapper, sehr anschaulicher Sprache deutscher Militärtradition geschildert, anekdotisch gewürzt durch Heroisches und Schwaches, Grausames und Amüsantes.

Der hervorragende Wert dieses Buches liegt in dem, was es an Erkenntnissen zum Verstehen der Zeit vermittelt, warum die preußische oder deutsche Seite auch dann gewann, wenn sie, wie meist, an Kräften unterlegen war.

Der Sieg von Leuthen mit einer kurz zuvor mehrfach besiegten, an Zahl weit schwächeren Armee, hätte laut Napoleon genügt, Friedrich II. „unsterblich“ zu machen. Dessen geniale Menschenführung und Taktik griff aber nur, weil die preußische Armee die fortschrittlichste war. Ihre Soldaten wurden viel vernünftiger ausgebildet, menschlicher behandelt und diszipliniert als sonst allgemein üblich („So schnell schießen die Preußen nicht!“ bedeutet: Sie füsilierten viel seltener). So zeigten sie selbstbewußten Stolz auch gegenüber dem König, der ihr Lager und ihre Gefahren teilte. Eigeninitiativ und mutig geführt, war diese Armee einmalig, auch im Erdulden der fürchterlichen Not des Siebenjährigen Krieges. Wenn Valmy, später Jena, Auerstedt und die Folgen ihre Wende- und Tiefpunkte markieren, so nicht deshalb, weil das friderizianische System grundsätzlich überholt gewesen wäre – weder Bewaffnung noch Taktik hatten sich wesentlich gewandelt –, sondern weil die Armee zur Paradearmee verschlampt, ihre Führung unfähig und feige geworden war. Die Erfolge des Befreiungskriegs und schließlich in Belle-Alliance verdanken mehr dem Volkszorn über die napoleonische Ausplünderung und der wiedergewonnenen Führungskraft als den preußischen Reformen.

Im Kriege 1870/71 trat eine deutsche Armee an, deren Kontingente kurz zuvor noch erbitterte Gegner gewesen waren, die aber in der Empörung über die französische Anmaßung geeint, unter preußischer Führung einen einmaligen Angriffsgeist entwickelte. Der zum Teil tollkühne, befehlswidrige Vorwärtsdrang von Brigaden, Divisionen und Korps zeitigte nur deshalb überwältigende Erfolge, weil sie sich ganz selbstverständlich gegenseitig aus desaströsen Lagen heraushauten, die Führung tapfer vorweg kämpfte, und bei den massenhaften Ausfällen von Offizieren Feldwebel, Unteroffiziere, sogar Mannschaften die Führung bis zum Bataillon übernahmen. Offenbar dazu befähigt und ermutigt, folgten sie selbständig dem Vorbild ihrer Offiziere aus der gesellschaftlichen Führungselite.

Im Ersten Weltkrieg kämpften Deutschland und Österreich gegen eine anderthalbfache, sich vergrößernde Übermacht, was nebenbei belegt, daß der „Griff nach der Weltmacht“ ein absurder Vorwurf ist. Armee und Flotte leisteten aus ungünstigsten Lagen sehr viel mehr, als das Kräfteverhältnis eigentlich hergab. Auch in Stalingrad stemmte sich eine Armee bis zuletzt in übermenschlichem Kampf vergebens gegen die Folgen strategischen und operativen Versagens.

Die deutschen Streitkräfte des Ersten und Zweiten Weltkrieges gelten, durch weltweite Befragung statistisch gesichert, in Martin van Crevelds „Kampfkraft“ genau erklärt, als die besten ihrer Zeit. Neben viel militärisch Wichtigem beruht dies auf einer Besonderheit, die der Autor durch einen amerikanischen Offizier und Militärhistoriker ausdrücken läßt: „Bei näherer Betrachtung entwickelt sich das Bild einer Armee, die einander offensichtlich widersprechende Eigenschaften wie Gehorsam und Initiative, Drill und Kreativität, Autorität und Selbständigkeit erfolgreich auf einen Nenner zu bringen vermochte. ... Dieser Ausgleich ist nur in einer Institution möglich, die Charakterstärke fördert, hohe intellektuelle Maßstäbe setzt und genau das richtige Maß an Toleranz praktiziert.“

„Höhe- und Wendepunkte“ ist ein spannender und tiefgründiger Kompaktkurs in vergleichender deutscher und fremder Militär- und politischer Geschichte. Wie sehr die unsrige ins Negative verbogen ist, offenbart Uhle-Wettler nachvollziehbar anhand gern unterschlagener, doch entscheidender Fakten – sein nüchternes Urteil ist meist überraschend, weil politisch inkorrekt.

Das Buch ist daher allen sehr zu empfehlen, die mit Geschichte argumentieren oder aus ihr noch heute gültige Lehren ziehen wollen. *Manfred Backerra*

***Franz Uhle-Wettler: „Höhe- und Wendepunkte deutscher Militärgeschichte – Von Leuthen bis Stalingrad“**, Ares Verlag, Graz 2006, zahlr. Abb., 416 Seiten, 19,90 Euro, Best.-Nr. 5964*



Reich der Gefallenen

Weihnachts-Hörbuch

Aus der Feder des 1917 gefallenen Kriegsfreiwilligen Walter Flex stammt nicht nur das über eine Million Mal verkaufte Buch „Der Wanderer zwischen beiden Welten“ und das allseits bekannte Lied „Wilgänse rauschen durch die Nacht“, sondern auch das „Weihnachtsmärchen des 50. Regiments“. Dieses Märchen hat jetzt der Leipziger Kommunikationswissenschaftler Michael Vogt, der bei „Polarfilm“ auch schon das erschütternde Video über das Massaker von Nemmersdorf veröffentlicht hatte, als Hörbuch herausgegeben.

Das Weihnachtsmärchen von Walter Flex beschreibt die Erlebnisse einer Kriegerwitwe, die in der Weihnachtsnacht mit ihrem Kind durch einen Sprung in einen tiefen See den Freitod sucht, in einer Welt zwischen Leben und Tod. Sie begegnet in dieser Zwischenwelt den gefallenen Soldaten, denen Gott Aufgaben zugewiesen hat, solange der Krieg währt. Sie sind die Beschützer des ungeborenen Lebens und die im Herzen reinsten unter ihnen werden für einen Tag der „geheime König“ in der Mitte der Erde sein, der die Herzlosen in der Heimat bekehrt.

An jenem Tag, da die Frau in der Mitte der Erde dem geheimen König begegnet, erkennt sie in ihm ihren gefallenen Mann. Mit symbolischen Geschenken gegen Not und Trostlosigkeit schickt der geheime König Witwe und Kind zurück auf die Erde.

Tiefe Ehrfurcht vor dem Opfergang der Soldaten, die in Langemarck, Verdun oder anderswo antreten, in Todesgewißheit stürmen und fallen werden, überkommt nicht nur die Witwe, sondern auch den Hörer.

Es mag ein zeitimmanentes Märchen sein, welches sich nur auf das freiwillige Eintreten für Kaiser und Gott in den Schützengräben des Ersten Weltkrieges, nicht aber auf das Soldatentum der Gegenwart bezieht.

Dem Hörer läuft es angesichts des angemessen getragenen Vortrags der Sprecherin Gerty Schrotzberg-Hölbling und der untermalenden Musik kalt den Rücken herunter. Man gewinnt ein Gefühl für jene Zeit der Heroen, als man noch Stolz und Dankbarkeit empfand, für das Vaterland fallen zu dürfen.

Das Märchen ergänzt Ernst Jüngers „In Stahlgewittern“ oder das Antikriegsbuch „Im Westen nichts Neues“ von Erich-Maria Remarque. Das Weihnachtsmärchen verherrlicht zwar nicht den Krieg, geißelt diesen aber auch nicht ungeachtet aller Hintergründe. Flex ehrt mit seiner Geschichte vielmehr den selbstlosen Opfergang und fordert den Rückhalt in der Heimat ein – ein Ideal aus früheren Tagen. *Bernhard Knapstein*

***Walter Flex: „Das Weihnachtsmärchen des 50. Regiments“**, Hörbuch-CD, 60 Minuten, Polarfilm, 9,95 Euro, Best.-Nr. 5965*



Auf immer geprägt

Kinder im Zweiten Weltkrieg

„Als das erste Opfer eines Krieges gilt die Wahrheit, die Kinder sind sein letztes, denn sie tragen die Erinnerungen an Schrecken, Mut und Tod viele Jahrzehnte lang mit sich.“ Mit diesen Worten kündigt die Deutsche Verlags-Anstalt das Buch „Maikäfer flieg! Hitlers Krieg und die Kinder“ an. Der Autor Nicholas Stargardt erinnert sich in seinem Vorwort daran, daß er und sein Bruder ohne Hitler nie geboren worden wären, denn ihr jüdischer Vater floh vor dem Antisemitismus der NS-Diktatur nach Australien, der Heimat des Autors. „Wir wußten auch, daß die Chancen unseres Vaters, den Nationalsozialismus zu überleben, gering gewesen wären. Aber erst, als ich eine Statistik der deutschen militärischen Verluste las, wurde mir klar, was es für einen Nicht-Juden seiner Generation bedeutete, Hitler zu überleben. 40 Prozent der Männer seines Jahrgangs – 1920 – starben im Krieg, die Hälfte von ihnen 1944 bis 1945.“

Aber nicht der damals jungen Männer nimmt der Autor sich in seinem ziemlich umfangreichen Buch an, sondern der Kinder, die teilweise zu den unterschiedlichsten Zeiten vom Krieg in Mitleidenschaft gezogen wurden. „Von einem gewissen Zeitpunkt an hatten viele Kinder früh Verantwortung zu tragen – sei es, weil ihre Eltern in den jüdischen Ghettos vor Hunger zusammengebrochen waren, sei es, weil sie in den Schneestürmen des Jahres 1945 vor der Roten Armee flohen oder während der Bombardierungen in den Luftschutzkellern saßen.“

Der 1962 geborene Historiker hat sich einige Kinderschicksale herausgegriffen, anhand derer er die Bedeutung und die Auswirkungen der Zeit auf ihr Leben schildert. Anhand ihrer teils sehr unterschiedlichen Erfahrungen arbeitet er sich durch die Vergangenheit. Janina David, ein jüdischen Mädchen aus dem Warschauer Ghetto, Matin Bergau, ein deutscher Jugendlicher aus Palmnicken in Ostpreußen, Klaus Seidel, ein Hitlerjunge und Flak-Helfer aus Hamburg, Fritz Theilen, ein „Edelweißpirat“ aus Köln und Wanda Przybylska, ein polnisches Mädchen aus Warschau sind einige der Figuren, anhand derer er Geschichte greifbar macht. Aber der Autor personalisiert nicht nur, sondern beschreibt auch allgemeine Entwicklungen. So geht er beispielsweise sehr ausführlich auf das Schicksal von Kindern in NS-Erziehungsheimen ein oder von behinderten Kindern, die früher oder später fast alle umgebracht wurden.

Erschütternde Schicksale, Fakten und Zahlen zeigen auf, wie nicht nur Krieg, sondern auch Diktatur Kinder beeinflußt und wie sie aufgrund der Tatsache, daß sie nichts anderes kennen, sich unglaublichen Umständen anpassen können.

Am Ende des sehr aufschlußreichen Buches fällt jedoch auf, daß der Australier sein Augenmerk ein wenig zu eindeutig auf die Erlebnisse von jüdischen Kindern geworfen hat, während andere nur kurz erwähnt werden. Da in der Forschung über ersteres schon viel geschrieben worden ist, hätte es nicht geschadet, den etwas zu kurz gekommenen Bereich zumindest gleichwertig zu behandeln. *Bel*

***Nicholas Stargardt: „Maikäfer flieg! Hitlers Krieg und die Kinder“**, DVA, München 2006, geb., 581 Seiten, 34,90 Euro, Best.-Nr. 5967*



Maulkorbpflicht und mehr

Ärztin berichtet über Mängel und Probleme in der DDR und der BRD

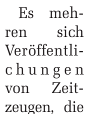
Da sie zu den „kapitalistischen Elementen“ in der DDR gehörte, war es keineswegs einfach für Renate Baumgarten, den Arztberuf zu ergreifen, doch da sie mit überdurchschnittlichen Schulnoten überzeugen konnte, erkämpfte sie sich trotz ihrer „belastenden“ Abstammung einen Studienplatz. In ihren Erinnerungen „Not macht erfinderisch – Drei Jahrzehnte Chefärztin in Ost und West“ schildert sie so manche Merkwürdigkeiten, denen sie im Laufe ihres Berufslebens begegnen mußte. Egal ob zu Zeiten der DDR oder nach der Wiedervereinigung in der Bundesrepublik, selten stand der Mensch vollkommen im Vordergrund, immer raubte politisches Drumherum den Ärzten Zeit und Kraft, um sich voll und ganz ihren Patienten zu widmen.

„Für einen Berufsbeginn an der Charité oder anderen universitären Instituten mußte man sich politische Verdienste erworben haben. Ich erinnere mich gut an die Kommilitonen meines Seminars, die das aufzuweisen hatten und für eine Ausbildung in der Charité ausgewählt wurden. Sie waren häufig ‚fachliches Mittelmaß‘. Selbst dieser Staat mußte nach Jahren erfolglosen Probelaufes erkennen, daß die Provinz für diese Kollegen besser geeignet gewesen wäre als die Alma Mater.“

Renate Baumgarten berichtet von der Abwanderung der Ärzte bis zum Mauerbau, von Einsätzen als Erntehelfer, von Problemen bei der Beschaffung von Büromöbeln und Engpässen in der Gesundheitsversorgung. Mit ihrer Spezialisierung auf Infektionskrankheiten erarbeitete sich die Autorin einen Sonderstatus, der es ihr ermöglichte, auch zu DDR-Zeiten Auslandsreisen zu Kongressen zu tätigen. Nach der Wende hielt man ihr vor, daß sie diese Reisen nicht genutzt habe, um dem Regime zu entfliehen. Renate Baumgarten weist jedoch darauf hin, daß ihr Beruf und Aufgabe wichtiger waren als alles politische. „In einem totalitären Staat stößt man bei Erfolg und Karriere zwangsläufig auf die staatlich verordneten ‚Maulkorbpflichten‘. Sonst kann man nicht überleben.“ Und sie überlebt auch die Wende. Auch wenn es auch hier zahlreiche Merkwürdigkeiten gibt. „Wir warfen nichts mehr weg, sondern wir ‚entsorgten‘ alles. Wir kontrollierten keine Verläufe mehr, sondern schickten uns an, ‚alles wissenschaftlich zu begleiten‘.“ Und so steht die Ärztin statt in einem Krankenhaus plötzlich in einem Gewinn orientieren Unternehmen mit Ökonomen und Verwaltungspersonen in der Führung. Gesundheit wurde Ware.

Die Erinnerungen der Autorin lassen also durchaus Rückschlüsse auf die allgemeine medizinische Lage in der DDR und später der Bundesrepublik zu, bieten jedoch keine allgemeine Analyse der Lage, sondern nur persönliche Erfahrungen. *Bel*

***Renate Baumgarten: „Not macht erfinderisch – Drei Jahrzehnte Chefärztin in Ost und West“**, mdv, Haale, geb., 280 Seiten, 9,90 Euro, Best.-Nr. 5966*



Zuchthaus im Ostsektor

Autor erinnert sich an seine Verhaftung 1953

Es mehren sich Veröffentlichungen von Zeitzeugen, die wahrheitsgetreu über ihre Entwicklung, ihren Werdegang während des zwölf Jahre dauernden NS-Regimes und danach im demokratischen Deutschland berichten. Damals waren sie Kinder, Jugendliche im Alter von zehn bis 19 Jahren. Sie gehörten dem „Bund deutscher Mädel“, der „Hitlerjugend“ an, zahlreiche waren Schüler der „Napolas“. Selbstverständlich fehlte ihnen weitsichtiger Überblick. Sie wuchsen als mißbrauchte Generation mit verlorener Jugend heran. Als es ihnen bewußt wurde, waren sie Erwachsene. So auch Wolfgang Gottschling. Sein Wunschtraum, Journalist zu werden, ging nie in Erfüllung. 1950 ergriff er die Gelegenheit, an der Deutschen Hochschule für Politik in West-Berlin zu studieren. Ab 1961 arbeitete er beim Bundesamt für Wehrtechnik in Koblenz. Als Pensionär schreibt er die vorliegenden „Jugenderinnerungen“. Der Gesamttext wird jeden politisch interessierten Leser faszinieren.

1927 wurde Gottschling in Berlin geboren. Die Mutter stammte aus Masuren. Dort zog es ihn zum Verwandtenbesuch immer wieder hin, auch später als Tourist. Wie so viele zehnjährige Buben wollte er in die „Hitlerjugend“ (HJ). Seine geschiedene Mutter riet ab. Doch er suchte Gemeinschaft mit Gleichaltrigen. Ein „Pimpf“ unter Pimpfen, das machte Spaß. Mit 16 Jahren wurde er im Kriegsjahr 1943 als Luftwaffenhelfer zur Flak in Berlin-Spandau einberufen. Gottschlings Jugend endete. Von nun an häuften sich die Extremsituationen: „Wie das Schicksal so spielt“. Mitte April 1945 stießen die Amerikaner zur Elbe und Saale vor. Bei einem Gefecht wurde Gottschling lebensgefährlich verletzt, geriet in amerikanische Gefangenschaft. Ein Arzt entfernte das Geschoß aus dem Brustbereich. „Glück gehabt“, erklärte er kurz. Nach Kriegsende kehrte Gottschling auf abenteuerlichen Wegen in den Westsektor Berlins zurück, wo er seine Mutter wiederfand, die erst als „Trümmerfrau“, dann als Verkäuferin für den Lebensunterhalt sorgte. Für Gottschling war an ein Studium vorerst nicht zu denken. Er verdingte sich als „Fremdarbeiter“ im Bergbau in Frankreich und Belgien. Man nahm jede sich bietende Arbeit an.

Endlich, 1950, konnte er sein Politik-Studium aufnehmen. Er trat der FDP bei und wurde sehr bald zum Sprecher des Landesverbandes Berlin der Deutschen Jungdemokraten gewählt. Er sah sein Leben in überschaubarer Bahn vor sich. Überschaubar hätte es auch bleiben können, wenn Gottschling nicht am 17. Juni 1953 in den Berliner Ostsektor gefahren wäre, um seiner Cousine beim Umzug zu helfen. An diesem Tag brach der Aufstand gegen die von der SED-Führung geforderten aber unerfüllbaren Arbeitsnormen in der DDR los. An der Französischen Straße geriet Gottschling in eine zusammengeballte Menschenmenge. Schüsse waren hörbar. Gottschling spürte einen Schlag am Hinterkopf, er wurde ins Polizeirevier gezerrt, als Westberliner „Tumult-Rädelsführer“ verhaftet. Der „Schauprozeß“ gestaltete sich zur gespenstischen Farce. Das Urteil lautete: sechs Jahre Zuchthaus! Auf Intervention des damaligen FDP-Bundesministers Dr. Thomas Dehler wurde Gottschling 1956 entlassen. Noch immer in Angst, man könne ihn zurückhalten, hetzte er zur S-Bahn. Langsam fuhr der Zug in den Westsektor ein. Gottschling war frei. Seine Zukunft konnte beginnen ... *E. Knorr-Anders*

***Wolfgang Gottschling: „Wie das Schicksal so spielt – Jugenderinnerungen eines Unbequemen“**, Frieling Verlag, Berlin, 144 Seiten, 8 Euro, Best.-Nr. 5968*



»Das Alter ist ein Massaker«

US-Autor setzt sich eindrucksvoll mit dem Sterben auseinander

Die Amerikaner haben es besser. Während wir Deutschen beim Thema Alter und Altern oft nur an unsere maroden sozialen Sicherungssysteme oder die Rente mit 67 denken, verfügt das dynamisch wachsende 300-Millionen-Volk über eine Reihe großartiger Autoren, die spannende Bücher über die wichtigen Dinge des Lebens schreiben können. Und der Tod ist sicher ein besonders wichtiges, setzt er doch den unwiderruflichen Schlußpunkt. Alt werden wir alle, es sei denn, wir sterben früher. Philip Roth ist ein großer Autor, der in Deutschland seinesgleichen suchen müßte. Wir haben nur Martin Walser und Günter Grass. Ein Kommentar erübrigt sich. Roth und sein Kollege John Updike locken ihre Leser immer auch damit, daß sie einige Sexszenen in ihr Werk einstreuen. Doch wenn wir über die „Altherrenerotik“ die Nase rümpfen, erliegen wir einer gedanklichen Barriere. Warum dürfen ältere Herren – ob sie nun Schriftsteller sind oder nicht – kein Anrecht auf Erotik haben? Sex ist kein Vorrecht der Jugend.

Doch dies nur am Rande und nun zum Eigentlichen. „Jedermann“ ist ein brillanter Roman, der seinen Vorgängern in nichts nachsteht, sie in seiner Prägnanz vielleicht noch übertrifft. Nicht ohne Grund erscheint Roths Werk in einer maßgeblichen Gesamtausgabe in der Library of America. Ob der Protagonist wirklich ein Jedermann ist, darf jedoch in Frage gestellt werden. Denn nicht jeder von uns kann auf eine erfolgreiche Karriere in einer Werbeagentur zurückblicken und auf eine Ehe mit einem wesentlich jüngeren dänischen Modell, das den reifen Herrn zu abwechslungsreichen Varianten des Liebesspiels einlädt. Doch dies spielt keine Rolle, denn wenn wir einmal ehrlich sind, so kommen wir zu der Erkenntnis, daß wir unser eigenes oft etwas tristes Leben gar nicht verfilmt sehen oder als Roman lesen wollen. Jedermann kämpft sein Leben lang gegen die Sterblichkeit, und in dieser Auseinandersetzung stehen wir alle. Aus diesem Grund können wir uns mit der Titelfigur identifizieren. Wenn die eigenen Großeltern oder Eltern sterben oder mit Ende 20 die ersten flüchtigen Bekannten und vielleicht auch engeren Freunde, spätestens dann bekommen wir es oft mit der Angst zu tun: Morgen könnte es vorbei sein. In der Kindheit kann einem die Zeit nicht schnell genug vorbeigehen. Man fühlt sich unsterblich. Aber auf einmal gräbt sich der Tod in unser Bewußtsein ein, und wir können dieses Bild nicht mehr aus unseren Gedanken verdrängen.

Irgendwann ist Jedermann „zu einem Lagerhaus für künstliche Gerätschaften“ geworden, „die den endgültigen Zusammenbruch hinauszögern helfen sollen“. Der Körper verweigert immer öfter seinen Dienst, und der Blick zurück ist nicht mehr angenehm. Jedermann wird einsam. Drei Ehen sind gescheitert, die eigenen Söhne halten ihn für ein Schwein, nur die Tochter liebt ihren Vater ohne moralischen Hochmut und Anspruch darauf, über sein Leben zu Gericht zu sitzen. Roth lehrt auch, daß Leiden und Alter nicht unbedingt weiser und edler machen. Sein Held ist kein gütiger alter Mann, der milde in die Abendsonne seines Lebens blickt. Ansonsten würde sich der Neid nicht so sehr in ihn hineinfressen, wenn er an seinen geschäftlich äußerst erfolgreichen, kerngesunden älteren Bruder denkt, der ihm immer nur Gutes getan hat.

Die Werbewirtschaft und die Politik nehmen seit einiger Zeit die kaufkräftige und vitale Generation der Älteren ins Visier. Doch bei Jedermann ist mit 60 so langsam Schluß: „Er hatte dreimal geheiratet, hatte Geliebte und Kinder gehabt und war in einem interessanten Beruf sehr erfolgreich gewesen, aber jetzt schien die Flucht vor dem Tod zur zentralen Aufgabe seines Lebens und körperlicher Verfall sein ganzer Lebensinhalt geworden zu sein.“ Operationen und Krankenhausaufenthalte summieren sich, und es bleibt keine Zeit mehr, den Ruhestand zu genießen. Jedermann wird immer einsamer und pessimistischer. „Das Alter ist kein Kampf; das Alter ist ein Massaker“: Nicht alle quietschfidelen und kerngesunden Senioren werden diesen Satz bestätigen. Aber es gibt eben die Ausnahmen. Krebs, Parkinson, Zucker, Herzbeschwerden oder Alzheimer können die Zeit vor dem Tode zur Hölle auf Erden machen. Wir sollten die verbleibende Zeit also bewußt nutzen. Zum Beispiel mit dem Lesen guter Bücher. Philip Roths Roman gehört mit Sicherheit dazu. Wir sollten dankbar sein, daß der mittlerweile 73jährige Schriftsteller noch so produktiv ist und vom Schicksal seines jüngsten Roman-Helden weit entfernt zu sein scheint. *Ansgar Lange*

***Philip Roth: „Jedermann“**, Carl Hanser Verlag, München / Wien 2006, 176 Seiten, 17,90 Euro, Best.-Nr. 5969*



Ohne echte Tiefe

Alkoholiker suchen Rettung

„Allein in Deutschland wurden seine Bücher millionenfach verkauft.“ Vermutlich hofft der Piper Verlag, daß es ihm mit dem neuen Buch des Peruaners Sergio Bambaren genauso ergehen wird, doch „Die Rose von Jericho – Die Geschichte eines Neufangs“ ist keineswegs für eine große Masse bekömmlich. Im Prolog weist ein Ich-Erzähler, vermutlich der Autor, darauf hin, daß er bei der Beerdigung seines Onkels auf „Die zwölf Schritte“ aufmerksam gemacht wurde. Um diese dreht sich dann auch der Roman.

Carl und Alejandra sind beide jung und eigentlich begütert, doch aufgrund von Streß bei der Arbeit, zerrütteten Familienverhältnissen und Einsamkeit beginnen beide zu trinken. Sergio Bambaren schildert den Verlauf der Krankheit der beiden Alkoholiker bis hin zu ihren jeweiligen Tiefpunkten. Beide haben noch Freunde, die sie stützen und bei den Anonymen Alkoholikern lernen sie die „Zwölf Schritte“ kennen. „1. Wir geben zu, daß wir dem Alkohol gegenüber machtlos sind – und unser Leben nicht mehr meistern können. 2. Wir kamen zu dem Glauben, daß eine Macht, größer als wir selbst, uns unsere geistige Gesundheit weitergeben kann ... 6. Wir waren völlig bereit, all diese Charakterfehler von Gott beseitigen zu lassen ...“ Um diese „Zwölf Schritte“ rankt nun der Autor seine Geschichte. Und trotz einiger Probleme und Rückfälle finden die beiden jungen Leute dank dieses spirituellen Wegweisers wieder den Weg ins Leben.

An sich mag dies ja ein schönes Thema sein, aber bei Sergio Bambaren wirkt alles zu konstruiert. Selbst bei ihren vorhersehbaren Rückfällen finden die beiden Protagonisten wieder so glatt zurück zu den „Zwölf Schritten“, daß man das Gefühl hat, der Autor habe eine Werbeschrift für diese verfaßt. Der Peruaner plappert alles so kritiklos nach, daß der Leser den Eindruck erhält, er wäre in die Fänge eines gläubigen Zeugen Jehovas geraten. *Bel*

***Sergio Bambaren: „Die Rose von Jericho – Die Geschichte eines Neufangs“**, Piper, München 2006, geb., 185 Seiten, 14,90 Euro, Best.-Nr. 5970*

Im Banne des einstigen Dönhoff-Schlosses

Obwohl kaum noch etwas an Friedrichstein erinnert, machten sich zwei junge Männer daran, es wiederzubeleben





Was von allem übrigblieb: Das Schloß Friedrichstein der ostpreußischen Familie Dönhoff damals und die Leere, die heute das Grundstück bestimmt. Fotos (2): Deutscher Kunstverlag

Von REBECCA BELLANO

Eigentlich wollte Kilian Heck es nicht glauben, wenn er alte Ostpreußen von der einmaligen Weite ihres heimatlichen Himmels sprechen hörte, wo die Wolken von einer unbeschreiblichen, berührenden Schönheit seien, doch als er dort war, wußte er, daß sie Recht hatten.

Aber nicht nur der ostpreußische Himmel hat den Kunsthistoriker in seinen Bann gezogen, sondern auch das Schloß Friedrichstein der Familie Dönhoff. In dem deutschen Dirigenten Christian Thielemann fand er einen Gesinnungsgenossen. Dieser war schon seit Jahren von diesem mystischen Ort angezogen und war bereits vor Jahren bei der ehemaligen „Zeit"-Herausgeberin Marion Gräfin Dönhoff vorstellig geworden, um von ihr mehr über den Besitz ihrer Familie zu erfahren. Die 2002 verstorbene Ostpreußin zeigte sich damals über das Interesse des jungen Mannes an ihrem ehemaligen, 20 Kilometer von Königsberg gelegenen Zuhauses verwundert und konnte ihm nur einige alte Fotos übergeben. Doch Thielemann gab nicht auf, bat unter anderem die Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* um Hilfe, suchte und sammelte so lange, bis er genug Material zusammen hatte, um beim Deutschen Kunstverlag um Unterstützung zu bitten. Dieser stellte das nötige Personal und Wissen zur Verfügung, und nun ist nach Jahren mühseliger Puzzle-Arbeit ein Buch herausgekommen, das einen inzwischen kaum noch existenten Ort wieder lebendig werden läßt und seine einstige Schönheit und Funktion für die Nachwelt festhält.

Um die Verbindung zur Gegenwart zu finden, wählte der Verlag einen passenden Ort für die Präsentation des Buches: Im Gobelin-Saal des wiedereröffneten Berliner Bode-Museums zwischen Eichen-Vertäfelung und alten Gemälden sprachen der Dirigent und der Kunsthistoriker über ihr Werk, lobten ihre Co-Autoren und versuchten, den gut 200 Besuchern ein wenig von ihrer Begeisterung für die Materie deutlich zu machen. Das Bode-Museum bot insoweit die ideale Kulisse, als sich Marion Gräfin Dönhoffs Vater, August Graf Dönhoff, bleibende Verdienste um das Museum erworben hatte. So soll der ostpreußische Graf damals intensiv zwischen dem eigenwilligen Kunsthistoriker und Museumsfachmann Wilhelm von Bode und dem späteren 99-Tage-Kaiser Friedrich III. vermittelt haben, damit die schon 1871 entstandene Museumsidee überhaupt realisiert werden konnte. Auch soll der kunstliebende Graf zahlreiche Exponate besorgt oder selbst gespendet haben. Daß auch das Schloß Friedrichstein von der Kunstliebe seines einstigen Eigentümers geprägt wurde, beweist das Buch „Friedrichstein – Das Schloß der Dönhoffs in Ostpreußen".

In mühseliger Kleinarbeit haben die verschiedenen, an dieser Veröffentlichung beteiligten Autoren anhand von alten Dokumenten, Fotos und Zeitzeugenaussagen die Innenausstattung des einstigen Herrensitzes rekonstruiert. Von Raumaufteilung und -nutzung bis hin zur Art des Mobeliars, der dortigen Gemälde, Tapeten, ja sogar des Eßgeschirrs und -bestecks haben die an diesem Buch Beteiligten alles Mögliche zusammengesucht, um einen Eindruck von dem Lebensalltag in diesem Schloß und in dieser Epoche und Gesellschaftsschicht überhaupt zu vermitteln.

Natürlich wurden auch der Schloßbau, die im Laufe der Jahrhunderte daran erfolgten Veränderungen und das Ende des einst so eindrucksvollen Gebäudes noch während des Zweiten Weltkrieges und danach geschildert. Des weiteren werden die angeschlossenen Wirtschaftsgebäude samt ihrer Funktion und die Architektur des zu Friedrichstein gehörenden Parks vorgestellt.

Was bleibt, ist die Erinnerung und das Gefühl, einen mystischen Ort entdeckt zu haben. Doch auch, wenn das Schloß von den Russen abgetragen wurde, so hat die Landschaft nichts von ihrer Schönheit verloren. Fast ein wenig schüchtern kann Mit-Herausgeber Kilian Heck von einem Phänomen erzählen, das bis heute erhalten ist: So wurde berichtet, daß, wenn man auf der anderen Seite des Sees mit Blick auf das Schloß in die Weite rief, es ein Echo gegeben habe. Dies testete der junge Mann und siehe da, das Echo war noch da.

***Kilian Heck, Christian Thielemann (Hrsg.): „Friedrichstein – Das Schloß der Dönhoffs in Ostpreußen"**, Deutscher Kunstverlag, Berlin 2006, zahlr. Abb., 272 Seiten, 68 Euro, Best.-Nr. 5972*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 49 – 9. Dezember 2006

MELDUNGEN

Landrat im Amt bestätigt

Allenstein – Adam Sierzputowski, der bisherige Sprecher der Landräte des südlichen Ostpreußens, ist vom neugewählten Kreistag in Allenstein auf dessen ersten Sitzung in seinem Amt als Allensteiner Landrat bestätigt worden. Sierzputowski, der maßgeblich am Zustandekommen der Kommunalpolitischen Kongresse beteiligt war, bezeichnete es als eine seiner wichtigsten Aufgaben, sich um Gelder der Europäischen Union zu bemühen. Kreistagsvorsitzender wurde Miroslaw Pampuch von der Bürgerplattform PO. Zu seinen Stellvertretern wurden sein Parteifreund Grzegorz Drozdowski und Waclaw Dabrowski von den Linken Demokraten gewählt. Auf der Sitzung, in der in einer Schweigeminute der im schlesischen Ruda verunglückten Bergleute gedacht wurde, wurden des weiteren die 23 neuen Kreistagsmitglieder vereidigt. Der Kreis wird fortan durch eine Koalition regiert werden, die aus dem Komitee „Unser Kreis", der Bürgerplattform (PO), der Partei „Recht und Gerechtigkeit" (PiS) sowie der Gemeinnützigen Kommunal-Vereinigung besteht. In der Opposition blieb die Fraktion der Linken Demokraten.

Premiere in Wetzlar

Wetzlar – Vom Film „Flucht, Vertreibung und Neuanfang – Der Weg der Diakonissen vom Krankenhaus der Barmherzigkeit in Königsberg / Ostpreußen auf dem Altenberg bei Wetzlar", mit dem die Schüler eines Leistungskurses Politik und Wirtschaft (PW) der Wilhelm-von-Oranien-Schule aus Dillenburg dieses Jahr den ersten Preis im Schülerwettbewerb „60 Jahre Hessen – unser Bundesland feiert Geburtstag" gewonnen hatten (vergleiche *PAZ* Nummer 27), liegt nun auch in russischsprachiger Fassung vor. Die deutsche Premiere dieser Version fand in den Räumen der Königsberger Diakonie statt, Robert-Koch-Weg 5, Haus Renata, 35578 Wetzlar. Weitere Vorführungen sind vorgesehen für Mittwoch, den 13. Dezember ab 16 Uhr im Kloster Altenberg, 35606 Solms-Oberbiel, und Freitag, den 5. Januar 2007 in der Evangelischen Stadtmission Gießen-Allendorf, Kleebachstraße 6, 35398 Gießen-Allendorf. Nähere Informationen erteilt gerne Eckhard Scheld, Wilhelm-von-Oranien-Schule, Jahnstraße 1, 35683 Dillenburg, Telefon (0 27 71) 89 92-0, Fax (0 27 71) 89 92-18, E-Mail: e.scheld@wvo-dill.de.

Mißernte in Königsberg

Königsberg – Die Winterkornernte war dieses Jahr im Königsberger Gebiet nur halb so groß wie im vorausgegangenen. Für das Sommergetreide gilt ähnliches. Für die Mißernte wird das Wetter verantwortlich gemacht.

Neuendettelsau in Allenstein

Wanderausstellung soll Polen über die Geschichte der diakonischen Arbeit informeren

Noch bis Ende dieses Jahres wird an der Universität Ermland-Masuren in Allenstein die Ausstellung „Der unbekannte Riese" gezeigt. Auf Initiative der „Diakonie Neuendettelsau" hin brachte ein Komitee Teile der Wanderausstellung in die polnisch verwaltete Universitäts- und Woiwodschaftshauptstadt, um die Geschichte der diakonischen Arbeit in der Republik Polen weiter bekannt zu machen.

Die Wanderausstellung „Der unbekannte Riese" dokumentiert die über 150jährige Geschichte der evangelischen Diakonie in Bayern. Sie stellt die Diakonissenmutterhäuser und Diakonenanstalten vor, berichtet von Herbergen zur Heimat- und Bahnhofsmissionen und zeigt die Entwicklung der evangelischen Wohlfahrtspflege. Bilder, alte Fotografien, Plakate, Ton- und Filmdokumente sowie „sprechende Objekte" veranschaulichen die spannende Geschichte der Diakonie von ihren Anfängen bis zu den vielfältigen Aufgabengebieten der Gegenwart. Diakonissen aus Neuendettelsau, Diakone aus Rummelsberg und andere Zeitzeugen erzählen über den auch heute noch weitgehend „unbekannten Riesen" Diakonie mit seinen bayernweit etwa 80000 Mitarbeitern.

Anläßlich der Feierlichkeiten zum Jubiläum 150 Jahre „Diakonie Neuendettelsau" im Jahr 2004 ermöglichte und finanzierte die Bayerische Staatsregierung über das Haus der Bayerischen Geschichte die Ausstellung gewissermaßen als Geschenk an die „Diakonie Neuendettelsau". Die Ausstellung zeigt, wie sich diese diakonische Sozialarbeit seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelt und bis heute weiter ausgeprägt hat. Ein kleinerer Teil der Ausstellung zeigt auch die Entwicklung der kirchlichen Sozialarbeit in Masuren.



Fachgespräch am Abend der Ausstellungseröffnung: Professor Andrzey Jasinski (Mitte), Rafa Wolski (2. von links) und Pastor Krzysztof Mutschmann (2. von rechts) sowie zwei weitere Besucher Foto: Diakonie Neuendettelsau

Nun hat der Archivar des Neuendettelsauer Werks, Matthias Honold, Teile der Wanderausstellung ausgewählt und zweisprachig aufbereitet, um der interessierten Öffentlichkeit die Arbeit der Diakonie in Wort und Bild zu erläutern.

Seit mehreren Jahren sind die Neuendettelsauer mit der Laurentius-Stiftung in Allenstein aktiv. Diese von der „Diakonie Neuendettelsau" ins Leben gerufene Stiftung bietet jungen Menschen die Möglichkeit, eine Ausbildung als Altenpfleger anzutreten und leistet einen aktiven Beitrag zur Pflege älterer Menschen mit einem eigenen Seniorenwohnheim in Allenstein.

Anläßlich der Ausstellungseröffnung an der Universität Ermland-Masuren lobte der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Dr. Ingo Friedrich: „Das Engagement der ‚Diakonie Neuendettelsau' im früheren ostpreußischen Allenstein ist ein wahres Zeichen europäischer Integration." Friedrich lobte die „Diakonie Neuendettelsau" für das aktive Mitgestalten des Integrationsprozesses, das absolut bedeutend für den Erfolg der Europäischen Union sei. Mit ihren Unternehmungen beweise die „Diakonie Neuendettelsau" „Mut und Vertrauen" in die Chancen der Osterweiterung.

Beim festlichen Empfang in der Universität Ermland-Masuren dankte der Abteilungsdirektor im Bereich Altenhilfe bei der „Diakonie Neuendettelsau", Pfarrer Friedrich Müller, Professor Andrzey Jasinski, der die entsprechenden Tafeln gestaltet hatte, für die Unterstützung bei der Vorbereitung der Ausstellungselemente.

Im folgenden erläuterte Müller die Intention, welche die „Diakonie Neuendettelsau" mit dieser Ausstellung verfolgt. Das Neuendettelsauer Werk war zunächst als Bildungsanstalt gegründet worden und bis heute zeige sich dieser Ansatz, dem man sich in Neuendettelsau nach wie vor verpflichtet fühlt: Über 30 verschiedenen Schularten und 4000 Schul- und Ausbildungsplätzen stellt die Diakonie bereit. „Die Ausstellung will zeigen, welche großen, im christlichen Glauben

Fortsetzung auf Seite 16

Heimatverbliebene geehrt

Maria Anielski, Hildegard Wernik und Paul Gollan erhielten Andreas-Medaille verliehen

Von Lothar Baumgart

Nach dem Pontifikalamt in Dietrichswalde, einem ermländischen Wallfahrtsort in der Nähe von Allenstein, mit Alt-Erzbischof Edmund Piszcz, Domkapitular Monsignore Dr. Lothar Schlegel, Alt-Visitator Johannes Schwalke, dem Visitator von Schneidemühl, zehn Priestern und vielen Ermländern, die zur Pilgerfahrt gekommen waren, verlieh Dr. Schlegel drei heimatverbliebenen Ermländern für außerordentliche Leistungen die Andreas-Medaille.

Maria Anielski ist seit 1998 ständige Lektorin in deutschsprachigen Gottesdiensten. Seit 2002 fungiert sie als Leiterin des Büros der deutschen Seelsorge mit Kaplan Schmeier in Allenstein. 2003 wurde sie als Mitglied in die Ermländervertretung gewählt. Sie plant und organisiert die Busse aus der Heimat zur Jahreswallfahrt nach Werl und zu den Begegnungstagen. Schließlich versendet und verteilt sie die Ermlandbriefe an ihre Landsleute. All diese genannten Aktivitäten und sicherlich noch mehr Aufgaben verrichtet sie ehrenamtlich – und das mit 75 Jahren.

Hildegard Wernik ist seit etwa 15 Jahren bemüht, die Gruppen der Deutschen Minderheit aktiv zu unterstützen. Besuchern aus der Bundesrepublik Deutschland stellt sie sich gerne als Reiseleiterin zur Verfügung. Seit zwölf Jahren ist sie im Vorstand des Verbandes der deutschstämmigen Frauen von Ermland und Masuren. Mit allen Kräften setzt sie sich für die Sozialstation des Lazarus-Hilfswerkes in Groß-Kleeberg ein, das sich um die Betreuung und Pflege bedürftiger und alter Menschen bemüht. Für den Einsatz für benachteiligte Kinder wurde sie von der Robert-Schuman-Stiftung in Warschau ausgezeichnet. Auch sie verrichtet diese Aufgaben ehrenamtlich.

Paul Gollan bemühte sich 1990 um die Gründung der deutschen Verbände. Unter schwierigen Umständen gründete er in Ostpreußen die Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen Minderheit mit 1340 Mitgliedern in Bischofsburg. Weiter rief er den Verein des Bauernverbandes in der Woiwodschaft Allenstein und den Verband der deutschstämmigen Landfrauen in Ermland und Masuren ins Leben. Er pflegt die Kontakte gleichsam als Brückenbauer und auch ehrenamtlich mit dem Ermländischen Landvolk e. V., dem Bauernverband der Vertriebenen und der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land in Hagen am Teutoburger Wald. Außerdem wirkt er zusammen mit seiner Tochter Therese bei der Städtepartnerschaft zwischen Bischofsburg und Bramsche bei Osnabrück mit.



Die glücklichen neuen Andreas-Medaillen-Träger: Maria Anielski, Hildegard Wernik und Paul Gollan (von links) Foto: Baumgart

Jacek Protas von der PO neuer Marschall

Jacek Protas von der Bürger-Plattform (PO) wurde vom neugewählten Parlament der Woiwodschaft Ermland und Masuren mit 23 gegen fünf Stimmen zum Woiwodschaftsmarschall gewählt. Zum Vorsitzenden des Landtages wurde Miron Sycz gewählt. Miron Sycz wurde als Parlamentspräsident bestätigt. Zu Vize-Marschällen wurden die Kandidaten der Polnischen Volkspartei (PSL) Urszula Paclawska und Piotr Zuchowski gewählt. Jaroslaw Sloma und Adam Zylinski von der Bürger-Plattform wurden Mitglieder des Verwaltungsvorstandes der Woiwodschaft.

Im südlichen Ostpreußen regiert zukünftig eine Koalition aus Bürger-Plattform und Polnischer Volkspartei, die in der 30köpfigen Kammer mit 18 Stimmen über die Mehrheit verfügt.

In der konstituierenden Sitzung fehlten zwei Abgeordnete der PSL, Danuta Gorska, welche die Bürgermeisterwahl in Ortelsburg gewonnen hat, und Zofia Andrzejewska, die zur Bürgermeisterin von Kauernik im westpreußischen Kreis Neumark gewählt wurde. Beide haben ihr Mandat niedergelegt. Vor der Qual der Wahl steht noch der PSL-Abgeordnete und Vorsitzende des Woiwodschafts-Umweltschutz-Fonds Adam Krzyskow. Innerhalb des nächsten Vierteljahres muß er sich zwischen den beiden Ämtern entscheiden.

Neuendettelsau in ...

Fortsetzung von Seite 15

wurzelnde, sozial ausgerichteten Kräfte es in unseren Gesellschaften heute gibt, die vielfach unbekannt sind“, erklärte Müller und stellte heraus: „Es ist letztlich gleich, ob diese Kräfte evangelisch oder katholisch ausgeprägt sind, wichtig ist, daß sie im christlichen Glauben gegründet sind und sich dem biblischen Menschenbild verpflichtet wissen.“

So wolle diese Ausstellung einen Beitrag leisten, um diese sozialen Kräfte in den Verborgenen hervorzuholen und damit dem Besucher und Betrachter vor Augen zu stellen, daß er selbst Teil dieses „unbekannten Riesen“ sei oder werden könne.

Natürlich, so bestätigte auch der leitende Verwaltungsdirektor in der „Diakonie Neuendettelsau“, Dr. Markus Horneber, wolle diese Ausstellung ebenso der Bevölkerung von Allenstein zeigen, wer die „Diakonie Neuendettelsau“ ist. Seit einigen Jahren engagieren die Neuendettelsauer sich in Allenstein in der Ausbildung von Altenpflegern, und seit Juli 2005 betreibt man ein Senioren-Pflegeheim mit 70 Plätzen. „Da hat sich mancher Bürger sicher schon gefragt: Wer ist die ‚Diakonie Neuendettelsau‘, was wollen die hier bei uns in Olsztyn? Ich denke, die beste Antwort – statt vieler Worte – kann diese Ausstellung geben“, erklärte Friedrich Müller.

Rafa Wolski, Leiter der Wirtschaftsabteilung im Generalkonsulat der Republik Polen in München, war zum festlichen Empfang gekommen, um seinen Respekt vor der Arbeit der „Diakonie Neuendettelsau“ in Allenstein zu bekunden.

Im Namen von Bischof Bazanowski überbrachte Pastor Krzysztof Mutschmann aus der Gemeinde Sorquitten, der größten evangelischen Gemeinde in Masuren, Segenswünsche für die weitere Arbeit der „Diakonie Neuendettelsau“. Bereits im Frühjahr hatten die Leitenden des Neuendettelsauer Werks die Gemeinde Sorquitten besucht und waren von Mutschmann über die Arbeit in dessen Gemeinde informiert worden. Stadtpräsident Czeslaw Jerzy Malakowski dankte den Gästen für ihr Engagement in der Stadt. In Allenstein gäbe es so viele Gruppen von unterschiedlicher Nationalität und Religion. Mit der Arbeit der „Diakonie Neuendettelsau“ seien Foren der Begegnung für diese Gruppen geschaffen worden, hob er heraus. *A. L.*

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied und Familienfreunde,

was wäre die Adventszeit ohne Weihnachtsmärchen? Auch wenn so manches Spiel, das heute über die Bühnen geht, wenig märchenhaft und schon gar nicht weihnachtlich ist, so folgen doch die kleinen Zuschauer mit blanken Augen und offenen Mäulchen dem bunten Geschehen – so wie wir damals in unserer Kindheit. Mein Lieblingsstück war „Peterchens Mondfahrt“, es stand ja fest auf dem Spielplan der Königsberger Bühnen – aber auch in Memel, und an eine Aufführung erinnert sich unser Landsmann **Klaus-Dieter Gehlhaar** ganz genau und zwar aus sehr persönlichen Gründen. Es dürfte in der Spielzeit 1942/43 gewesen sein, als „Peterchens Mondfahrt“ auch den nicht mehr so kleinen Klaus-Dieter in das Stadttheater zog, denn auf der Bühne agierten die Eltern seiner ersten heimlichen Liebe. „**Gitti**“ hieß sie, drückte mit ihm die Schulbank, und für sie machte er auf dem Nachhauseweg einen großen Umweg, um sie begleiten zu können – und handelte sich dafür manchen elterlichen Mutzkopf ein. Aber auch den ersten Kuß von seiner Gitti, und das mitten auf der Straße! So etwas bleibt natürlich unvergessen, dafür hat Herr Gehlhaar den Nachnamen seiner Jugendfreundin aus dem Gedächtnis gestrichen, er fällt ihm partout nicht mehr ein. Vielleicht können ihm nun alte Memeler helfen. Gittis Vater hat damals im Weihnachtsmärchen den Maikäfer „Sumsemann“ gespielt, die Mutter die Morgen- oder Abendröte. Herr Gehlhaar hat bisher auch in ausführlichen Berichten über das Stadttheater in Memel keinen Hinweis auf das Schauspieler-Ehepaar gefunden, der Vater könnte auch eine andere – leitende? – Funktion am Theater gehabt haben. Wenn es gelänge, wenigstens den Namen von „Gitti“ – wohl Brigitte – zu erfahren, würde sich Herr Gehlhaar sehr freuen. Natürlich noch mehr, wenn er wüßte, ob seine Jugendfreundin die Flucht überstanden hat und wo und wie sie heute lebt. (Klaus-Dieter Gehlhaar, Dornbergstraße 7 in 91058 Erlangen, Telefon 0 91 31 / 60 36 47, Fax 0 91 31 / 77 17 61.)

Allzu große Erwartungen auf „Familienwunder“ wiegele ich ja gerne ab, lieber lasse ich mich überraschen, und das ist Frau **Sigrid Müller-Staubert** auch voll gelungen. Sie hatte nach der Einsenderin eines Erinnerungsfotos vom Gutshaus Groß-Borken gefragt, das in einer Aprilausgabe 1994 unserer Zeitung erschienen war. Da diese inzwischen verstorben ist, erschien mir die Suche nach einer weiteren, damals zurückgesandten Aufnahme unmöglich. Für die Mutter von Frau Müller-Staubert hätte eine Abbildung des Gutshauses ideellen Wert, weil ihre Großeltern Pächter des Gutes waren, das später RAD-Lager wurde. Und nun kam der Brief, der so beginnt: „Wenn es Ihnen auch, wie Sie selbst schreiben, unmöglich erschien, Wünsche zu erfüllen, die auf länger zurückliegende Veröffentlichungen Bezug nehmen, so ist Ihnen hiermit doch ein Volltreffer gelungen. Es haben sich auf den Wunsch meiner Mutter Erna Staubert nach Ansichten von Groß-Borken drei Damen gemeldet, Frau **Macholz** noch am Erscheinungstag der Ausgabe telefonisch, Frau **Rohmann** aus Hamburg und Frau **Lanäus** aus Köln mit langen herzlichen Briefen und beiliegenden Fotos. Wir hatten mit diesem Erfolg nicht gerechnet und bedanken uns sehr herzlich für Ihre Bemühungen und Mithilfe.“ Worüber ich mich natürlich freue, und ganz besonders über den Nachsatz von Frau Müller-Staubert: „Schließlich fühlen wir Nachfahren uns auch dieser (Ostpreußischen) Familie zugehörig und hoffen, die Erinnerungen über die Zeiten bewahren zu können.“



„Fischermädchen aus Sarkau“: Hans Kramers Rötelzeichnung stammt aus dem Jahre 1943. Foto: privat

Ein Dankeschön auch von Herrn Dr. **Ulrich Kunkel**, ein herzliches sogar. Für die Unterstützung bei der Klärung der Herkunft von Familiennamen seiner Vorfahren durch unsere Ostpreußische Familie. Er bekam zwei schriftliche und fünf fernmündliche Hinweise, und das – so meint Herr Dr. Kunkel – sei doch ein großartiges Ergebnis nach über 60 Jahren Vertreibung aus der Heimat. Er findet es erfreulich, daß so viele Landsleute an einer privaten Familienforschung lebhaften Anteil nehmen, und sieht es als erneuten Beweis für die ungebrochene Hilfsbereitschaft und den Zusammenhalt unter uns Ostpreußen. Sehr konkret war ein Hinweis auf den Namen **Mambrey**, der auf Einwanderer aus der französischen Schweiz zurückgeht, die aus dem Gebiet von Marin-Epagnier oder aus La Sagne stammen. „Das ist doch ein klares Ergebnis“, schreibt Herr Dr. Kunkel. Weitere Hinweise kamen zu einem Teil der vielen Namen, die er angeführt hatte. Keine Reaktion erbrachten die Fragen nach der Herkunft der Familiennamen **Kopetsch**, **Bigang**, **Terrach**, **Lenck** und **Kozian**. Na ja, kann noch werden. (Dr. Ulrich Kunkel, Westerallee 25 in 24937 Flensburg.)



Ruth Geede Foto: privat

Man darf eben nicht zu früh die Flinte ins Korn werfen, denn unsere Zeitung wird ja munter weitergereicht, und dann beginnt das Recherchieren, das Nachfragen im Bekanntenkreis und bei Landsleuten, die vielleicht helfen könnten, manchmal auch erst beim nächsten Heimattreffen – nur so ist ja das Erfolgsgeheimnis unserer Ostpreußischen Familie zu erklären. Wenn man dazu unsere Auslands-Abonnenten einbezieht, die sich ja sowieso erst nach gewisser Zeit melden können, kann es schon vorkommen, daß manchmal eine Reaktion nach Wochen, ja Monaten erfolgt. Diese Klarstellung war wieder einmal notwendig, denn ein Leser schrieb mir bereits neun (!) Tage nach dem Erscheinen seiner Suchmeldung, daß diese nicht sehr erfolgreich gewesen sei, denn er hätte nur eine Nachricht bekommen. Übrigens war diese sogar sehr aufschlußreich! Also ein wenig Geduld muß man schon aufwenden, vor allem dann, wenn es sich um schwierige Fragen handelt – aber die werden ja manchmal schneller gelöst, als man erhofft hatte.

Schwierig wird es vor allem dann, wenn es sich um Frauen handelt, die bei der letzten Begegnung noch unverheiratet waren. Wenn sie Krieg und Flucht überlebt haben, könnten die meisten durch Heirat längst einen anderen Namen tragen. Das dürfte auch auf die ehemaligen vier Hausgehilfinnen zutreffen, die bei der Lehrerfamilie Grübler in Weidenau, Kreis Tilsit-Ragnit, beschäftigt waren. Immerhin hat sich bei Herrn **Gernot Grübler** die Schwester einer der Gesuchten gemeldet und ihm mitgeteilt, daß diese leider bereits 1993 verstorben sei. „Wir haben aber am Telefon lange miteinander plachandert“, schreibt Herr Grübler. Ist doch auch schon was!

Zu der Suche nach Zeitzeugen von dem furchtbaren Geschehen in Metgethen in den letzten Kriegstagen 1945, die ich für Herrn **Tobias Metzner** in Nummer 43 der *PAZ / OB* veröffentlichte, habe ich auch Zuschriften erhalten, mit denen die unvorstellbaren Grausamkeiten, die damals von den Russen verübt wurden, belegt werden. So danke ich besonders Frau **Ingrid Heisler** geborene **Philipp** für ihre präzisen Aufzeichnungen, aus denen ein erschütterndes Schicksal sichtbar wird. Auf diese werde ich noch einmal gesondert eingehen, weil sie auch beweisen, daß die Greueltaten nicht nur während der letzten Kriegsmonate, sondern auch noch Monate danach verübt wurden. Eine weitere Zuschrift muß ich doch noch erwähnen, es ist die von Frau **Christel Wels**, die ein Buch über ihre furchtbaren Erlebnisse geschrieben hat, das demnächst erscheint. Sie hat es „Der unvergessene Weg“ betitelt, denn für die 76jährige blieben und bleiben die grausamen Vorgänge in Metgethen im Gedächtnis. Es dürfte für die Arbeit von Herrn Metzner sehr wertvoll sein. Wir werden darauf zurückkommen.

„Fischer aus Pillkoppen“: Hans Kramers Porträtzeichnung stammt aus dem Jahre 1943. Foto: privat

Erhalten habe ich auch das Gedicht „Allein“, das **Andrea Pucknus** für ihre Großmutter suchte. Herzlichen Dank, liebe **Brigitte Kremser** – ach, als ich den Namen der Dichterin las, fiel es mir wie Schuppen von den Augen: **Lulu von Strauß und Torney**. Ich habe ihre Lyrik immer geliebt – Agnes Miegel war mit ihr eng befreundet –, und beim Lesen der Verse kamen sie mir wieder in das Gedächtnis. Ich ärgere mich immer, wenn ich nach Gedichten gefragt werde, weil ich sie kenne, manchmal sogar Textzeilen sagen kann – aber ich finde sie nicht. So geht es mir mit dem Gedicht „Land an der Memel“, das unser Leser **Benno Krutzke** aus Rostock sucht. Nicht für sich, sondern für Frau **Edith Kunz**, die es aus ihrer Schulzeit kennt, aber nur noch die erste Strophe weiß: „Es schlägt die Glockenuhr von Tilsit zwölf dumpfe Schläge in das Land. Vom hohen Himmel grüßen Sterne, es blinkt der Memel graublau Band.“ Wer kennt das Gedicht in voller Länge und kann es Frau Kunz zusenden? (Edith Kunz, Kiefernweg 20 in 47405 Rheinsberg.)

Ach ja, das Land an der Memel – auch den Maler **Hans Kramer** aus Zittau hat es fasziniert, als er während der Kriegsjahre in Ostpreußen war. Er hat die einmalige Landschaft in seinen Bildern festgehalten, vor allem in sanften Aquarellen, die sich heute im Besitz seiner Nichte **Alexandra Marion Schubert** befinden. Die Schönheit der Arbeiten hat auch der Kustos des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg, Dr. Barfod, in einem Schreiben bestätigt. Nun fragt Frau Schubert, ob vielleicht unsere Leserinnen und Leser an diesen Aquarellen und Zeichnungen interessiert sind, vor allem, wenn sie aus den Gegenden stammen, auf die sich seine Motive beziehen. Es sind hauptsächlich die Kurische Nehrung und das Haff, aber auch das nördliche Masuren – und gerade diese sind interessant, weil sie Seltenheit haben wie die Aquarelle „Seepromenade in Sensburg“ und „Gehlandsee“, beide im Jahr 1943 geschaffen. Mehrere Bilder zeigen Motive aus Pillkoppen, darunter ist die Porträtzeichnung eines – leider namenlosen – Fischers besonders reizvoll, wie auch die Rötelzeichnung „Fischermädchen aus Sarkau“, mit der Hans Kramer 1944 die junge Erika Kaminski porträtiert hat. Leider sind die Fotos von den Bildern mit ostpreußischen Motiven, die Frau Schubert ihrem Schreiben beigelegt hat, für den Abdruck in unserer Zeitung nicht geeignet, können aber bei Interesse zugesandt werden. Alle Arbeiten – im Format von etwa 50 Zentimeter (Breite) mal 40 Zentimeter (Länge) – sind handsigniert. Viele Werke von Hans Kramer, der an der Kunstakademie in Dresden studiert hat, befinden sich heute im Zittauer Museum. Wer Interesse am Erwerb dieser sehr schönen Bilder hat, wende sich bitte an Alexandra Marion Schubert, Habichthof 21 in 24939 Flensburg.

Eure

Ruth Geede



ZUM 101. GEBURTSTAG

Kobuß, Frieda, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Lünsebrink 20, 49078 Osnabrück, am 9. Dezember

ZUM 100. GEBURTSTAG

Dilba, Emmi, geb. Bansemir, aus Keis Elchniederung, jetzt Am Soesmenfeld 48, 25541 Brunsbütel, am 15. Dezember

Meyer, Helene, aus Schloßberg, jetzt Seniorenresidenz Am Bürgerhaus, Wohnbereich 8, Wilhelm-Hamacher-Platz 19, 53840 Troisdorf, am 10. Dezember

Krzenk, Paul, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, jetzt Lehrer-Lämpel-Straße 28 A, 28329 Bremen, am 13. Dezember

ZUM 99. GEBURTSTAG

Damrau, Johanna, geb. Dölps, aus Klein Ponnau, Kreis Wehlau, jetzt 14770 Brandenburg an der Havel, am 13. Dezember

Schober, Martha, geb. Nabel, aus Langenfelde, Kreis Schloßberg, jetzt im Gehäge 4, 27374 Visselhövede, am 9. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Nimzik, Bruno, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, jetzt Cloppenburger Weg 11, 40468 Düsseldorf, am 4. Dezember

Weinreich, Erich, aus Tapiau, Danziger Straße, Kreis Wehlau, jetzt Siebengebirgsallee 37, 50939 Köln, am 11. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Degenhardt, Erich, aus Treuburg, jetzt Am Bleidenbach 33, 35789 Weilmünster, am 3. Dezember

Jeschull, Ewald, aus Treuburg, jetzt Hirschberger Straße 5, 31547 Loccum, am 3. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Annuß, Emil, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Goethestraße 22, 08107 Kirchberg, am 16. Dezember

Bednarz, Frieda, geb. Seller, aus Mulden, Kreis Lyck, jetzt Martin-Luther-Straße 118-120, 45144 Essen, am 17. Dezember

Kellotat, Anni, geb. Schwedopp, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Kurt-Schumacher-Straße 14, 67551 Worms, am 29. November

Zahn, Helene, geb. Bieberneit, verw. Rattay, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, jetzt Am Hofegarten 16, 04680 Tanndorf, am 30. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Geermann, Auguste, geb. Pidun, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Westbergstraße 9, 38162 Cremlingen, am 13. Dezember

Malek, Hermann, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, jetzt Untergasse 41, 34626 Neunkirchen / Knüll, am 12. Dezember

Steffen, Gertrud, geb. Teubner, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, jetzt Nansenstraße 10, c / o M. Dittebrandt, 95615 Marktredwitz, am 15. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Frontzek, Berta, geb. Sowa, aus Lyck, Lycker Garten 80, jetzt Pommernweg 11, 27432 Alfstedt, am 12. Dezember

Hundsdörfer, Lisbeth, geb. Reuter, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt H-Rotthäuser-Straße 12 b, 45279 Essen, am 3. Dezember

Kaminski, Emma, aus Ortelsburg, jetzt Am Flohberg 3, 18311 Ribnitz-Damgarten, am 12. Dezember

Radtke, Meta, geb. Meinus, aus Erlen, Kreis Elchniederung, jetzt Augustastraße 7, 45525 Hattingen / Ruhr, am 11. Dezember

Wisbar, Ewald, aus Ortelsburg, jetzt Schillerstraße 9, 58300 Wetter, am 15. Dezember

Symanek, Herbert, aus Sprigsten, Kreis Lötzen, jetzt Ketteler Straße 9, 63179 Obertshausen, am 14. Dezember

Zielasko, Liesel, aus Treuburg, Bahnhofstraße 15, jetzt Mittelstraße 11, 33602 Bielefeld, am 27. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Belusa, Paul, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Sauerbruchstraße 3, 14109 Berlin, am 14. Dezember

Lutz, Meta, geb. Koske, verw. Falk, aus Weinsdorf, Kreis Mohrungen, jetzt am Kibitzberg 22, 27404 Gyhum, am 16. Dezember

Raudszus, Erich, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Van-Gogh-Straße 7, 63322 Rödermark, am 15. Dezember

Schmolke, Luzia, geb. Zekorn, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, jetzt Armstrongstraße 35, 06449 Aschersleben, am 12. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bartolomeiczik, Ernst, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Im Winkel 6, 31582 Nienburg, am 13. Dezember

Horsch, Frieda, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, jetzt Südergeest 16 A, 25826 Sankt Peter-Ording, am 17. Dezember

Kadner, Hilde, geb. Nötzel, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederun, jetzt Heidebrinker Weg 15, 22147 Hamburg, am 13. Dezember

Kasprzick, Herta, geb. Dams, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Emminghausen 100, 42929 Wermelskirchen, am 13. Dezember

Makarowski, Klaus, aus Lyck, jetzt Kantstraße 13, 29439 Lüchow, am 12. Dezember

Menz, Marie, geb. Jeworrek, aus Gutten, Kreis Treuburg, jetzt Wilhelmstraße 19 b, 78073 Bad Dürrheim, am 11. Dezember

Rosowski, Frieda, geb. Pawelzik, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Freiburger Straße 2, 79183 Waldkirch-Kollnau, am 12. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Biella, Erna, geb. Kruska, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, jetzt Flachsblütenweg 14, 34346 Hann.-Münden, am 16. Dezember

Brent, Hildegard, geb. Mularski, verw. Skillo, aus Treuburg, Markt 59, jetzt 1002 14th St. App. 4, Santa Monica, USA, am 9. Dezember

Höpfner, Alfred, aus Plibischken, Kreis Wehlau, jetzt Dorfstraße 52, 24494 Nindorf, am 13. Dezember

Kowalzik, Martha, geb. Szyslo, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, jetzt Daimlerstraße 17, 27574 Bremerhaven, am 15. Dezember

Sordyl, Erika, geb. Noldehn, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, jetzt Alte Bahnhofstraße 101, 44892 Bochum, am 16. Dezember

Wilde, Elfriede, geb. Kalinowski, aus Treuburg, jetzt Christiansweg 3, 65582 Diez, am 27. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Böttcher, Christa, aus Wolfsberg, Kreis Elchniederung, jetzt Königsberger Straße 26, 29553 Bienenbüttel, am 15. Dezember

Bongard, Christel, geb. Korgitta, aus Darienen, Kreis Samland, jetzt Auf der Hurt 2, 5483 Lautzenhausen, am 15. Dezember

Ernst, Friedegard, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Weddigenweg 58, 12205 Berlin, am 12. Dezember

Gladow, Elly, geb. Mehlhorn, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, jetzt Zehdenicker-Straße 2, 17279 Lychen, am 13. Dezember

Illian, Margarete, geb. Poweleit, aus Eydtkuhnen, Kreis Ebenrode, jetzt Georg-Büchner-Weg 26, 63069 Offenbach, am 7. Dezember

Labrenz, Ella, geb. Walter, aus Groß Lehwalde, Kreis Osterode, jetzt Glücksburger Straße 122, 24943 Flensburg, am 15. Dezember

Oppermann, Erna, geb. Reich, aus Kreis Elchniederung, jetzt Reichenbachstraße 2, 21335 Lüneburg, am 12. Dezember

Schindler, Hildegard, geb. Frohnert, aus Richau, Kreis Wehlau, jetzt Münchener Straße 116, 85435 Erding, am 16. Dezember

Schlass, Georg, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Im Grengel 8, 51766 Engelskirchen, am 15. Dezember

Stanzick, Bruno, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, jetzt Überfelder Straße 7, 42781 Haan, am 15. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Blank, Meta, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Sockenstagen Brokind, 59041 Rimforde, Schweden

Blaschke, Elfriede, geb. Trikojus, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, jetzt Schillerstraße 5 a, 24960 Glücksburg, am 12. Dezember

Bielski, Otto, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, jetzt Tonwerk 1, 82275 Emmering, am 3. Dezember

Böhlke, Herta, geb. Lissek, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Friedrichsring 11, 76437 Rastatt, am 11. Dezember

Boy, Gertrud, geb. Wiertschoch, aus Borken, Ortsteil Niederhorst, Kreis Lyck, jetzt Güsener Straße 17, 39317 Parey, am 14. Dezember

Bradler, Richard, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, jetzt Reherweg 99, 31787 Hameln, am 16. Dezember

Brzeska, Klara, geb. Soldat, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Posener Straße 62, 26388 Wilhelmshaven, am 12. Dezember

Eckelt, Gerda, aus Danzig, jetzt Coimbraer Straße 14, 06132 Halle, am 12. Dezember

Dieckert, Heinz, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, jetzt Ketteler Straße 19, 61231 Bad Nauheim, am 16. Dezember

Fürst, Luise, geb. Matschuck, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Kühlungsborner Straße 7-11, Senioren-Zentrum Rahlst. Höhe, 22147 Hamburg, am 17. Dezember

Gerlach, Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Horst-Bleek 19, 38116 Braunschweig, am 23. November

Heinrich, Adelheid, geb. Willutzki, verw. Neumann, aus Lyck, Blücherstraße 3, jetzt Rothstraße 14, 21680 Stade, am 13. Dezember

Hucklenbruch, Käte, geb. Mengert, aus Treuburg, jetzt Gierather Straße 13, 51069 Köln, am 15. Dezember

Indlekofer, Hedwig, geb. Böhm, aus Strauchwitz, Kreis Ortelsburg, jetzt am Bremker Bach 5, 32699 Externtal, am 16. Dezember

Jonigkeit, Erich, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt im Sommerraim 1, 75446 Wiernsheim, am 11. Dezember

Kannenberg, Albert, aus Duneiken, Kreis Treuburg, jetzt Hedwig-Lange-Weg 2, 37242 Bad Sooden-Allendorf, am 10. Dezember

Krause, Anna, geb. Gusek, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Birkenweg 2, 27721 Ritterhude, am 13. Dezember

Kruse, Rosa, geb. Knackstädt, aus Kämpen, Kreis Elchniederung, jetzt Friesenstraße 47, 19059 Schwerin, am 16. Dezember

Kuska, Hildegard, geb. Botschkowski, aus Lyck, Morgenstraße 18, jetzt Rotthauser Straße 82, 45884 Gelsenkirchen, am 17. Dezember

Lyß, Elfriede, geb. Schwedt, aus Kniprode, Kreis Neidenburg, jetzt An der Spesse 2, 30938 Burgwedel, am 13. Dezember

Nötzel, Charlotte, aus Argenbrück, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Wiechernweg 20 73035 Göppingen

Pecher, Hildegard, geb. Wobbe, aus Lüdtkenfürst / Friedrichshof, Kreis Heiligenbeil, jetzt Studtstraße 13, 44137 Dortmund, am 17. Dezember

Rost, Elisabeth, geb. Kirchner, aus Grünheide, Kreis Treuburg, jetzt Sommerseite 13, 04758 Cavertitz, am 15. Dezember

Rostek, Walter, aus Gingen, Kreis Lyck, jetzt Rathausstraße 84, 71334 Waiblingen, am 11. Dezember

Rubach, Erika, geb. Posdziech, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Oskar-Wolff-Straße 14, 29664 Walsrode, am 17. Dezember

Rudzio, Hermann, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, jetzt Felsenweg 15 m, 49086 Osnabrück, am 16. Dezember

Sauter, Margarete, geb. Zeheter aus Lötzen, jetzt Buchenring 42 a, 76297 Stutensee, am 14. Dezember

Schmid, Herta, geb. Dibowski, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Anzlgutstraße 32, 81735 München, am 15. Dezember

Schmidt, Ursula, geb. Wiese, aus Treuburg, jetzt Ziegelbergstraße 17, 63739 Aschaffenburg, am 14. Dezember

Schümann, Ida, geb. Gulatz, verw. Zötl, aus Rosenheide, Kreis Lyck, jetzt Seeuferstraße 58, 82211 Hersching, am 14. Dezember

Tulowitzki, Fritz, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Krusenrotter Weg 49, 24113 Kiel, am 11. Dezember

Vogtländer, Elsbeth, geb. Langkeit, aus Schuchten, Kreis Treuburg, jetzt Wilkhausstraße 127, 42281 Wuppertal, am 3. Dezember

Wenk, Käte, aus Strobjehnen, jetzt Zum Pascheberg 26, 27308 Kirchinteln, am 12. Dezember

Wich, Frieda, geb. Bewernick, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Ernst-Begerst-Weg 63, 21077 Hamburg, am 14. Dezember

Woecht, Elfriede, geb. Schelletter, aus Buttken bei Reimannswalde, Kreis Treuburg, jetzt Meyerstraße 9, 39590 Tangermünde, am 6. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Adamski, Heinrich, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, jetzt Unt. Berghofstraße 7, 91560 Heilbronn, am 14. Dezember

Bethke, Gerda, aus Goldap, Kreis Treuburg, jetzt Bellenstraße 4-10, 68163 Mannheim, am 17. Dezember

Böhme, Christel, geb. Dons, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Hohenkamp 57, 22413 Hamburg, am 15. Dezember

Breuksch, Christel, geb. Gerss, aus Groß Weißensee, Kreis Wehlau, jetzt Havelstraße 9, 41469 Neuss, am 15. Dezember

Buck, Karin, geb. von Mickwitz, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Altenzentrum St. Michael, 28201 Bremen, am 12. Dezember

Dau, Christel, geb. Gonska, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Hauptstraße 13, 23847 Politz, am 16. Dezember

Drasba, Margarete, geb. Paczenski, aus Alt Kiewen, Kreis Lyck, jetzt Dillenweg 20, 48455 Bad Bentheim, am 13. Dezember

Dziersk, Edith, geb. Czimek, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, jetzt Grabbestraße 22, 45889 Gelsenkirchen, am 14. Dezember

Fischer, Hannelore, geb. Ryba, aus Goldap-24, Kreis Treuburg, jetzt Mendelsohnstraße 12, 30173 Hannover, am 30. November

Haecks, Monika, geb. Krajweski, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, jetzt An der Lottbek 20, 22949 Ammersbek, am 16. Dezember

Hayden, Johanna, geb. Grunwald, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt 62 Main Street, Norfolk MA, am 15. Dezember

Hellwig, Christa, aus Kühnhagen, Kreis Bartenstein, jetzt Grüner Weg 2 e-f, 41468 Neuss, am 3. Dezember

Henke, Hildegard, geb. Person, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Am Füllort 62, 44895 Bochum, am 11. Dezember

Hinz, Christel, geb. Daduna, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Wiesenstraße 16, 41748 Viersen, am 11. Dezember

Jeworrek, Kurt, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Dunantring 47, 65936 Frankfurt / M. am 29. November

Junginger, Christel, geb. Nowitzki, aus Lyck, General-Busse-Straße 9, jetzt Olgastraße 11, 89150 Laichingen, am 11. Dezember

Kais, Irmgard, geb. Mitzkatis, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Schellstraße 16, 44789 Bochum, am 13. Dezember

Karpowski, Herbert, aus Löwken, Kreis Treuburg, jetzt Bismarckstraße 12, 04523 Pegau, am 30. November

Kemski, Paula, geb. Schubert, aus Allenstein, Jacobstraße 6, jetzt Rieckestraße 4, 39576 Stendal, am 9. Dezember

Krueger, Dr. Klaus, aus Zinten, jetzt Weinstockstraße 17, 41466 Neuss, am 17. Dezember

Lucks, Elfriede, geb. Marquardt, aus Frödau, Osterode, Kreis Neidenburg, jetzt Nieheimerstraße 6, 59077 Hamm, am 12. Dezember

Lucks, Hedwig, geb. Marquardt, aus Neidenburg, Schloßgut, jetzt Nieheimer-Straße 6, 59077 Hamm 3, am 12. Dezember

Mix, Annelore, geb. Killat, aus Sommershöfen, Kreis Elchniederung, jetzt Piccoloministraße 431, 51067 Köln, am 16. Dezember

Niedzulka, Bothzo, aus Treuburg, jetzt Göddenhoff 1, 44651 Herne, am 7. Dezember

Obenhaupt, Erna, geb. Klinger, aus Göritten, Kreis Ebenrode, jetzt Kolonie 107, 99725 Kl. Furra, am 12. Dezember

Oestmann, Elfriede, geb. Mortzek, aus Seedorf, Kreis Lyck, jetzt Ratsstraße 50, 27313 Dörveden, am 16. Dezember

Pahlke, Hildegard, geb. Rattay, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, jetzt Lamp'sche Koppel 55, 24217 Schönberg, am 30. November

Pietretzki, Anneliese, geb. Struwe, aus Wehlau, Allestraße, jetzt Borussiastraße 61 a, 47167 Duisburg, am 15. Dezember

Radtke, Horst, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Im Imkersfeld 60, 27356 Rotenburg / Wümme, am 3. Dezember

Rang, Christine, geb. Kannenberg, aus Lyck, jetzt Hardtbergweg 15, 61462 Königstein, am 15. Dezember

Retzer, Eva-Maria, geb. Baltrusch, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, jetzt Falchstraße 8, 70378 Stuttgart, am 15. Dezember

Riemann, Hildegard, geb. Popp, aus Frischenau, Kreis Wehlau, jetzt Bessunger Straße 48, 64285 Darmstadt, am 12. Dezember

Rimsa, Georg, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Garbenweg 22, 44309 Dortmund, am 17. Dezember

Roggon, Erika, geb. Ruchatz, aus Jesken, Kreis Treuburg, jetzt Engelbertusstraße 5, 45473 Mülheim / Ruhr, am 3. Dezember

Rosumek, Lothar, aus Lötzen, jetzt Kolonnenweg 1, 24113 Kiel, am 15. Dezember

Sadowski, Hubert aus Fridrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Eichendorfstraße 15, 48324 Sendenhorst, am 16. Dezember

Schallock, Rosemarie, aus Königsberg, jetzt Fürstenstraße 1, 47051 Duisburg, am 17. Dezember

Schöler, Willi, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Hans-Sachs-Straße 25, 23879 Mölln, am 13. Dezember

Schüssler, Frieda, geb. Neumann, aus Nareythen, Kreis Ortelsburg, jetzt Dinastraße 26, 45329 Essen, am 16. Dezember

Schwarz, Maria, geb. Leising, aus Taplacken, Kreis Wehlau, jetzt Kirchfeldstraße 29, 88696 Owingen, am 11. Dezember

Silberbach, Christel, geb. Giust, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Domagkweg 12, 42109 Wuppertal, am 17. Dezember

Stüben, Gerda, geb. Schirrmann, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, jetzt Zappenweg 6, 24211 Preetz, am 6. Dezember

Tams, Käthe, geb. Welsch, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Westerende 13, 24848 Alt Bennebek, am 17. Dezember

Wallrath, Dolly, geb. Brauhammer, aus Wehlau, Deutsche Straße, jetzt P.O. Box 31, Southern Pines, am 11. Dezember

Wiersen, Ella, geb. Schirrmann, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, jetzt Klüsserather Straße 22, 50969 Köln, am 6. Dezember

Wilk, Elfriede, aus Lyck, jetzt Hegelstraße 10, 40667 Meerbusch, am 13. Dezember

Wrobel, Reinhard, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Dorfstraße 18, 06359 Gnetsch, am 16. Dezember

Zywek, Eitel, aus Wicken, Seehag, Kreis Neidenburg, jetzt Lohstraße 17, 41469 Neuss, am 14. Dezember

ZUR DIAMANTENEN HOCHZEIT

Meier, Hermann, aus Ingeleben und Frau Liesbeth, geb. Kasuballa, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, jetzt Im Kamp 1, 38385 Ingeleben, am 14. Dezember

ZUR GOLDENEN HOCHZEIT

Unterberger, Christian, aus Klein Rödersdorf, Kreis Heiligenbeil, und Frau Ursula, geb. Fromelt, aus Kolberg / Pommern, jetzt Schulstraße 22, 26603 Aurich, am 14. Dezember

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (07 11) 6 33 69 80

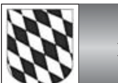
Buchen – Sonntag, 17. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier im Wimpina-Haus. Bitte Grabbelsackpäckchen nicht vergessen und etwas Backware mitbringen. Theaterspiel, Musik- und Gesangsdarbietungen, Glockenspiel und Weihnachtsmann werden Sie erfreuen. Ein Bus fährt ab Mosbach.

Esslingen – Sonntag, 17. Dezember, 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Waldheim-Saal, Esslingen-Zollberg. Mit einer Kaffeetafel und heimatlichem Gebäck unter Mitwirkung eines Posaunenchors werden wieder alte deutsche Weihnachtslieder gesungen. Es wird an den Heiligen Abend in der Heimat erinnert, man hört von alten Weihnachtsbräuchen und vernimmt die Frohe Botschaft.

Stuttgart – Sonntag, 10. Dezember, 15 Uhr, Vorweihnachtsfeier im „Ratskeller“, Markplatz 1, mit heimatlichem und weihnachtlichem Programm. Ansprache und Programmgestaltung Margarethe Sorg. Es wirken die Mitglieder der Orts- und Egerländer Gruppe mit. Auch in diesem Jahr wieder Gesangs- und Klavierdarbietungen von Christine Beierle. – Dienstag, 19. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier der Frauengruppe mit Frau Lüttich im Haus der Heimat, Kleiner Saal. Bitte kleine Päckchen mitbringen.

Schwenningen – Montag, 18. Dezember, Fahrt zum Christkindle-Markt nach Stuttgart.

Ulm / Neu-Ulm – Sonntag, 17. Dezember, 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier in den „Ulmer-Stuben“. Es gibt Worte zum Advent, Gedichte und Lieder zum Mitsingen. Der BdV-Chor trägt weihnachtliche Weisen vor.



BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Augsburg – Mittwoch, 13. Dezember, 14 Uhr, Adventnachmittag der Frauengruppe in den „Zirbelstuben“. – Sonntag, 17. Dezember, 15 Uhr, Vorweihnachtsfeier in den „Zirbelstuben“.

Bamberg – Mittwoch, 20. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier in der Gaststätte Tambosi, Promenade.

Erlangen – Sonnabend, 9. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier im Freizeitzentrum Frankenhof, Raum 20. – Dienstag, 12. Dezember, 14.30 Uhr, Adventsfeier der Frauengruppe im Freizeitzentrum Frankenhof, Raum 20. – Dienstag, 19. Dezember, 14.30 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im Freizeitzentrum Frankenhof, Raum 20.

Gunzenhausen – Sonntag, 17. Dezember, 16 Uhr, heimatlicher Weihnachtsnachmittag mit Kaffee und Kuchen, Gedichten und Geschichten aus dem Nordosten Deutschlands im Jagdschlößchen, Gunzenhausen.

Hof – Zur letzten Zusammenkunft waren die Landsleute und Gäste zahlreich erschienen. Nach der Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden, Christian Joachim, und traditioneller Ankündigung der gewesenen Geburtstagskinder ging man zum Programm über. Hildegard Drogomir verlas den Lebensweg von Marie Baum, die am 23. März 1874 in Danzig geboren wurde. Sie entstammte einer Arztfamilie und war eine Enkelin Mendelssohn Bartholdys. Sie arbeitete viele Jahre als bedeutende Chemikerin in Berlin, engagierte sich in der Politik, hielt Vorträge und schrieb sozialpolitische Abhandlungen. Für ihr lebenslanges soziales Engagement wurde sie 1954 mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt. Am 8. August 1964 verstarb sie in Heidelberg. Das war allen neu: Die Currywurst ist die Erfindung einer Ostpreußin. Herta Heuwer (30. Juni 1930 – 3. Juli 1999) wurde in Königsberg geboren und betrieb nach der Flucht aus ihrer Heimat in Berlin einen Imbißstand. Sie experimentiert mit verschiedenen Saucen und Würsten und landete dabei einen Volltreffer: die Currywurst. Diese wurde so populär, daß man am Haus Kantstraße 101 in Berlin, Gebäudeseite Kaiser-Friedrich-Straße, folgende Gedenktafel anbrachte: „Hier befand sich der Imbißstand, in dem am 4. September 1949 Herta Heuwer, ... die pikante Chillup-Sauce für die inzwischen weltweit bekannte Currywurst erfand. Ihre Idee ist Tradition und ewiger Genuß!“ Anschließend zeigte der 1. Vorsitzende in seinem Diavortrag den Reiseverlauf seiner Reise nach Ost- und Westpreußen. Allenstein, Nikolaiken, Preußisch Holland, Elbing, Danzig und weitere bekannte Orte standen scheinbar zum Greifen nahe vor den Anwesenden. Es waren viele schöne Aufnahmen, die Erinnerungen weckten. Besonders der früh einsetzende Winter mit viel Schnee erinnerte an die kalte Jahreszeit in der Heimat. Viel Beifall war der Dank für diesen Vortrag.

Ingolstadt – Sonntag, 17. Dezember, 14.30 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8.

Landshut – Dienstag, 19. Dezember, Treffen der Gruppe auf der „Insel“ zur Weihnachtsfeier. – Die Gruppe konnte die Schriftstellerin Astrid v. Menges für eine interessante Lesung gewinnen. Sie stellte ihr Buch: Orangen für Königsberg“ mit dem Untertitel „Die dagebliebene Elvira Syroka erzählt“ vor. Das Schicksal einer Dagebliebenen mit allen Höhen und Tiefen. Hierbei bekommt aber auch die Versöhnlichkeit einen hohen Stellenwert. Anschließend schilderte die Schriftstellerin im Rahmen eines Diavortrages die 750Jahrfeier von Königsberg. Ingrid Leinhäupl bedankte sich herzlich bei Astrid v. Menges, wie auch bei den Landsleuten aus Amberg, die den weiten Weg nach Landshut nicht gescheut hatten.



BREMEN

Vors.: Helmut Gutzeit, Tel. (04 21) 25 09 29, Fax (04 21) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (04 21) 51 06 03, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr

Bremen – Donnerstag, 21. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier der Frauengruppe im Hotel Westfalia. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (04 21) 3 46 97 18. Die Geschäftsstelle ist in der Zeit vom 21. Dezember 2006 bis zum 7. Januar 2007 nicht besetzt.

Bremerhaven – Freitag, 15. Dezember, 14 Uhr, gemeinsame Adventsfeier zusammen mit der Frauengruppe im „Barlach-Haus“. Anmeldungen unter Telefon 8 61 76. – Beim Erntedankfest der Frauengruppe war der Gabentisch mit schönen Blumensträußen, Obst, Gemüse aus den eigenen Gärten, leckerem selbstgebackenen Brot und vielen gespendeten Waren vom Vorstand und Mitgliedern herbstlich dekoriert und reich gedeckt. Nach der Kaffeetafel, den Gedichten, Geschichten und Liedern wurden die Gaben preiswert verkauft. Nur zwei Blumensträuße blieben übrig, die zum Heimatstein gebracht wurden. Christel Niehus bekam als Gruß einen Obstkorb. Es war ein schöner, harmonischer Nachmittag der Frauengruppe. – Goldene Hochzeit bei Tills. 50 Jahre sind Ella und Horst Till Mitte November verheiratet, und dazu hatten sie neben ihren Freunden und Bekannten auch die Gruppe eingeladen. Ella und Horst sind mit Abstand die eifrigsten Vorstandsmitglieder, die keiner Arbeit aus dem Weg gehen und die immer für andere da sind. Das Ehepaar Maria Jachens-Paul und Wolfgang Paul sowie Barbara Sandmann waren mit dem obligatorischen Präsentkorb, Wein und Rosen erschienen, um den beiden alles Gute zu wünschen. Der Vorstand und alle Mitglieder gratulieren nachträglich sehr herzlich und wünschen den beiden noch viele gemeinsame glückliche Jahre voller Schaffenskraft und Gesundheit.



HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Walter Bridszuhn, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Telefon / Fax (0 40) 6 93 35 20.

HEIMATKREISGRUPPE

Insterburg – Jeden 1. Mittwoch im Monat trifft sich die Gruppe um 14 Uhr, im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123, 22459 Hamburg. Nähere Informationen bei Manfred Samel, Telefon und Fax (0 40) 58 75 85.

BEZIRKSGRUPPEN

Billstedt – Dienstag, 2. Januar, 15 Uhr, Treffen im Restaurant „Für'n Appel und 'n Ei“, Möllner Landstr. 27, Billstedt (im Ärztehaus am Marktplatz). Die Treffen sind kultureller Natur (Heimatgeschichte, Literatur, Erlebniserzählungen, Plachandern, Ausflüge und anderes mehr). Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Annelie Papiz, Telefon (0 40) 73 92 60 17.

Hamm / Horn – Sonntag, 17. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier im Seniorentreff Horn, Am Gojenboom, gegenüber Hausnummer 35. Sie erreichen den Seniorentreff mit der U-Bahnlinie 3, Richtung Mümmelmannsberg bis Horner Rennbahn, Ausgang Gojenboom, dann über den Parkplatz. Am Ende ist der Seniorentreff. Nach der Kaffeetafel mit selbstgebackenem Kuchen wird die Mundharmonika-Gruppe Gojenboom für weihnachtliche Stimmung sorgen. Tischreservierung auf Wunsch bei Siegfried und Gisela, Telefon 6 93 27 24.

FRAUENGRUPPE

Bergedorf – Freitag, 26. Januar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Sozialem Zentrum, Ludwig-Rosenberg-Ring 47. Heimatfilmer Klaus Loleit zeigt Ostpreußen-Videos. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

Frankfurt / Main – Montag, 11. Dezember, 14 Uhr, vorweihnachtlicher bunter Nachmittag mit Überraschungen und Musik im Haus der Heimat, Porthstraße 10.

Gelnhausen – An dem mit den Landesfahnen geschmückten Treckdenkmal versammelten sich auch in diesem Jahr, wieder Landsleute und Gäste, zum Gedenken ihrer Toten. In seiner Rede betonte der zweite Vorsitzende, Helmut Goebel, das Betrauern der ungezählten Menschen, die diesem grausamen Krieg zum Opfer gefallen sind. Bei den Kriegshandlungen an den Fronten, durch Bombenterror in den Städten, durch Flucht und Vertreibung aus ihrer Heimat, durch Deportation und in Arbeitslagern. Allen beteiligten Nationen ist großes Leid geschehen, als Sieger sind die Hersteller der Bomben und des Kriegsmaterials hervorgegangen die an dem Krieg verdient haben. Aus dieser Erkenntnis heraus muß es möglich sein, jeden sich abzeichnenden Krieg zu verhindern. Besonders die aus ihrer Heimat vertriebenen Menschen, die kaum das nackte Leben retten konnten, haben sich in ihrer Charta der Heimatvertriebenen gegen jeden Racheakt ausgesprochen, um in einem friedlich vereinigten Europa mit allen Völkern zusammenzuleben. Was ihnen heute, nach 61 Jahren unermüdlichen Bemühens, auch fast gelungen ist. Die Zeit heilt Wunden, die Vertriebenen haben mit der Welt Frieden geschlossen. Nun ist man in eine Europäische Union eingebettet, wo man und nachkommende Generationen hoffentlich vor einer Wiederholung eines so großen Desasters geschützt sind.

Gießen – Über 55 Jahre war die Gruppe ein fester Anlaufpunkt für die durch den Krieg geflüchteten und vertriebenen Ost- und Westpreußen. Durch die monatlichen Treffen mit kulturellen Veranstaltungen und Plachandern war man heimatlich-ostpreußisch verbunden. Es wurden die Bundestreffen in Düsseldorf, Leipzig und Berlin besucht. Mitglieder der Gruppe waren über zehnmal in Königsberg, Danzig, Memel, Allenstein, Sensburg und weiteren heimatlichen Stätten. Eine akute Krankheit des „Rechners“ Heinz Schmidt bindet ihn ans Bett. Er muß voll durch die Ehefrau und 1. Vorsitzende Erika Schmidt betreut werden. durch den Ausfall ist eine aktive Arbeit des Vorstandes, sowie des Vereinslebens nicht mehr gegeben. Die Gruppe ist stark überaltert und kann keinen neuen Vorstand mehr bilden. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung wurde nun die Auflösung der Gruppe zum 31. Dezember 2006 beschlossen. Die Mitglieder haben jedoch den Wunsch geäußert, daß der Kontakt nicht abreißen und man sich wie bisher treffen sollte. So wurde als Nachfolge der Gruppe der „Kultur und Freundeskreis der Ost- und Westpreußen Gießen“ gebildet. Dieser wird durch drei Personen geleitet. Die monatlichen Treffen bleiben wie bisher bestehen, wobei die Gestaltung aus den eigenen Reihen vorgenommen wird.

Kassel – Sonntag, 17. Dezember, 15 Uhr, Advents- und Vorweihnachtsfeier im Restaurant Als Süsterfeld, Eifelweg. Gestaltung durch Dorothea Deyß und ihre Sänger sowie Pfarrer i. R. Scherlies.

Wiesbaden – Dienstag, 12. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier der Frauengruppe im Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35. – Sonnabend, 16. Dezember, 15 Uhr, vorweihnachtliche Feier im Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Wenn Sie sich mit einer Kuchenspende an der Kaffeetafel beteiligen möchten, wenden Sie sich bitte an Helga Laubmeyer, Telefon 30 37 67,

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Keine Advents- und Weihnachtsberichte

Alle Jahre wieder kommen unsere Leser überall in Stadt und Land zusammen, um die adventliche und vorweihnachtliche Zeit festlich zu begehen. Bei den vielen Berichten, die uns über die heimatlichen Feiern erreichen, ist es uns auch in diesem Jahr nicht möglich, entgegen unserer sonstigen Gepflogenheit, die Beiträge zu veröffentlichen. Wir bitten unsere Mitarbeiter und unsere Leser dafür um Verständnis.

Aus der Fülle der Einsendungen geht hervor, daß unser ostpreußisches Brauchtum bei allen Feiern nach wie vor gepflegt wird. In den Gedanken, die in diesen Stunden nach Hause wandern, tauchen Sternsinger, Schimmelreiter und Umzüge mit dem Brummtopf auf. Gemeinsam gesungene Advents- und Weihnachtslieder, Lesungen und Gedichte ostpreußischer Dichter und Schriftsteller bringen heimatliche Atmosphäre in die von den Frauen der Gruppen festlich geschmückten Räume und Säle.

Im Schein der Kerzen sitzen unsere Landsleute bei Kaffee und Mohnstrietzel oder Fladen, Pfeffernüssen und selbstgebackenem Marzipan beisammen, lauschen dem Chorgesang oder zarter Flötenmusik und erfreuen sich an Weihnachtsspielen, die von Jugendlichen und Jugendgruppen gleichermaßen dargeboten werden. Häufig kommt auch "Knecht Ruprecht" oder der "Nikolaus" und bedenkt die Kinder mit bunten Tüten voller Gebäck und Süßigkeiten.

In diesen Stunden der Besinnung spüren alle die innere Verbundenheit, sie spüren, daß die Ostpreußen, auch fern der Heimat, eine große Familie bilden.

Eine frohe Adventszeit wünscht Ihnen
Ihr **Florian Möbius**

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung

oder Irmgard Steffen, Telefon 84 49 38. Allen Spendern im Voraus herzlichen Dank.



NIEDERSACHSEN

Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel. (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstr. 30 b, 31275 Lehrte, Tel. (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Str. 122, 29223 Celle, Tel. (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel. (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel. (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Christine Gawronski, Zilleweg 104, 31303 Burgdorf, Tel. (0 51 36) 43 84

Bad Bevensen – Sonnabend, 16. Dezember, 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Kurhaus Bad Bevensen. Wie in den Jahren zuvor ist die Gruppe bemüht, eine niveauvolle und heimatliche Weihnachtsfeier zu veranstalten, wobei der „Kammerchor und das Kammertrio im Augustuschor Lüneburg“ einen nicht unwesentlichen Beitrag leisten werden. Die Weihnachtsgeschichte, Lieder, Gedichte, Kaffee und Kuchen sowie Königsberger Marzipan runden den Nachmittag ab. Alle Landsleute und Gäste sind herzlich willkommen. – Freitag, 19. Januar 2007, 15 Uhr, Kaffeenachmittag im Hotel Sonnenhof.

Buxtehude – Vom 2. bis 11. Februar 2007 findet eine „Reise in den masurischen Winter“ statt. Fahrtablauf: 1. Tag, Anreise mit dem Bus bis Dolgen (Hotel Haus am See); 2. Tag, Weiterfahrt bis Kruttinnen; 3. bis 8. Tag, Kruttinnen (Hotel Habenda); 9. Tag, Rückreise bis Dolgen; 10. Tag, Weiterfahrt bis Buxtehude / Stade. Der Reisepreis beträgt im DZ 495 Euro pro Person (EZ: 555 Euro pro Person) für Busfahrt, neunmal Hotelübernachtung mit HP, Verköstigung aus der Bordküche des Busses und allen Nebenkosten. Mitglieder erhalten 10 Euro Rabatt. Für ein Mittagessen müssen jeweils 5 bis 8 Euro gerechnet werden. Kosten für die Tagesprogramme werden vor Ort festgelegt und abgerechnet (rund 60 Euro). Der Bus steht während der gesamten Reise zur Verfügung. Die Teilnehmerzahl ist auf 40 begrenzt. Anmeldungen und nähere Informationen bei der Gruppe, Vaßmerstraße 28, 21614 Buxtehude, Telefon (0 41 61) 34 06.

Göttingen – Zwölftägige Reise Süd-Ostpreußen vom 10. bis 21. Juni 2007 zum Preis ab 700 Euro. 1. Tag: Beginn er Reise mit Zwischenübernachtung im Hotel Pietrak; 2. Tag: Weiterfahrt nach Sensburg in Hotel Eva; 3. Tag: Rundfahrt Masuren, Übernachtung im Hotel Eva; 4. Tag: Rundfahrt Ermland, Übernachtung im Hotel Eva; 5. Tag: Fahrt nach Wilna, Übernachtung in Wilna; 6. Tag: Stadtbesichtigung von Wilna und Weiterfahrt nach Memel, Übernachtung im Hotel Baltpark; 7. Tag: Ausflug auf die Kurische Nehrung, Übernachtung im Hotel Baltpark; 8. Tag: Ausflug Memel und Palanga mit dem einzigartigen Bernsteinmuseum (Eintritt im Reisepreis nicht enthalten), Übernachtung im Hotel Baltpark; 9. Tag: Memel-Kauen über Heydekrug, Pogegen, Wischwill, Schmalleningken, Jurbakas. Übernachtung im Hotel in Kauen; 10. Tag: Kauen-Neustadt, Übernachtung im Hotel Bliza; 11. Tag: Besichtigung Danzig, Zoppot und Gdingen, Übernachtung im Hotel Bliza; 12. Tag: Heimfahrt Neustadt-Göttingen. Preise pro Person: bei 40 Personen 700 Euro (EZ: 890 Euro), bei 35 Personen 730 Euro (EZ: 920 Euro). Eine Anzahlung von 350 Euro ist bis zum 2. Januar 2007 auf folgendes Konto zu überweisen: Walter Erdmann, Konto: 904 205 902, BLZ: 260 625 75, Raiffeisenbank Rosdorf. Der Restbetrag ist bis zum 15. April zu entrichten. Die Platzvergabe im Bus erfolgt nach Eingang der Einzahlung der Anzahlung.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Aachen – Sonnabend, 9. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier im Haus des Deutschen Ostens, Franzstraße 74, im Saal des Restaurants Zum Griechen. Der Weihnachtsmann mit seinen Engelchen hat seine Teilnahme angesagt, um seine Grüße zu überbringen und die von Ihnen bestellten Nikolaustüten, an die Kinder zu verteilen. Ein buntes, besinnliches Programm erwartet Sie.

Bad Godesberg – Sonntag, 10. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe. Nach dem Kaffeetrinken folgt das Programm. Der Weihnachtsmann hat sein Kommen angesagt. Gäste sind herzlich willkommen, der Eintritt ist frei.

Dortmund – Montag, 18. Dezember, 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier in den ostdeutschen Heimatstuben, Landgrafenschule / Ecke Märkische Straße.

Düsseldorf – Sonntag, 17. Dezember, 12 Uhr, Abfahrt zum Adventskonzert auf Schloß Burg. Treffpunkt ist die Bushaltestelle Worringer Straße. Auskunft und Verlauf der Karten bis zum 11. Dezember im Zimmer 411 a, GHH. – Dienstag, 19. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Ostpreußenzimmer (Raum 412), GHH.



SAARLAND

Vors.: Martin Biesen, Wetschauser Str., 66564 Ottweiler / Fürth, Telefon: 0 17 36 18 35 37

Ennepetal – Donnerstag, 21. Dezember, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube.

Saarbrücken – Sonntag, 17. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier in der Gaststätte des Vereinsheims des Kleingartenbauvereins, Auf der Scheib 8, Saarbrücken-Burbach.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Dessau – Montag, 11. Dezember, 14.30 Uhr, Weihnachtssingen in der Begegnungsstätte „H. Rühmann“. – Montag, 18. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe in der Begegnungsstätte „H. Rühmann“.

Gardelegen – Freitag, 15. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier mit Programm.

Magdeburg – Freitag, 22. Dezember, 16 Uhr, Singproben im „TuS Neustadt“. – Dienstag, 19. Dezember, 15 Uhr, Bowling im Lemsdorfer Weg.



SACHSEN

Vors.: Erwin Kühnappel, Hauptstraße 147 c, 09569 Gahlenz, Telefon (03 72 92) 2 20 35, Fax (03 72 92) 2 18 26. (Geschäftsstelle: Telefon und Fax (03 71) 5 21 24 83, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Dienstag und Donnerstag, 9 bis 16 Uhr

Dresden – Sonnabend, 16. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier in der römisch-katholischen Pfarrei St. Petrus, Dohnaer Straße 53, 01219 Dresden. Eintritt frei.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Tel. (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

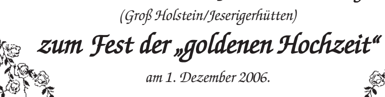
Fehmarn – Dienstag, 12. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier im „Haus im Stadtpark“. – Die Gruppe sowie die Danzig-Gruppe Burg konnten zu ihrem traditionellen Königsberger-Klops-Essen, das in diesem Jahr zum 21. Mal stattfand, 100 Mitglieder und Gäste im Hotel Wisser begrüßen. Die Vorsitzende, Ilse Meiske, zeigt sich hocherfreut über die große Anzahl der Besucher. Als Gäste begrüßte sie unter anderem die Bürgersvorsteherin der Stadt Fehmarn, Margit Maass, den Vorsitzenden aus Eutin, Edwin Falk, sowie Vorsitzende und Vertreter von Vereinen und Verbänden der Stadt Fehmarn. Zur Unterhaltung am Abend trug die bekannte „Playback-Gruppe“ aus Schönwalde a. B. bei und Hans Grunst, der in Mundart einige humorige Geschichten verlas. Mit Preisfragen und heimatlichen Liedern endete dieser so unterhaltsame Abend.

Kiel – Montag, 18. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier der Ostpreußen-Hilfsgemeinschaft im Haus der Heimat. Leitung hat H. Berg. Für die Elmschenhagener Ostpreußen kann bei Bedarf ein Kleinbus oder Taxi am Babelplatz 3, Bürgertreff der AWO eingesetzt werden. Anmeldungen ab dem 10. Dezember bitte an Ilse Kolberg, Telefon (04 31) 78 19 62, ab 19 Uhr.

Wir gratulieren

***Günter Machhein und Frau Christel** geb. Kuckuck*

(Groß Holstein/Jeserigerhütten)



am 1. Dezember 2006.

Die Kinder: Uwe, Hedda, Kathrin und Günter
Die Enkelkinder: Robert, Kathleen, Susi, Ulrike, Markus, Steven und Hannes und der Urenkel Kevin

Zum Gedenken an die Eltern und Geschwister unseres Vaters Günter Machhein, geb. am 19. 8. 1934 in Düsseldorf, aufgewachsen in Groß Holstein/Ostpreußen

August Machhein, geb. am 16. 12. 1906 in Nonnenhausen, vermisst seit 19. 1. 1944
Sophia Machhein, geb. ca. 1912, verstorben August 1944 an Typhus
Manfred Machhein, geb. 1939, Groß Holstein, verstorben 1969 in Basdorf
Renate Machhein, geb. 1941, Groß Holstein, verhungert 1945
Hannelore Machhein, geb. 1942, Groß Holstein, vermisst 1945
Rosemarie Machhein, geb. 1944, Groß Holstein, verstorben 1944 an Typhus

Wir Kinder konnten sie nie kennen lernen und gedenken hiermit unserer Familie.

Jeserigerhütten, den 1. Dezember 2006

Herr, deine Güte reicht,
soweit der Himmel ist,
und deine Wahrheit,
soweit die Wolken gehen. Psalm 36, 6

Nach einem erfüllten und gesegneten Leben hat Gott der Herr unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Oma, Schwester und Tante

Frida Höcke
geb. Grapentin
*28. September 1912 † 29. November 2006

zu sich in die Ewigkeit gerufen.

In Liebe und Dankbarkeit
Dr. Erhard und Christine Höcke
mit Carl und Cathrin
sowie alle Angehörigen

Traueranschrift: Dr. E. Höcke, Goslarer Straße 79 a, 38690 Vienenburg

Die Beerdigung findet statt am Freitag, dem 8. Dezember 2006, um 13.00 Uhr, Alter Friedhof Ahrensburg, Hamburger Straße 160.

Wir wollen nicht trauern, dass wir ihn verloren haben,
sondern dankbar sein, dass wir ihn hatten.

Max Wischnewski
* 12. 6. 1928 † 22. 11. 2006

In Liebe und Dankbarkeit
Schwester Frieda Laskowitzki



Wenn ihr wüsstet, wo ich jetzt bin,
dann würdet ihr euch fragen,
warum ihr geweint habt.

Danke
für ein stilles Gebet,
für eine stumme Umarmung,
für tröstende Worte, gesprochen und geschrieben,
für einen Händedruck, wenn die Worte fehlten,
für alle Zeichen der Liebe und Freundschaft,
für Spenden, Blumen und das letzte Geleit.

Im Namen der Familie
Dieter Keller
Werner Keller

Waltraud Keller
geb. Nasgowitz
† 5. Oktober 2006

Mülheim an der Ruhr, im Dezember 2006



AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (0 61 26) 41 73, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de

Ostpreußenveranstaltung – Rund 140 Teilnehmer reisten zum 28. Gesamtdeutschen Heimattreffen des Regierungsbezirkes Gumbinnen in das Spornitzer Landhotel an. Sie kamen aus den unterschiedlichsten Bundesländern. Unter ihnen waren erwartungsgemäß sehr viele Ostpreußen, insbesondere Gumbinner, aber auch Westpreußen und Vertriebene aus Pommern, Posen, Schlesien und Böhmen. Viele Teilnehmer sahen sich zunächst einmal den von Lm. Schäfer ausgestellten, aus Holz geschnitzten Elch sowie das von ihm ausgelegte Informationsmaterial über Ostpreußen interessiert an, bevor sie Platz nahmen. Zu Beginn der Veranstaltung wurden die Anwesenden von Dr. Hahn begrüßt. Grüße Verhinderter wurden ausgerichtet, der Verstorbenen gedacht und der Tagesablauf bekannt gegeben. Pastor Labesius hielt eine Andacht über die Wurzeln der Herkunft und den Glauben. Anschließend wurde gemeinsam gesungen. Im ostpreußischen Platt und auch auf Hochdeutsch vorgetragene Reime wechselten mit gesungenen heimatlichen Volksliedern ab. Hocherfreut waren alle, zu erfahren, daß Hans Balk-Rothgänger, ein eifriger Besucher der Spornitzer Veranstaltungen, nach einer zweijährigen Vorarbeit sein Buch „Der weite Weg. Von Gumbinnen in Ostpreußen nach Hamburg“ vorstellen konnte. Er, wie auch die inzwischen verstorbene Autorin Frieda Voelker und der Autor Siegfried Klein, wurden durch den Besuch der Veranstaltungen ebenso zum Niederschreiben des Erlebten angeregt. Zwei weitere Teilnehmer der Veranstaltungen möchten den Genannten nacheifern. Sie erkundigten sich, wie man einen leistungsfähigen Verlag für die Veröffentlichung ihrer Ausarbeitungen über die Heimat und ihre Flucht finden kann. Gegen Mittag sangen die Landsleute noch „Alle Jahre wieder ...“ und stimmten damit auf das bevorstehende Weihnachtsfest ein. Mit dem nach dem Mittagsessen vorgeführten Film „Von Königsberg nach Insterburg“ endete die Veranstaltung. Eindrucksvoll waren insbesondere die Luftaufnahmen von Königsberg, die zeigten, wie diese einst wunderschöne ostpreußische Hauptstadt im II. Weltkrieg durch britische Bomber und russische Artillerie bis zur Unkenntlichkeit zerstört wurde. Ein erschreckender Anblick! Die ostpreußische Landschaft vermittelte dagegen einen herrlicher Eindruck. Auch erfuhr man etwas über historische Ereignisse. Bei dem einen oder dem anderen wurden dabei Erinnerungen an die eigene Kindheit wach. Das zeigten nach dem Film geführte Gespräche. Nach der Filmvorführung hatten die Lm. Balk-Rothgänger und Buchholz noch die Möglichkeit, ihre Bücher zu verkaufen. Man ging mit dem Wunsch auseinander, sich wieder zu treffen.

Veranstaltung 2007 – Die im nächsten Jahr stattfindenden Veranstaltungen am 5. Mai und am 1. Dezember 2007 wurden bekannt gegeben. Informationen bei Dr. Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinckman-Straße 14 b, 19370 Parchim, Telefon und Fax (0 38 71) 22 62 38, E-Mail: friedelhahn@arcor.de



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Georg Jenkner, Lenauweg 37, 32758 Detmold, Telefon (0 52 32) 8 88 26, Fax (0 52 32) 69 87 99, E-Mail: Georg.Jenkner@gmx.de

Gemeindevertretung für Groß- und Klein Rödersdorf im Kirchspiel Bladiau – Der Kirchspielvertreter von Bladiau, Konrad Wien, ist glücklich, die Gemeindevertretung für Groß- und Klein Rödersdorf in die Hände des 47jährigen Nikolaus Unterberger zu geben. Dieser hofft dabei auch auf die Unterstützung seines Vaters, Christian Unterberger, um die Tradition und Heimatliebe zusammen mit den Landsleuten aus den Gemeinden Rödersdorf im Kirchspiel Bladiau fortführen zu können. Nikolaus Unterberger wird sich in Kürze bei seinen Landsleuten in einem Rundbrief vorstellen. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft sagt Danke zur Übernahme der Gemeindevertretung und wünscht unserem Lm. Unterberger viel Freude bei seiner neuen Aufgabe. Nikolaus Unterberger, Zum Sperber 2, 53809 Ruppichteroth, Telefon (0 22 95) 90 25 22.



HEILSBERG

Kreisvertreter: Aloys Steffen, Telefon und Fax (0 22 34) 7 19 06, Am Clarenhof 18, 50859 Köln

Unser Bildband „Kreis Heilsberg im Ermland – Unser Bildband war über viele Jahre vergriffen. Bei Umräumungsarbeiten im Hause der Vertretung unsere Patenkreises sind jetzt noch restliche Exemplare aufgefunden worden. Es handelt sich hierbei um das von Alfred Krassuski im Jahre 1971 in 2. Auflage herausgegebene Werk.

Walter Merten, „Heilsberg im Ermland – Die Einwohner der Stadt 1939-1945.“ Der kriegsbedingte Verlust jeglicher Standesamts- und Kirchenbuchunterlagen aus den letzten Jahrzehnten vor der Vertreibung veranlaßten den Verfasser die Überlebenden nach Namen und Daten der ehemaligen Einwohnerschaft zu befragen und so ein möglichst genaues Heimatbild erstehen zu lassen. Der Preis für beide Werke beträgt 5 Euro, zuzüglich Kosten für Verpackung und Versand. Interessenten wenden sich bitte an Johannes Kraemer, Weidenweg 4, 50126 Bergheim.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Geschäftsstelle: Annelies Kelch, Luise-Hensel-Straße 50, 52066 Aachen. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (02 03) 2 83-21 51

Zwölftägige Busreise – nach Königsberg und Nidden von Donnerstag, 26. Juli bis Montag, 6. August 2007. Abfahrt ab Duisburg, 6 Uhr, mit Zwischenübernachtung in Schneidemühl, Hotel Rodlo. Weiterfahrt nach Marienburg und Braunsberg zur Grenze. Dort erwartet uns die russische Reiseleiterin Nadja, zwecks beschleunigter Abfertigung. Wir übernachten fünfmal im Hotel Kaliningrad in Königsberg. Es sind Rundfahrten nach Waldau und Arnau (dort Besichtigung der Arbeiten an der Katharinenkirche, es kann der Kirchturm bestiegen werden), Heiligenwalde und Pillau geplant. Die Russische Marine veranstaltet Vorführungen mit Schiffen und Flugzeugen. Am 30. Juli folgen Ausflüge nach Rauschen und Palmnicken. Montag, 31. Juli, Tag zur freien Verfügung. Mittwoch, 1. August, erfolgt die Weiterreise zur Kurischen Nehrung und nach Nidden. Dort übernachten wir dreimal und besichtigen das Meeresmuseum und unternehmen eine Stadtrundfahrt in Memel und weitere Rundfahrten. Sonnabend, 4. August, Rückreise über Königsberg, Richtung Elbing über Frauenburg, Tolkemit nach Elbing. Sonntag, 5. August, Weiterreise nach Danzig, Richtung Stettin. Übernachtung im Hotel Panorama. Montag, 6. August, Heimreise auf der selben Strecke wie auf der Hinfahrt. Zusteigemöglichkeiten auf der Hinreise Bochum Hauptbahnhof und nach Vereinbarung entlang der A2. Preis bei 38 Teilnehmern und HP, pro Person 870 Euro plus 95 Euro für Doppel-Visa. Die Einreise nach Rußland kostet 11 Euro zuzüglich Nehrungsgebühr 35 Euro. EZ-Zuschlag 190 Euro. Weitere Informationen und das komplette Programm erhalten Sie bei Willi Skulimma, Oranienstraße 4, 47051 Duisburg, Telefon (02 03) 33 57 46

KÖNIGSBERG

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (0 21 61) 89 56 77, Fax (0 21 61) 8 77 24. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (05 71) 4 62 97, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

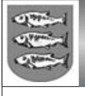
Ostpreußen-Kalender 2007 – Liebe Landsleute, für unsere Heimatkreisgemeinschaft hat unser Landsmann Herbert Laubstein für das Jahr 2007 wieder einen Ostpreußen-Kalender mit ansprechenden Bild-Motiven aus unserer Heimat-Provinz erstellt. Dieser Kalender, den man ab sofort erwerben kann, ist auch ein schönes Geschenk und kann zum Sonderpreis von 11 EUR einschließlich Porto und Verpackung bei Herbert Laubstein, Amselstraße 29, 58285 Gevelsberg, Telefon und Fax (0 23 32) 8 05 77, bestellt werden. Obwohl die Arbeit der Kreisausschußmitglieder ehrenhalber erfolgt, sind wir dennoch für die weitere Ausstattung und Erhaltung unseres Samlandmuseums auf Spenden unserer Freunde und Gönner angewiesen. Da der finanzielle Erlös aus dem Verkauf der Kalender ausschließlich für unser Museum, das sich im Preußen-Museum in Minden befindet, verwendet wird, leisten auch Sie, liebe Landsleute, durch den Kauf eines Kalenders einen kleinen finanziellen Beitrag dazu.

Hinweis – Aus Anlaß der über 60jährigen Wiederkehr von Flucht und Vertreibung aus unserer Heimat empfehlen wir als Lektüre

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 21

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung

oder Geschenk für die nahenden Festtage: Die Kämpfe um Ostpreußen und das Samland, von Helmut Borkowski, 175 Seiten, DIN A 4 Format, zum Preis von 15 Euro einschließlich Versandkosten. Die textlichen Abhandlungen erstrecken sich inhaltlich über den Zeitraum vom Sommer 1944 bis zu den Endkämpfen im Frühjahr 1945. Die teilweise bis in die Details gehenden Darstellungen fesseln auch die nicht aus Ostpreußen stammenden Leser. In diesem Werk sind, in begrenztem Umfang auch Texte aus russischen Quellen wiedergegeben. Zu beziehen durch: Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg, im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (05 71) 4 62 97, täglich 19 bis 21 Uhr.

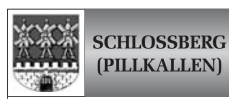


LÖTZEN

Kreisvertreter: Erhard Kawlath, Dorfstraße 48, 24536 Neumünster, Telefon (0 43 21) 52 90 27

Der Kreisvertreter berichtet – In Harmonie verlief die Kreisausschußsitzung. Es wurden einstimmig mehrere Beschlüsse gefaßt: 1. erhält der Deutsche Verein (DV) als gesamten Weihnachtszuschuß mit Bruderhilfe 4000 Euro, 2. bekommt die evangelische Kirche in Lötzen noch in diesem Jahr 250 Euro. Die 2. Spende von 250 Euro wurde für 2007 bewilligt. Die Kreisgemeinschaft kann nicht mehr so großzügig verfahren, da laut Bericht des Schatzmeisters Klaus Reck, 4000 Euro weniger an Spenden innerhalb des letzten Jahres eingegangen sind. Allein nach Absendung des Heimatbriefes kamen sehr viele Abmeldungen, entweder wegen Todesfalls oder weil viele den Heimatbrief nicht mehr lesen können, im Altersheim sind und die Angehörigen kein Interesse mehr haben. So geht es schon längere Zeit, und da die Mitglieder immer weniger werden, müssen wir kurz oder lang mit einem gewaltigen Einbruch rechnen. Es fehlt uns leider die Jugend, die bereit ist, die großen Lücken zu schließen.

Ende November fuhr der Kreisvertreter zum 13. Mal zur Weihnachtsfeier des DV (4. Dezember) nach Lötzen. Das Krankenhaus erhielt eine Spende von 1000 Einwegspritzen. Für die Weihnachtsfeier hatte er 18 Stollen aus Neumünster mit, dazu fünf Pfund Kaffee, Süßigkeiten, gute Kleidung und mehrere Säcke Kuscheltiere für die Kinder. Der polnische Behindertenverein erhielt eine Spende von 200 Euro und Kuscheltiere. Ein Nicht-Lötzener hatte 150 Euro für die Kinder und neue Spielsachen mitgeschickt. Zwei Tage fuhr der Kreisvertreter durch den Kreis, um aus dem Nachlaß von Dr. Klaus Roeder Spenden an Behinderte zu überbringen. Besucht wurden auch zwei Kinderheime wo sowohl Spenden als auch Stofftiere übergeben wurden. Alle Gaben werden dankbar angenommen, zumal vorher alles genau kontrolliert wird – es werden nur gute Kleidung, Schuhe etc. mitgenommen. Zur Weihnachtsfeier hatten sich 128 Senioren angemeldet.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Arno Litty, Telefon (0 30) 7 03 72 62 Britzer Straße 81, 12109 Berlin. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (0 41 71) 24 00, Fax (0 41 71) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

Erlebnisreiche Ostpreußenfahrt im Mai 2007 – Auch im kommenden Jahr führt die Kreisgemeinschaft Schloßberg (Pillkallen) vom 14. bis 25. Mai 2007, wieder eine der beliebten Busrundreisen durch das südliche und nördliche Ostpreußen durch, allerdings mit einer geänderten Reiseroute. Treffpunkt ist am Nachmittag des Vortages, dem 13. Mai 2007, in der Jugendherberge „Helmut-Tietje-Haus“ in Rotenburg / Wümme. Hier lernen sich bei einer Kaffeetafel, beim Abendessen und bei einem anschließenden Vortragsabend die Mitreisenden bereits kennen und werden durch die Reiseleitung auf die Reise eingestimmt. Am 14. Mai ist pünktlich um 7 Uhr Abfahrt ab Rotenburg. Über die BAB am Hamburg und Berlin vorbei geht es zum polnischen Grenzübergang Pomellen nach Danzig. Abendessen und Übernachtung im Hotel „Novotel“. Am 15. Mai Stadtrundfahrt Danzig mit Seesteg Zoppot, Orgelkonzert in Oliva, Stadtführung, dabei Besichtigung Bernsteinwerkstatt und Bonbonmanufaktur. Der Nachmittag zur freien Verfügung. Am 16. Mai bereits um 6.30 Abfahrt von Danzig nach Elbing. Ab 8 Uhr Schiffahrt auf dem Oberländer Kanal bis Buchwalde. Nach Picknick Weiterfahrt nach Sensburg. Abendessen und Übernachtung im Hotel „Oskar“. Der 17. Mai beginnt mit einer Schiffsfahrt ab Nikolaiken bis Niedersee (Rudczanny). Eventuell danach Staken auf der Kruttinna, dort auch ein Fischessen und Masurenrundfahrt. Am 18. Mai auf der Fahrt zum russischen Grenzübergang bei Preußisch Eylau Besichtigung Wolfsschanze (Rastenburg) und Wallfahrtskirche Heiligelinde oder Frauenburg. Abendessen und Übernachtung im Hotel „Moskwa“ in Königsberg. Am 19. Mai Stadtrundfahrt Königsberg mit Dom-Besichtigung und Kant-Denkmal. Weiterfahrt über Gumbinnen mit Besuch Salzburger Kirche und Elch, nach Insterburg. Abendessen und Übernachtung im Hotel „Zum Bären“. Am 20. Mai, ab Insterburg Rundfahrt Tilsit, Ragnit mit Buffet an der Memel, Schloßberg mit Kranzniederlegung an Ehrenmalen, Haselberg mit Folklore. Abendessen und Übernachtung in Insterburg. Der 21. Mai zur freien Verfügung, zum Beispiel für Besuch der Heimatorte oder anderer Unternehmungen per Mietwagen. Abendessen, gemeinsamer Abend mit Tagesberichten und Übernachtung im Hotel „Zum Bären“. 22. Mai Weiterreise zur Samlandküste, Rauschen, Cranz, Kurische Nehrung, Sarkau. Besichtigung der Vogelwarte Rossitten und der Wanderdünen bei Pillkoppen. Danach über den russisch / litauischen Grenzübergang zum Abendessen und Übernachtung in Nidden. 23. Mai in Nidden und Schwarzort, Besichtigung: Thomas-Mann-Haus und der Wanderdünen. Freizeit auf der Nehrung. 24. Mai Fahrt nach Memel. Dort abends auf die Fähre nach Kiel, die am 25. Mai in Kiel ankommt. Von dort Weiterfahrt nach Rotenburg / Wümme.

Übrigens: Reiseanmeldungen gehen bereits ein, darunter auch zwei aus dem fernen Santiago de Chile. Interessenten an der Reise wenden sich bitte rechtzeitig an Reiseleiter Ch.-Jörg Heidenreich, Bockwischer Weg 22, 25569 Kremperheide, Telefon (0 48 21) 8 48 33, Fax (0 48 21) 4 08 47 24, Mobil (01 74) 9 36 66 42, E-Mail: joergheidenreich@web.de, oder an die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft in Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe), Telefon (0 41 71) 24 00, Fax 24 24.



WEHLAU

Kreisvertreter (kom.): Hans Schlender, Telefon (0 4 0) 20 97 67 35, Fax (040) 20 97 30 80, Schellingstraße 100, 22089 Hamburg, E-Mail: hans.schlender @freenet.de

Jetzt sind alle Heimatbücher lieferbar – Bestellen Sie Ihr Heimatbuch bei Harry Schlisio, Im Stikkelgarten 18. 97941 Tauberbischofsheim, Telefon (0 93 41) 84 87 77, Fax (0 93 41) 84 80 78. Die Auslieferung erfolgt umgehend. – **Es war mühsam**, aber wir sind jetzt soweit, wir können in kürzester Zeit alle Daten einer politischen Gemeinde des Kreises Wehlau aufrufen und zu einem informativen Heimatbuch zusammenstellen. Alles begann vor einigen Jahren mit dem Erstellen der Ortspläne. Wie oft haben wir Sie gebeten, uns zu unterstützen, und Sie haben uns wirklich immer wieder geholfen. Häuser wurden von einer Straßenseite auf die andere gestellt, Häuser wurden aus den Plänen entfernt, weil es sie schon lange nicht mehr gegeben hat, und viele neue Gebäude wurden eingezeichnet. Alle Wohngebäude wurden numeriert und die ehemaligen Bewohner diesen Gebäuden zugeordnet, soweit auf Grund Ihrer Unterstützung eine derartige Zuordnung möglich war. Parallel zu diesen umfangreichen Aufgaben wurde von der Kreisgemeinschaft Wehlau, wieder mit Ihrer Hilfe, ein Bildarchiv aufgebaut. Die eingesandten Fotos wurden archiviert, den Gemeinden und innerhalb der Gemeinden den ehemaligen Bewohnern, Eigentümern und Hausnummern zugeordnet. Auch unsere Nachkommen, die nicht mehr in unserer Heimat Ostpreußen geboren wurden, wissen dadurch heute nicht nur, wie es in unseren Dörfern ausgesehen hat, sondern auch, wer in den einzelnen Häusern gewohnt hat und anhand der Fotos, wie die Häuser und deren Bewohner ausgesehen haben. Der letzte große Bereich der Heimatarbeit ist die Aufnahme aller Berichte in das jeweilige Heimatbuch, die über eine Gemeinde des Kreises Wehlau in einem unserer Heimatbriefe ab der Folge 1 im Jahre 1969 bis heute veröffentlicht wurden. Auch wenn diese große Aufgabe leider noch nicht abgeschlossen werden konnte, haben wir doch in den letzten Monaten einen großen Schritt nach vorne gemacht. Viele ältere Berichte sind schon eingearbeitet, und täglich kommen neue hinzu. Ein vorläufiges Ende ist abzusehen. Ein vorläufiges Ende, weil diese Heimatbücher nach hinten offen sind. Jede Ergänzung von Ihnen, jedes neue Foto oder jeder neue Bericht wird auch in Zukunft sofort eingearbeitet. Wenn Sie sich entschließen, ein Heimatbuch Ihres Heimatdorfes zu bestellen, sollten Sie prüfen, ob sich in Ihrem Besitz noch Fotos aus der Heimat befinden. Schicken Sie uns diese Fotos zusammen mit Ihrer Bestellung, wir werden die Fotos sofort archivieren und mit Ihren Texten versehen, in das Heimatbuch einsetzen, das Ihnen der Briefzusteller schon wenige Tage später überreicht. Selbstverständlich erhalten Sie auch Ihre Originalfotos umgehend zurück. Bisher sind für unsere 116 Heimatbücher 213 Ortspläne im Format DIN A 4 gezeichnet und in unserer Datenverarbeitung abgelegt worden. Fast 46 000 Namen ehemaliger Bewohner des Kreises Wehlau stehen in unserer Heimatkreisdatei, mehr als 16 000 Bilder umfaßt unser Bildarchiv und rund 1500 kürzere oder längere Berichte über unsere Heimatgemeinden von damals und heute sind erfaßt und verarbeitet. Bitte helfen Sie mit, diese Heimatbücher weiter zu vervollkommnen. Schließlich wollen wir unseren interessierten Landsleuten und unseren Nachkommen unsere Heimat so zeigen, wie sie einmal war und wie sie heute ist. Diese Heimatbücher sind außerdem das einzige Erbe, das wir als Erlebnisgeneration unseren Nachkommen hinterlassen können. Wir freuen uns nicht nur über Ihre alten oder neuen Fotos, wichtig für die Heimatbücher sind auch die persönlichen Daten Ihrer Familie. Wie hießen Oma und Opa, wann wurden sie geboren und wann sind sie verstorben. Wie hießen die Söhne und Töchter, und wie heißen die Töchter heute. Wo leben diese Kinder heute, und wer sind die Enkelkinder. Bitte geben Sie mir möglichst alle Familiendaten auf, damit ich auch diese in Ihre Ausfertigung Ihres Heimatbuches einarbeiten kann, damit das Heimatbuch ein Nachschlagewerk für Ihre ganze Familie wird. Es ist selbstverständlich, daß auch die Angeheirateten in diese Familienaufstellungen gehören. Bitte helfen Sie.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 9. Dezember, 20.40 Uhr, Arte: Napoleon und die Deutschen (1/4).
Sonntag, 10. Dezember, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Montag, 11. Dezember, 21 Uhr, ARD: Unter kaiserlicher Flagge – Hetzjagd vor Kap Horn.
Dienstag, 12. Dezember, 20.15 Uhr, ZDF: Die Kinder der Flucht – Breslau brennt!
Donnerstag, 14. Dezember, 20.15 Uhr, NDR: Weihnachten im Böhmerwald.

Jugendarbeit – Investition in die Zukunft

Zweitägige Landeskulturtagung der Landesgruppe Baden-Württemberg setzte neue Akzente

Von Rainer Claaßen

Die zweitägige Landeskulturtagung war hochkarätig besucht. Besonders erfreulich war, daß der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), Wilhelm v. Gottberg, sowie der Vorsitzende der Landesgruppe Bayern, Friedrich-Wilhelm Böld, und seine Ehefrau an der Tagung teilnahmen.

Fest- und Hauptredner der Landeskulturtagung war der Sprecher der LO, Wilhelm v. Gottberg, der von der „Landesfürstin“ Uta Lüttich herzlichst begrüßt wurde. In seinem Vortrag „Ostpreußen – Erbe und Auftrag“ berichtete er zum ersten Mal über persönliche Eindrücke und Erlebnisse während seiner ersten Reise Anfang der 90er Jahre ins Königsberger Gebiet nach Allenburg und Friedland, seiner Heimat. Den zweiten Teil seiner Ausführungen bildete eine „Reise im Geiste“ von Nord nach Süd durch das dreigeteilte Ostpreußen, wobei er auch auf die Geschichte der jeweiligen Region und ihrer Kreisstädte einging. Die Teilnehmer lauschten gespannt und aufmerksam seinen Ausführungen, fühlten sich doch alle angesprochen, da die meisten von ihnen ihre Heimatstädte und Dörfer ebenfalls besucht haben.

Der Vortrag löste eine rege Diskussion aus, in deren Verlauf der Sprecher ausführlich und umfassend auf Fragen, die Zukunft der Landsmannschaft und der „*Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt*“ betreffend, einging. Die Antworten v. Gottbergs trugen dazu bei, der Zukunft optimistisch entgegenzusehen. Auch wenn die Erlebnisgeneration abtritt, wird die Landsmannschaft – eventuell in einer anderen Form – weiter bestehen und das kulturelle Erbe Ostpreußens im Gedächtnis der Menschen aufrechterhalten.

Optimistischer in die Zukunft

Nach einer kurzen Pause berichtete der Regionalvertreter des BJO-Süd, Rainer Claaßen, über die Jugendarbeit des BJO (Bund Junges Ostpreußen) im allgemeinen, über die von ihm geknüpften Verbindungen zu Kollegen der Polnischen Staatsbahn in Ostpreußen sowie über ein Klassenfahrt-Projekt der Guttstadter Schulen, das im Juni in der Lüneburger Heide stattgefunden hatte. 50 Schüler, die in Guttstadt den Deutsch-Unterricht besuchen, und fünf Lehrkräfte waren angereist. Sie wurden von Claaßen betreut und unter anderem durch das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg geführt. Die Schüler hatten ein deutschsprachiges Programm einstudiert, das mit einem Lied begann und zwei Sketchen, ebenfalls in deutsch vorgetragen, endete. Eine Veranstaltung, der Völkerverständigung die man im Jahr 2007 wiederholen möchte.

Zum gemütlichen Ausklang des Samstagabends trug der Heimatabend bei, der von Ulla Gehm moderiert wurde. Mundartvorträge der Delegierten und Gäste, bei denen zum allgemeinen Erstaunen auch der BJO-Vertreter punkten konnte, sowie ein heiteres Ostpreußen-Quiz von Rosemarie S. Winkler, 2. Landesvorsitzende, mit anschließender Preisverteilung bildeten den Höhepunkt des Heimatabends. Zur Hebung der Stimmung wurde Pillkaller ausgeschenkt; die obligatorische Leberwurst mit einem Klaks’che Mostrich hatte Landeskulturreferentin Ursula Gehm besorgt.

Der zweite Tag der Landeskulturtagung wurde mit einem besinnlichen „Wort zum Sonntag“ von Irma Barraud, Vorsitzende der Gruppe Lahr, eingeleitet. Anschließend begann Georg Winkler mit seinem einstündigen Vortrag über den „Großen Kurfürsten und die Befreiung Ostpreußens“; er berichtete sehr ausführlich über die historischen Gegebenheiten, unter denen der Kurfürst die Regierungsgeschäfte übernahm, und über dessen Leistungen wie auch die seiner ersten und zweiten Ehefrau zum Wohle des preußischen Staates. Der Große Kurfürst war dreimal verheiratet. Ungewöhnlich für die Herrscher seiner Zeit war, daß er keine Mätressen hatte und seinen Frauen treu war. Der Kurfürst war äußerst fromm und führte den Buß- und Bettag ein. Ihm ist es zu verdanken, daß im Frieden von Oliva im Jahr 1660 mit der Anerkennung der Souveränität Preussens durch die Großmächte die Grundlage für die Schaffung des preußischen Gesamtstaates und seine Stellung als Großmacht gelegt wurde. Als Friedrich Wilhelm im Zweiten Raubkrieg Ludwigs XIV. zwischen Rhein und Mark weilte, fielen die Schweden in Preußen ein und gefährdeten Königsberg. Der Kurfürst rückte über Marienwerder vor und trieb sie über das Eis des Kurischen Haffes zurück. Die Niederlage bei Tilsit zwang die Schweden zum Abzug. Mit diesem Sieg wurde der Große Kurfürst der Befreier Ostpreußens von der Schwedenherrschaft. Unterstützt wurde der Vortrag mit an die Leinwand projizierten Folien.

Anschließend entführte die Landeskulturreferentin Ulla Gehm die Teilnehmer mit ihrem Diavortrag auf die Kurische Nehrung. Alle zeigten sich begeistert, nicht nur von den historischen Aufnahmen, sondern auch von denen, die sie selbst auf ihrer ersten 1988 noch illegal durchgeführten Reise gemacht hatte, als sie und ihre Mutter mit Kopftüchern und alten Jacken ausstaffiert als „alte Tanten“ des Taxifahrers angeblich das Grab seiner Mutter auf der Kurischen Nehrung besuchen wollten. Sie lagen stundenlang auf der Pirsch, um einen Elch zu fotografieren. Diese Dias, vor fast 20 Jahren aufgenommen, sind inzwischen auch beinahe historisch, denn die Kurische Nehrung mit den Touristenzentren Schwarzort, Nidden, und der Vogelwarte Rossitten hat sich stark verändert.

Ihre erste Heimatreise war illegal

Abschließend berichtete Friedrich-Wilhelm Böld, Landesvorsitzender Bayern, über die anstehenden Verbesserungen der „*Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt*“. Er richtete einen flammenden Appell an die Zuhörer, in diesem Jahr Kindern, Enkeln oder Freunden mit einem Jahresabonnement eine Weihnachtsfreude zu machen.

Man ging nicht ohne Bedauern auseinander, daß die nächste Tagung erst in einem Jahr stattfinden wird.



Hoher Besuch auf der Landeskulturtagung: Uta Lüttich konnte den Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, und deren Schatzmeister Friedrich-Wilhelm Böld begrüßen (von links). Foto: privat

Zahlen-Kreuzwort

Das Ausgangswort ist BOLERO. Wandeln Sie nun auch die restlichen Zahlen in Buchstaben um. Gleiche Zahlen bedeuten gleiche Buchstaben im Rätsel und im Zahlenschlüssel.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
B	O	L	E	R								

14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26

6	7	5	8	9	■	10	11	4	12	4	3	4	9	■	11	■	1	7	13	13	14
7	■	11	■	15	16	11	5	17	11	■	4	■	18	9	3	3	■	19	4	4	■
6	4	5	20	11	■	15	21	10	9	12	11	6	4	■	3	11	15	11	13	6	4
■	5	■	4	5	18	4	■	9	■	2	■	11	6	17	4	9	3	■	6	■	22
10	11	7	15	■	11	■	15	12	11	17	4	5	■	2	■	1 B	2 O	3 L	4 E	5 R	2 O
■	17	■	17	11	17	23	4	■	6	11	10	5	7	6	13	■	13	■	5	■	17
15	2	25	11	■	2	■	5	11	15	7	5	■	5	■	2	8	11	6	■	24	■
						12	7	5	11	■	4	9	6	15	17	■	6	11	8	7	5
						11	8	9	13	2	■	15	4	10	4	5	■	5	■	11	■
						15	■	23	4	1	5	11	■	11	■	9	8	1	9	15	15
						15	16	2	5	4	■	11	5	13	7	15	■	4	5	9	4
						4	■	6	■	6	9	12	4	■	3	12	26	■	5	■	18
						6	2	11	10	■	5	■	13	11	8	11	■	11	4	5	11
						■	1	■	11	13	11	18	9	5	■	6	4	6	6	4	6
						10	4	5	5	■	12	■	8	11	17	17	■	6	■	18	■
						4	5	9	12	11	■	23	4	1	7	■	8	4	17	4	5
						19	9	6	4	15	15	4	■	4	5	1	4	■	2	■	4
						4	6	13	■	17	■	10	11	5	8	■	17	10	5	2	6

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

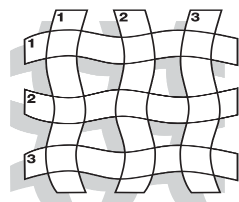
EGKL NOOR SS	ADIR	▼	ELNOP	AFST	▼	EILOR	AKUZ	ADDE	EELR
▶									
AAILT ▶						ADE ▶			
EIMN TU			DEEF RU ▶						
▶						ARZ ▶			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Pflanze mit würzig schmeckender Wurzel.

1	NACHT								MACHER
2	MESSER								ZAHN
3	HOLZ								GRUPPE
4	AUTO								GERAET
5	DIENST								VOLL
6	SAAR								KOPF
7	PREIS								GERICHT

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 höchster Berg des Harzes,
2 Bruchstück aus Glas,
3 Reklame, Propaganda

So ist’s richtig:

Zahlen-Kreuzwort:

N	U	R	M	I	■	H	A	E	K	E	L	E	I	■	A	■	B	U	G	G	Y
U	■	A	■	S	P	A	R	T	A	■	E	■	D	I	L	L	■	F	E	E	■
N	E	R	V	A	■	S	C	H	I	K	A	N	E	■	L	A	S	A	G	N	E
■	R	■	E	R	D	E	■	I	■	O	■	A	N	T	E	I	L	■	N	■	X
H	A	U	S	■	A	■	S	K	A	T	E	R	■	O	■	B	O	L	E	R	O
■	T	■	T	A	T	Z	E	■	N	A	H	R	U	N	G	■	G	■	R	■	T
S	O	J	A	■	O	■	R	A	S	U	R	■	R	■	O	M	A	N	■	Q	■
						K	U	R	A	■	E	I	N	S	T	■	N	A	M	U	R
						A	M	I	G	O	■	S	E	H	E	R	■	R	■	A	■
						S	■	Z	E	B	R	A	■	A	■	I	M	B	I	S	S
						S	P	O	R	E	■	A	R	G	U	S	■	E	R	I	E
						E	■	N	■	N	I	K	E	■	L	K	W	■	R	■	D
						N	O	A	H	■	R	■	G	A	M	A	■	A	E	R	A
						■	B	■	A	G	A	D	I	R	■	N	E	N	N	E	N
						H	E	R	R	■	K	■	M	A	T	T	■	N	■	D	■
						E	R	I	K	A	■	Z	E	B	U	■	M	E	T	E	R
						F	I	N	E	S	S	E	■	E	R	B	E	■	O	■	E
						E	N	G	■	T	■	H	A	R	M	■	T	H	R	O	N

Schüttelrätsel:

■	■	P	■	■	L	■	■	■	■
G	R	O	S	S	O	N	K	E	L
■	A	L	T	A	I	■	A	D	E
■	D	E	■	F	R	E	U	D	E
M	I	N	U	T	E	■	Z	A	R

Mittelworträtsel: 1. Quartier, 2. Schneide, 3. Splitter, 4. Batterie, 5. Geheimnis, 6. Bruecken, 7. Nachlass – Rettich

Magisch: 1. Brocken, 2. Scherbe, 3. Werbung

»Ich krolle nicht ...«

Vor 125 Jahren beschloß der Reichstag den Standort seines Neubaus

Von Manuel Ruoff

Über lange Jahre war die Volksvertretung des Norddeutschen Bundes und später auch des Deutschen Reiches nur provisorisch untergebracht. Wenige Monate nach der Reichsgründung und der daraus folgenden Vergrößerung des Reichstages um die süddeutschen Abgeordneten, am 19. April 1871, beschloß das Parlament die Bildung einer Baukommission, zu deren Aufgaben unter anderem auch die Suche nach einem geeigneten Standort für das neu zu errichtende Reichstagsgebäude gehörte. Diese Reichstagsbaukommission setzte sich schließlich aus drei Vertretern der Länderkammer, des Bundesrates, sieben Reichstagsabgeordneten, zwei von der preußischen Regierung berufenen hohen Baubeamten und dem Polizeipräsidenten Lothar von Wurmb vom Berliner Magistrat zusammen.

Auf der Sitzung dieser Kommission vom 14. Juni 1871 wurde nach zwei Plätzen an der Königgrätzer Straße, dem Platz des preußischen Innenministeriums, einem Terrain zwischen dem Brandenburger Tor und dem späteren Reichstagsgebäude, einem Grundstückskomplex zwischen der Spree, der Herkulesbrücke und dem Schloß Monbijou, dem Gelände, auf dem der Marstall stand und dem Platz der Artilleriekaserne am Kupfergraben schließlich auch die Ostseite des damals noch Königsplatz heißenden heutigen Platzes der Republik als Standort für den Neubau vorgeschlagen. Drei Tage später entschied sich die Kommission ohne

Die Abgeordneten taten sich schwer mit der Entscheidung

vorherige Diskussion für diesen letztgenannten, achten Vorschlag.

Ungünstigerweise stand auf diesem Grundstück bereits ein Gebäude, das Palais Raczynski. Unglücklich war es auch, daß der Besitzer dieses Palais von der Entscheidung der Kommission nicht etwa von selbiger, sondern aus der Presse erfuhr, was ihn zusätzlich erzürnte. Der aus Polen stammende preußische Diplomat, Kunstsammler und Kunsthistoriker Athanasius Graf Raczynski war nicht gewillt, sein Lebenswerk einem Neubau zu opfern, und er hatte im Kampf mit der Reichstagsbaukommission keine schlechten Karten.

Nachdem auf der Westseite des Königsplatzes bereits das Etablissements Kroll stand – in dem Jahrzehnte später während der NS-Zeit nach dem Reichstagsbrand der Reichstag untergebracht werden sollte –, war aus städtebaulichen Gründen schon lange, bevor es den Reichstag gab, eine repräsentative Bebauung der Ostseite als Kontrapunkt erwünscht gewesen. Aus diesem Grunde war dem verdienten Preußen für seine Kunstsammlung per königlicher Kabinettsorder vom 30. März 1842 dieses Grundstück in Aussicht gestellt worden. Gemäß einem Vertrag vom 19. Mai 1847 durften Raczynski und seine späteren Erben es so lange nutzen, bis sie mehr als ein Drittel der Kunstwerke veräußerten oder aus der Galerie entfernten. Solange sie letzteres nicht taten, durfte der Staat die hier zwischen 1844 und 1847 entstehende Villa weder räumen lassen noch gar abbrechen. Die Voraussetzungen für ein derartiges Eingreifen des Staates erfüllte Raczynski jedoch nicht einmal in Ansätzen.

Nachdem trotz entsprechenden Druckes seitens des Reichstages ein Abbruch des Palais Raczynski mehr als schwierig schien, brachte die Reichsregierung auf Betreiben des Kaisers mit Vehemenz einen alternativen Standort ins Spiel, den auf der anderen Seite des Königsplatzes gelegenen Standort des Etablissements Kroll. Dieser Vorschlag wurde jedoch vom Reichstag in namentlicher Abstimmung am 19. Mai 1873 mit 152 gegen 87 Stimmen abgelehnt.

Die Standortfrage wurde wieder an die Reichstagsbaukommission verwiesen. 56 mögliche Bauplätze nahm sie ins Visier, um schließlich „die Erklärung auszusprechen, daß sie nach eingehender Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse und in Rücksicht auf die großen Bedenken, welche sich der Erwerbung eines anderen geeigneten Bauplatzes für das Parlamentsgebäude entgegenstellen, in erster Linie das früher bereits vorgeschlagene Kroll'sche Etablissement auch jetzt noch für den vorliegenden Zweck als am geeignetsten ansieht“.

Am 25. Februar 1874 wurde diese Empfehlung der Reichstagsbaukommission im Reichstagsplenum debattiert. Seitens der Gegner wurde wie folgt argumentiert: „Jeder von Ihnen ist wohl schon an häßlichen kalten Winterabenden nach Kroll gegangen und zurück. Wenn man das einmal tut, dann kann's gehen und die Unannehmlichkeit ist zu tragen; aber jeden Abend hingehen während der Session und im Winter und vielleicht während 24 Stunden zwei-, dreimal und um Mitternacht zurück, im Schnee und Eis, das ist etwas ganz anderes.“ Die Argumentation schien zu fruchten – jedenfalls sprach sich im Reichstagsplenum abermals mit 130 gegen 120 Stimmen eine Mehrheit gegen Kroll aus.

Wenn es auch seitens des Reichstages hieß: „Ich krolle nicht, und wenn das Herz auch bricht“, hielt Wilhelm I. doch unbeirrt an seinem Vorschlag fest. In einem Schreiben an seinen Ministerpräsidenten vom 23. November 1875 argumentierte der König: „Es ist so viel über den ... Bauplatz gesprochen, discutirt, geplant etc. worden, daß meiner Ansicht nach nur der Kroll'sche Platz zu wählen übrig bleibt, dem doch eigentlich nur der gefürchtete Schnupfen einiger fränkischer Deputirter entgegensteht, den man sich auf dem Wege vom Brandenburger Thor zum Parlamentsgebäude zuziehen könne, aber nicht muß, und dem man durch eine Droschke oder einen guten Paletot sehr gut begegnen kann, ganz abgesehen davon, daß jene Fürsorge für später zu Verschnupfende doch sehr weit ginge, wenn man auf diese Fürsorge eingehen wollte.“ Wilhelm ersuchte Otto Fürst von Bismarck „daher nun allen Ernstes, die Angelegenheit schnell in die Hand zu nehmen, was auch noch einen anderen Grund für sich hat, daß nämlich eine Menge unbeschäftigter Arbeiter Berlins und auch auswärts den schweren Winter leichter hinnehmen würde, wenn sie zum Frühjahr einer großen dauernden Beschäftigung entgegensehen würden“.

Der weise Bismarck war von Wilhelms Argumentation nicht überzeugt, aber ihm war die Frage zu unwichtig, als daß er es deswegen zu einer Kraftprobe mit seinem Herren hätte kommen lassen. Er zählte gegenüber dem König korrekterweise seine Bedenken gegen das doch recht weit im Westen liegende Kroll auf wie fehlendes Quartier für die Abgeordneten und zu große Entfernung zum Regierungsviertel, doch tat er wie ihm geheißen und agierte in Wilhelms Sinne.

Im Januar 1876 passierte eine entsprechende Vorlage Preußens den preußisch dominierten Bundesrat. So war der Reichstag am 5. Februar 1876 abermals mit dem Vorschlag Kroll konfrontiert, diesmal in der Form eines Antrages des Bundesstaates Preußen. Und wieder wurde seitens der Gegner mit der Bequemlichkeit argumentiert. Nach sechsstündiger Debatte vertagte man sich, um dann am 7. Februar die Entscheidung zu fällen. Abermals verfehlte der Kroll-Vorschlag die Mehrheit.

Mit etwas Verzögerung brachte der Tod von Athanasius Graf Raczynski Bewegung in die Standortdiskussion. Im Gegensatz zu ihm hing sein Sohn und Erbe Carl Eduard Nalecz von Raczynski nämlich nicht an der Villa und war zu deren Aufgabe bereit. Nachdem der Sohn erst drei Millionen Mark gefordert hatte, einigten er und die Reichsregierung sich schließlich auf 1,1 Millionen Mark. Um genau dieses zu verhindern, hatte der Vater testamentarisch verfügt, daß sein Palais unverkäuflich sei, doch Sohn und Reich waren schlauer. Die Einigung sah nämlich vor, daß das Reich das Gebäude nicht kaufte, sondern es gegen Entschädigung enteignete. Diese Enteignung wäre zwar rechtlich anfechtbar, aber da sie aufgrund der Entschädigung im Sinne des Sohnes war, hätte es keinen Kläger gegeben und damit keinen Richter, der sie hätte rückgängig machen können. Der Sohn hätte das Geld, der Staat das Grundstück, und der Vater wäre der ausgetrickste Dritte. Ein entsprechender Vertragsentwurf mit Datum vom 15. März 1879 wurde zeitnah in der Presse veröffentlicht. Nun bedurfte es nur noch der Zustimmung des Reichstages. Doch der zierte sich unerwartet.

Innerhalb und auch außerhalb des Parlaments wurde jetzt als Gegenvorschlag der an der Nordseite des Königsplatzes gelegene Alsenplatz präsentiert. Am 3. Mai 1879 faßte Stadtbaurat Hermann Blankenstein die angeblichen Nachteile der Ost- gegenüber der Nordseite des Königsplatzes in einem Brief an das „Wochenblatt für Architekten und Ingenieure“ zusammen: „Die Raczynskische Gebäudegruppe, eine Lieblingsschöpfung des kunstsinnigen Königs Friedrich Wilhelm IV. und eins der frühsten Meisterwerke unsres Stracks, nimmt ... einen hervorragenden Rang in der Architektur Berlins ein und gereicht seinem Platz zur hohen Zierde. Eine solche Gruppe sollte man ohne die zwingendsten Gründe nicht zerstören, und solche liegen um so weniger vor, als der dadurch zu gewinnende Platz für den beabsichtigten Zweck sehr schlecht gelegen ist. – Man würde nämlich nicht umhin können, die Hauptfront des Gebäudes am Königsplatz zu errichten, während Berlin und die Wohnungen der Reichstagsmitglieder auf der entgegengesetzten Seite liegen. Da man aber Niemandem zumuthen kann, der blossen Monumentalität wegen um das Gebäude herumzugehen, so wird irgend ein untergeordneter Eingang der wirklich benutzte werden und Berlin wird wieder um ein Gebäude bereichert mit einem grossartig angelegten Treppen- und Portalbau, welchen Niemand betritt.“ Zudem zog Blankenstein es in Zweifel, daß es mit den 1,1 Millionen Mark getan sei, da das Grundstück nicht ausreichen würde. Mit der deshalb nötigen Arrondierung des Bauplatzes käme man vielmehr auf zehn bis zwölf Millionen Mark. Am 26. Juni und 10. Juli 1879 kam es schließlich im Reichstag zur großen Debatte um die Standortfrage, und das Unerwartete geschah: Das Parlament lehnte den Vertragsentwurf zwischen dem Reich und Raczynski ab und forderte die Regierung auf, die Möglichkeiten eines Neubaus an der Nordseite des Königsplatzes zu sondieren.

Langsam wurde es Bismarck leid, und er gab den Abgeordneten einen Schuß vor den Bug. Der Reichskanzler dachte in der Reichstagssitzung vom 15. März 1881 laut über die Verlegung von Regierung und Parlament in eine andere Stadt nach. Für die Begriffsstutzigen legte er am 29. April noch einmal nach: „Die politischen Nachtheile, die mit dem Tagen des Reichstags in Berlin verknüpft sind, auseinanderzusetzen, dazu würde ich von der Sache noch weiter abweichen müssen wie die Vorredner. Sie bestehen, kann ich hier nur sagen, nicht bloß in der äußerlichen Gefährdung der höchsten Behörden und des Reichstags, sondern noch mehr in dem Einfluß, welchen das Tagen an einem Ort von mehr als einer Million Bevölkerung schließlich durch die Bequemlichkeit, hier zu wohnen, auf die Wahlen, also auf die Zusammensetzung des Reichstags übt, welche aufhört, die Zusammensetzung des Volkes richtig wiederzugeben, – ich berührte dies nur obiter – wir haben jetzt zu viel Berliner im Reichstage, und es ist ja auch natürlich, denn sie brauchen keine Reise zu machen und brauchen sich ihrer sonstigen Beschäftigung nicht zu entziehen ...“

Und die Kritisierten hatten verstanden – und versuchten Berlin als Parlamentssitz buchstäblich zu zementieren. Noch im selben Jahr, am 13. Dezember 1881 gegen 15.45 Uhr, stimmte der Reichstag ohne namentliche Abstimmung mit einfacher Mehrheit für den Abschluß des Vertrages zwischen Reich und Raczynski. Die Entscheidung über den Standort des neuen Reichstagsgebäudes war gefallen.

Palais Raczynski: Seine Existenz erschwerte die Suche nach einem Standort für das neue Reichstagsgebäude sehr. Foto: Archiv

60 Jahre Nachkriegs-ADAC

Wie so viele deutsche Vereine wurde auch der „Allgemeine Deutsche Automobil-Club“ (ADAC) nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten gleichgeschaltet. Am 27. September 1933 wurde „Der Deutsche Automobil-Club“ (DDAC) aus der Taufe gehoben. Wie der Name schon deutlich macht, handelte es sich dabei nicht um einen deutschen Automobilclub neben anderen. Neben dieser Einheitsorganisation der Automobilisten gab es nur noch das explizit nationalsozialistische und paramilitärische Nationalsozialistische Kraftfahrkorps (NSKK). Mit dem Untergang des Dritten Reiches kam auch das Ende von DDAC und NSKK.

In München, wo vor der Überführung des ADAC in den DDAC, die Zentrale des Automobilclubs gesessen hatte, wurde seitens des vormaligen Generalsekretärs bereits 1945 der Versuch unternommen, den ADAC wieder aufzubauen. Diesem Versuch einer Neugründung war jedoch nur ein kurzer Erfolg beschieden, denn innerhalb der zuständigen US-amerikanischen Besatzungsbehörde kam es zu einem Personalwechsel, und der Neue entzog die von seinem Vorgänger erteilte Erlaubnis. Überregionale und zumal nationale Organisationen waren den Westalliierten ein Greuel, und insofern hatte der „Allgemeine Deutsche AC“ schlechte Karten. Da bevorzugten sie – wie im Parteienleben – lieber regionale Organisationen ohne überregionalen oder gar nationalen Anspruch.

Schließlich gelang es jedoch dem Stadtrat Ludwig Sporer in Zusammenarbeit mit dem vormaligen ADAC-Generalsekretär die bayerische Landesregierung für

Alle was deutsch und allgemein war, galt als verdächtig

die Idee zu gewinnen, so daß am 5. Dezember 1946 die Neugründung unter dem alten Namen ADAC gelang – allerdings vorerst nur für Bayern. Sporer wurde zum ersten Präsidenten gewählt, und in Münchens Trogerstraße wurde die erste Nachkriegsgeschäftsstelle eröffnet.

Doch auch in Deutschlands Norden blieb man nicht untätig. Hier bildete sich eine Gruppe „ADAC Nordwest“, die ohne Genehmigung der Besatzungsbehörden mit der Zentrale in München in Verbindung trat. Ähnlich wie in der US-amerikanischen wechselten auch in der britischen Zone Zulassungen und Verbote, bis am 3. Dezember 1947 auch die Briten dem ADAC die Zulassung erteilten.

Von den Westmächten am schwersten taten sich die Franzosen mit deutschlandweiten Organisationen, da ihre Politik traditionell auf Deutschlands Zersplitterung zielte und sie hofften, wenigstens einen Teil ihrer Besatzungszone Deutschland entfremden und annektieren zu können. Hier half die in Paris sitzende „Fédération Internationale de l'Automobile“, so daß im Sommer des Jahres 1948 der ADAC als erster großer Verband der Kraftfahrt in allen drei Zonen des Westens zugelassen war.

Der Sprung über die Elbe gelingt dann erst ein halbes Jahrhundert später. Bereits wenige Wochen nach dem Fall der Mauer wird in Mitteldeutschland mit Unterstützung des ADAC ein „ADAC in der DDR“ gegründet. Wie bei den beiden deutschen Staaten erfolgt auch bei den beiden ADAC-Organisationen am 3. Oktober 1990 die Vereinigung.

M. R.

MELDUNGEN

Staatsoper bald im Zirkuszelt

Berlin – Das Ensemble der Berliner Staatsoper Unter den Linden wird möglicherweise während der Sanierung ihrer Spielstätte in ein Theaterzelt ausweichen. „Da werden jetzt ernsthaft Möglichkeiten geprüft", sagte der Berliner Kulturstaatssekretär Andre Schmitz der Tageszeitung „B.Z.". In Düsseldorf und Venedig zum Beispiel seien Zelte als Ausweichquartiere aufgebaut worden. „Hochprofessionelle Theaterzelte, in denen auch ein Opernbetrieb arbeiten kann", fügte Schmitz hinzu. Der Zustand des Hauses sei kritisch, daher müsse das Finanzierungsproblem bald gelöst werden. Sicher sei, daß die Sanierung rund 130 Millionen kosten werde, sagte der Kulturstaatssekretär. Der Bund wird die Sanierung der Staatsoper Unter den Linden mit insgesamt 50 Millionen Euro unterstützen. Derzeit gibt es noch eine Finanzierungslücke von 50 Millionen Euro, die Berlin schließen müßte. *ddp*

Der Altar des Amun-Tempels

Berlin – Berliner Archäologen des Ägyptischen Museums haben in der Wüste Sudans einen der am besten erhaltenen Tempel des antiken sudanesischen Königreichs von Meroe ausgegraben, restauriert und nun an die sudanesischen Kulturbehörden übergeben. Das Ägyptische Museum im Alten Museum stellt im Januar den 1,6 Tonnen schweren Altar dieses Amun-Tempels aus. *ddp*

Wer schützt Mozart?

Die Freiheit der Kunst darf nicht zu einem chaotischen Zerstören beitragen

Von SIEGFRIED MATTHUS

In der Pause der Premiere „Simone Boccanegra" von Giuseppe Verdi in der Deutschen Oper traf ich einen hochrangigen Politiker, der über die szenische Interpretation traurig den Kopf schüttelte und sich und mir resigniert die Frage stellte: „Was kann die Politik dagegen tun?"

Die Strukturfragen um den Erhalt der drei Berliner Opernhäuser werden heiß diskutiert, und wenn – wie wir es uns alle wünschen – die weitere Existenz gesichert würde, muß parallel dazu dringend eine inhaltliche Neukonzeption gefordert werden. Die Häuser müssen von operninteressierten und wirtschaftlich kundigen Persönlichkeiten geleitet werden, welche die Profilierung der einzelnen Häuser, die Abstimmung untereinander, die Weiterentwicklung des Genres Oper und die sinnlich-musikalisch-dramatischen Erlebnisse eines großen Opernabends immer im Auge haben und nicht nur unablässig darüber nachdenken, wie die nächste Inszenierung ein bewährtes Opernwerk aus dem Rahmen seiner Zeit reißt, den engen künstlerischen Zusammenhang zwischen Libretto und Partitur zerstört und das künstlerisch geschlossene Werk benutzt, um eine neue Sicht auf die zu einer bedeutungslosen Begleitmusik degradierten Opernpartitur zu demonstrieren – zum Ergötzen einiger Alte-Oper-Hasser und zum Verschrecken der noch übriggebliebenen gutwilligen Opernliebhaber. Hier ist die Politik gefordert. Die Intendanten müssen gegenüber der bisherigen hohen deutschen Opernkultur und dem immer noch bereitwilligen Opernpublikum von den Politikern, die sie eingesetzt haben, eine Verantwortung übertragen bekommen, die nichts mit einem Reinreden in ihre künstlerischen Belange zu tun hat. Das feierliche Berufen auf die Freiheit der Kunst darf nicht zu einem chaotischen Zerstören der international geachteten und geschätzten deutschen Opernkultur beitragen. Die Opernhäuser sollen keine Museen werden, jedoch die künstlerische Geschlossenheit einer Oper in einer heutigen Ästhetik auf die Bühne zu bringen ist natürlich viel schwerer und benötigt eine viel größere kreative Phantasie, als triviales Figuren-Potpourri mit allem modischen Schnick-Schnack zu inszenieren oder eine intime und komplizierte Figurenkonstellation auf einem Flugplatz, in einer Garage oder auf einem Bahnhof spielen zu lassen. Jeder künstlerisch Verantwortliche weiß um diese Dinge, jedoch gibt es außer einem Buhkonzert keine Konsequenzen.



Aktuelle Inszenierung der »Zauberflöte« in Berlin: Pamina und Papageno Foto: Komische Oper Berlin

Ein ganz besonderer Opern-Höhepunkt im Namen der zu verteidigenden Freiheit der Kunst steht uns noch bevor: Die Wiederaufnahme der „Idomeneo"-Inszenierung mit den abgeschlagenen Köpfen der Religionsstifter an der Deutschen Oper Berlin. An dieser Stelle muß man mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, daß diese viel diskutierte Szene in Mozarts Oper überhaupt nicht vorkommt. Mozarts Oper endet im humanen Gestus seiner Zeit mit einer großen Versöhnungsfeier. Die abgeschlagenen Köpfe sind eine Regie-Zutat, die mit dem Stück nicht nur nichts zu tun hat, sondern die originale Aussage der Oper entstellt und verfälscht. Was vor einigen Jahren bei der Premiere noch mit Protest hingenommen wurde, hat in unseren Tagen, wo sich Konflikte mit den Religionen dramatisch zugespitzt haben, eine neue Dimension bekommen. Nun hätte die Leitung des Hauses aus künstlerischer und politischer Verantwortung den Regisseur um eine Überarbeitung bitten sollen – was in allen großen Opernhäusern der Welt nach einer langen Pause mit den Inszenierungen immer gemacht wird. Wenn dieser es ablehnt, dann kann die Inszenierung einfach nicht mehr gezeigt werden. Was aber jetzt geschehen ist und noch geschehen wird, artet zu einem großen Medienspektakel aus. Die Freiheit der Kunst wird mit allen zur Verfügung stehenden Machtmitteln hehr und edelmütig verteidigt. Hoch gestellte Persönlichkeiten haben sich demonstrativ zu der Vorstellung angesagt. Das Haus und die Aufführung werden mit einem großen Polizeiaufgebot gesichert und geschützt. Die Aufführung selbst wird vom Fernsehen übertragen und sicher werden auch Demonstrationen gegen diese Aufführung stattfinden. Und das alles wegen einer Opernfälschung.

In diesem chaotischen Rummel der Verteidiger und Beschützer taucht die bescheidene Frage auf: Wer schützt Mozart?

Der 1934 im ostpreußischen Mallenuppen, Kreis Darkehmen, geborene Siegfried Matthus ist bereits mehrfach für seine Leistungen als Komponist ausgezeichnet worden. Als Leiter der Kammeroper Schloß Rheinsberg fördert er vor allem den musikalischen Nachwuchs.

Kasachstan: Viel besser als sein Ruf

Während das Land im Spielfilm »Borat« als hinterwäldlerisch präsentiert wird, loben deutsche Investoren die dortigen Möglichkeiten

Von ANSGAR LANGE

Kasachstan ist in den vergangenen Wochen zu einer weltweiten Popularität gekommen. Zu verdanken hat das Land die unerwartete Aufmerksamkeit dem britischen Komödianten Sacha Baron Cohen, der im Kino zur Zeit als kasachischer Reporter Borat für Schlagzeilen sorgt und seine vorgebliche Heimat in einem schlechten Licht präsentiert. Borat trinkt zum Beispiel Wasser aus dem Pissoir und behandelt Frauen grundsätzlich wie Menschen zweiter Klasse. Die Realität in dem dünn besiedelten Staat in Zentralasien sieht allerdings ganz anders aus: „Kasachstan ist im Gegensatz zu vielen anderen Nachbarstaaten seit 14 Jahren wirtschaftlich ein sehr stabiles Land. Borat ist zur Zeit zwar in aller Munde – nur man muß ganz klar sagen, hier handelt es sich nicht um ein hinterwäldlerisches mongolisches Reitervolk. In der Hauptstadt Astana oder in der ehemaligen Hauptstadt Almaty kann man spüren, wie es wirtschaftlich bergauf geht und massiv westliches Know how eingekauft wird", so Tobias Janßen, Vorstandschef der Beratungs- und Beteiligungsgesellschaft „Goldfish Holdings Inc." in Neuss.

Kasachstan sei eines der bodenschatzreichsten Länder der Welt. „Sie finden da alles. Von Gold, Silber oder Kupfer. Und es wird dort zum Teil noch im Tagebau abgebaut", weiß Janßen. Besonders aufgeschlossen zeige man sich beim Thema regenerative Energien. Beim Rapsanbau werde in Kasachstan mit modernster westlicher Technik gearbeitet. „Deutsche Agrarexperten haben Bodengutachten erstellt und kommen zu hervorragenden Werten. Die Erde ist schwarz und nicht wie in Deutschland braun oder hellbraun. Es muß nicht gedüngt und es müssen keine Pestizide gespritzt werden, wie es bei uns üblich ist. Die Landwirtschaft in Kasachstan ist biologisch und nachhaltig. Deshalb haben wir die KazGer Pflanzenöl GmbH gegründet, sind eine Kooperation mit einem der größten Weizenbauern des Landes eingegangen, haben eine ehemalige Kolchose übernommen, vier Rapsmühlen in Betrieb genommen und bauen im nächsten Jahr auf 15 000 Hektar Raps an. Das wird dann sukzessive auf 60 000 Hektar ausgeweitet", so Janßen.

Auf einem Testfeld mit 2000 Hektar habe man im August das erste Mal Raps abgeerntet und in den eigenen Ölmühlen gepreßt. Zudem kooperiere Goldfish mit kasachischen Landwirtschaftsbetrieben und laste schon jetzt die vier Ölmühlen aus. „Wir liefern jeden Monat 110 Tonnen Rapsöl in unser Logistikzentrum in Fulda und werden das ab 2007 dann im größeren Maßstab aufziehen", sagt Janßen. Die Vermarktungschancen für kasachisches Rapsöl wertet er als sehr positiv, besonders für den deutschen Markt. „In Deutschland gibt es nur eine begrenzte Anbaufläche für Raps. In diesem Jahr wurde die Pflanze auf insgesamt 1,4 Millionen Hektar angebaut. Das entspricht in etwa einer Fläche der Größe Schleswig-Holsteins. Das ist viel zu wenig, um die vorhandenen Biodieselanlagen auszulasten. Raps muß in großen Mengen importiert werden. Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2005/6 stiegen die Rapseinfuhren nach Angaben der Zentralen Markt- und Preisberichtsstelle für Erzeugnisse der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft (ZMP) um das Dreieinhalbfache auf 880 000 Tonnen", führt Janßen aus.

Vor allem die gesetzliche Beimischungspflicht, die Anfang 2007 in Kraft tritt, werde sich als Konjunkturmotor für Biodiesel auswirken und die Absatzchancen für Raps weiter noch oben kurbeln: „Rapsöl spielt dabei eine wichtige Rolle, besonders im Schwerlastverkehr. Hier wird das Rapsöl dem fossilen Diesel mit einem Anteil von maximal 30 Prozent beigemischt. Unter Wirtschaftlichkeitsaspekten ist die Beimischung ein entscheidender Hebel für den Absatz des Ökotreibstoffes, weil man die bestehende Infrastruktur des Tankstellennetzes mitnutzen kann", betont Janßen.

Beim Bau der Biodiesel-Anlagen handele es sich um eine unverzichtbare Zukunftsinvestition. Entscheidend sei die Marktentwicklung in den nächsten 20 Jahren. „Man braucht heute doch nur noch sehr wenig Phantasie, um sich einen Ölpreis von 100 Dollar vorzustellen", resümiert der „Goldfish"-Vorstandschef.

Die Stimme als einziges Instrument

In München im „Spectaculum Mundi“ in der Graubündener Straße 100 neigt sich Deutschlands größtes A-Cappella-Festival „Vokal total“, das in diesem Jahr zum zehnten Mal stattfindet, allmählich dem Ende zu. Häufig waren die Räumlichkeiten, die zwischen 180 und 260 Personen Platz bieten, ausverkauft, bei einigen Veranstaltungen wich man aufgrund der Nachfrage auch in größere Räumlichkeiten aus. Bei dem sich über einen Monat hinziehenden Festival spielten gut 30, fast ausschließlich junge Bands, die aus ganz Deutschland, aber auch aus Ungarn, Österreich, den Niederlanden, der Schweiz, den USA und Kanada stammen.

Am Sonntag, 10. Dezember, 20.30 Uhr, (16 Euro) hat die Gruppe „Cadence“ aus Kanada

Das zehnte A-Cappella-Festival in München

Münchenpremiere. Vier Männer, vier Mikrofone und keine Instrumente, so lautet auch hier die A-Cappella-Devise. Von Doo-Wop über Jazz und Pop bis hin zu Klassik reicht die künstlerische Bandbreite der Nordamerikaner. Und auch hier ist Comedy wie bei fast allen beim „Vokal total“ teilnehmenden Bands bei der Präsentation der Musikstücke ein wesentliches Element.

Am Freitag, 15. Dezember, 20.30 Uhr, (16 Euro) sind die Hamburger „The Buddhas“ in der bayrischen Hauptstadt zu sehen. Als die Hamburger Band vor über zehn Jahren ihre Interpretation des angestaubten Genres auf der Bühne präsentierte, hielt man Beatboxing noch für eine brutale Kampfsportart. Seitdem ist schräges Mund-Werk ihr Markenzeichen. Ob Eigen- oder Fremdkomposition ist dabei völlig egal. Was zählt, ist der Gesang – von gleich fünf exquisiten Stimmen.

Beim Münchner A-Cappella Finale am Sonnabend, 16. Dezember, 20.30 Uhr, sind sogar zwei Bands vertreten. Die „Bar 19“ folgt ohne Comedy dem „Great American Songbook“ und beschwört den Charme des Jazz der 30er bis 50er Jahre. „aMuSing“ hingegen bietet eine kunterbunte Mischung aus Pop und Jazz, gewürzt mit pfiffigen Texten zu Liebe und Schmerz, zu Männern und Schweinen. Der Eintritt ist hier frei. Telefon (089) 745 765 82, www.spectaculum-mundi.de

Zwischen Kunst und Kommerz

Gaukler und Akrobaten im Trend – »Varieté-Theater« erleben derzeit eine Renaissance

Von Rebecca Bellano

Seit zwei, drei Jahren ist in der Unterhaltungsbranche ein Phänomen zu entdecken, daß man eigentlich schon als Vergangenheit abgetan hatte: Gaukler und Varietékünstler erobern wieder die Herzen der Zuschauer.

Zwar gab es in den größten deutschen Städten jeweils ein Haus, daß für sein Varieté-Programm bekannt war, doch bediente es stets nur ein Nischenpublikum. Das Hamburger Hansa-Theater mußte 2001 sogar nach 107jährigem Bestehen wegen Besuchermangels die Pforten schließen. Multiplex-Kinos und Musical-Theater hatten in den 90ern den Trend bestimmt, doch nun sind plötzlich in großen wie in mittleren Städten vermehrt Zelte zu sehen, die mit ihrem Varieté-Programm versuchen, Publikum anzuziehen. In den mittelgroßen Städten Hannover, Essen, Bad Oeynhausen und Münster hat die „GOP Entertainment Group“ sogar vier feststehende Varieté-Häuser mit angegliederter Gastronomie, in Bad Oeynhausen zusätzlich den Tanz-Clubs „Adiamo“ gewagt.

Nicht nur Star-Küche nehmen sich der Schlangenfrauen an

Doch nicht jede Varieté-Show kann die verwöhnten Zuschauer anlocken. Denn während der klassische Zirkus aufgrund der Tatsache, daß Kinder noch nicht so verwöhnt sind, meist die Familien anzieht, ist das Varieté vor allem auf die erwachsenen Kunden angewiesen, die inzwischen alles schon irgendwo mal gesehen haben. Außerdem haben Erwachsene zahlreiche Ausweichmöglichkeiten. Also nur wenn die Mischung aus Varieté, Komik, Musik, Lichteffekten, Kostümen und Kulisse stimmt, ist das Zelt voll, das Überleben der Truppe gesichert.

Besonders im Trend lagen in den letzten Jahren die Shows, in denen Star-Kochs ein besonderes Menü kredenzten, während nebenbei Gaukler und Akrobaten die Gäste verzauberten. Am präsentesten waren Harald Wohlfahrt und Eckart Witzigmann mit ihren Restaurant-Theatern, doch mit gut 100 Euro, teilweise sogar mehr, für eine Karte ist dies ein sehr teurer Spaß, der nur vom besser verdienenden Teil der Bevölkerung finanzierbar ist.

Doch Varieté-Unterhaltung geht auch ohne Star-Koch und somit auch günstiger.

In Berlin und Mannheim verzaubert gerade das Traumtheater Salome (www.traumtheater-salome) seine Besucher.

Ein kleines, außen weißes Zelt steht derzeit nahe dem Potsdamer Platz in Berlin. Zwischen Sony-Center, Philharmonie und Neuer Nationalgalerie bietet es allein optisch eine Abwechslung. Schon am Eingang empfangen Gaukler in bunten Kostümen das fast ausschließlich im mittleren Alter befindliche Publikum. Die wackligen Stühle und Tische in dem bunt bemalten Innenzelt sind schnell gefüllt, und so kann der Zauber losgehen.

„Bäume reden selten über Wälder und Feuer weiß nichts von den Flammen und die Phantasie weiß nur über das Unmögliche – Wir sind die mit den Wolken ziehen und nur dort kann man uns finden – wir schenken Euch unser Lachen – und vergeßt nicht, daß jeder Stern am Himmel das fröhliche Lachen des Kindes in Euch selber ist – wir sehen uns in unseren Träumen – seid glücklich und bewahrt den Frieden“, mirakelt der Geschichtenzähler, der durch das Varieté-Programm führt. Bunt ist es allemal, die Musik passend ausgewählt.

Varieté gemeinhin als niedere Kunst

Natürlich hat auch Salome nur „das Übliche“ zu bieten: Schlangenfrau, Liliputaner, Zauberer, Jongleur, Exotik, Ballett, Tanz und Akrobatik, doch die Art und Weise der Inszenierung garantiert zweieinhalb unterhaltsame Stunden.

Salome-Gründer Harry Owens engagiert sich auch bei der Nachwuchsförderung, der er auf seiner Bühne auch Erprobungsmöglichkeiten bietet. „Die schönen Künste von Varieté, Revue, Show und Circus sind im besonderen in naher Vergangenheit aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt worden und im allgemeinen Kulturverständnis als ‚niedere Künste‘ bezeichnet“, klagt der Varieté-Künstler. Der wunderbare Tanz und die vielfältig begabten Artisten erlebten zwar momentan wieder eine neue Blüte, aber sie seien nicht gefestigt und brauchten zur Erhaltung ihrer Zukunft, dauerhafte Entfaltungsmöglichkeiten sowie das wichtigste, eine verläßliche Basis für die Entwicklung ihrer Kreativität. Hier träumt der Salome-Chef von einer „Akademie der schönen Künste“, in der der Nachwuchs für Theater wie das seine geschult wird.

Kritik an den Restaurant-Theatern, die für ihn natürlich eine Konkurrenz darstellen, erlaubt er sich ebenfalls. So nutzten Branchenfremde lediglich kurzfristig die Varieté-Künstler als Möglichkeit für Umsatz und billige Unterhaltung. Etablissements ohne Seele und ohne Verständnis für diese außergewöhnlich kreative Welt“, nennt er jene Einrichtung, die sich dem Trend derzeit schnell anschließt. Doch Konkurrenz belebt das Geschäft, und so muß das „Traumtheater Salome“ beweisen, daß es mehr zu bieten hat als eben jene „Branchenfremden“.

Wer dem Charme der fahrenden Gaukler des Traumtheaters allerdings widerstehen kann, Varieté aber trotzdem mag, hat in der deutschen Hauptstadt noch eine Traditionsadresse. „Ein Juwel des Varietés, Berlins wohl schönster Theaterraum“, zitiert das „Wintergarten Varieté Berlin“ (www.wintergarten-variete.de) gerne Presseberichte über sich. Und das 1880 gegründete Haus paart eine einmalige Show mit betörender Eleganz.



Spiel mit der Phantasie: Mit passender Musik untermalt, präsentieren Varieté-Künstler ihr Können. Foto: Salome

Reichlich Mist

Betr.: Politiker

Wer nicht mal Mist gemacht hat, der werfe den ersten Stein! Aber unsere Politiker machen reichlich Mist und leben oft vom Steine werfen ... **Adalbert Ullrich, Stuttgart**

»Du spürst die Freiheit erst, wenn du gefangen bist«

Betr.: Leserbrief „Nur Gedenkstätten für ‚die anderen'" (Nr. 44)

Heinrich George wird man allein auf Grund seiner herausragenden schauspielerischen Leistung, die er in Filmen wie „Berlin Alexanderplatz" oder „Der Postmeister" erbracht hat, nicht vergessen können! Überdies ist er aber im KZ Sachsenhausen noch zum Dichter (Lyriker) und gläubig im neutestamentlichen Sinne geworden, weshalb er auch die ihm seitens der KZ-Leitung wiederholt angebotene Sonderbehandlung strikt ablehnte.

In diesem Zusammenhang ist auch Georges Gedicht „Du spürst die Freiheit erst, wenn du gefangen bist ..." zu sehen. **Albert Friedriszik, Hannover**

Einsame Patrioten

Betr.: „Dann ändern wir das Grundgesetz!" (Nr. 44)

Der Vorschlag des Bundespräsidenten Köhler, im Zuge der beabsichtigten Privatisierung der Flugsicherung das Grundgesetz zu ändern, mutet schon etwas eigenartig an. Aber was soll's, wir sind ja schon an derartige „Flickschustereien" am Grundgesetz gewöhnt. Was nicht paßt, wird einfach passend gemacht und immer zum „Wohle" des Volkes, so meint man. Aber, bezieht man bei der Betrachtung die Bestrebungen von Frau Merkel mit ein, bei der sich demnächst bietenden Gelegenheit sich dafür einzusetzen, daß die EU-Verfassung doch noch akzeptiert wird, dann, ja dann, kann man das Grundgesetz sowieso entsorgen! Der Bezug auf den Art. 87 des GG ist sowieso „Heuchelei", denn die Post ist schon lange privatisiert und die Bundesbahn soll auch verhökert werden. Und wenn das EU-Recht erst gilt, dann wird alles viel leichter. Hierzu nur eine von vielen Tücken dieser gepriesenen EU-Verfassung eines „Europa-Staates", wo zum Beispiel in Artikel 1 bis 27 zu lesen ist: „Ein Mitglied der Kommission legt sein Amt nieder, wenn es vom Präsidenten dazu aufgefordert wird." Das Wort Demokratie wird dann auch zweckmäßigerweise in „EU-Diktatur" umbenannt und unsere tollen Parlamentarier werden durch Überflüssigkeit alle frühverrentet! Aber ein Glück: Einige Patrioten leben noch, Dr. Peter Gauweiler (CSU) und Prof. Dr. jur. K. A. Schachtschneider haben dem Bundesverfassungsgericht ihre Bedenken in einer Verfassungsbeschwerde vorgetragen, das mit kurzen Worten gesagt für eine Entscheidung zur Zeit keine Priorität sieht. Fazit: Hoffentlich bleiben uns die Patrioten noch erhalten, obwohl die Leistungen der Parlamentarier entbehrlich wären! **Horst Schmidt, Höhbeck**

Auf manchen Hauptschulen geht es durchaus zivilisiert zu

Betr.: „Tanzen in der Terrorschule" (Nr. 45)

Es gibt wohl in jeder Stadt so eine Schule wie die Rütli-Schule. In meiner Stadt wird so eine Schule schöngeredet und vieles vertuscht. Es sind aber nicht alle Hauptschulen so wie die Rütli-Schule. Einige Hauptschulen sind teilweise besser in ihren Umgangsformen als manche Realschulen. Und nicht alle Deutschen, die die Hauptschule besuchen, kommen aus der Unterschicht. Es gibt genug Kinder und Jugendliche, die einfach nicht lernen wollen, keine Hausaufgaben machen, und da sind die Eltern auch machtlos. Mein Sohn wollte auch unter anderem keine Hausaufgaben machen und war dann letztendlich auch auf einer Hauptschule. In dieser Hauptschule ging es zivilisierter zu als vorher auf der Realschule. Fast alle hatten gute Umgangsformen. Ein Großteil der Kinder waren Deutsche und auch fast nur die deutschen Eltern haben sich in der Schule engagiert. Wenn aber Muslime sagen, daß die Lehrpläne und Verordnungen in den Schulen verhandelbar sind, wie soll denn da Ordnung reinkommen. Wir Deutschen kämen gar nicht auf die Idee, die Lehrpläne in Frage zu stellen. Und ich denke mir, überall dort, wo der muslimische Anteil der Schüler überwiegt, herrscht Chaos und Gewalt. So auch bei uns in Aachen.

Ich finde es auch nicht richtig, daß man dann für diese Schulen extra Mittel zur Verfügung stellt, indem man Sozialarbeiter bezahlt. Die muslimischen Eltern und auch die Kinder sollten sich hier besser integrieren, aber die haben hier ja Narrenfreiheit, lachen hinterrücks über die Deutschen.

Die Ausländer in Deutschland wissen auch, wie sie meist bei Körperverletzung gegenüber Deutschen straffrei ausgehen könne beziehungsweise es kommt erst gar nicht zur Anklage.

Sie behaupten einfach, der Deutsche hätte rechtsextreme Äußerungen gemacht. Damit prahlen die ausländischen Jugendlichen. Die Deutschen sind dann machtlos.

Uschi Ross, Aachen

Voller Schmerz

Betr.: „Wo die Enge bedrohlich wirkt" (Nr. 46)

Es mag an meinem Alter liegen (81), auch daran, daß ich selbst Soldat war: Als ich das U-Boot-Ehrenmal an der Kieler Förde besichtigte und die Namen der so vielen in der Tiefe gebliebenen Besatzungen las, standen mir die Tränen in den Augen. Wenn ich lese, daß von 30 000 U-Boot-Soldaten den Zweiten Weltkrieg nur 5000 überlebt haben, ist das für mich nur Horror, Erschütterung und Bewegtsein. Fasziniert bin ich nicht, nur voller Schmerz über soviel wertvolles Leben, das unser Land im Frieden dringend gebraucht hätte.

Ich schreibe seit einigen Monaten aus den im Krieg versandten Rundbriefen von fünf Nationalpolitischen Erziehungsanstalten an ihre Ehemaligen ab, was sie von ihrem Erleben aus diesem furchtbaren Krieg berichtet haben. Besonders nahe geht mir dabei, wenn ich Berichte abschreibe, deren Verfasser als „gefallen" aufgezeichnet sind. Alles junge U-Boot-Soldaten, die einmal wie Grass zur faszinierenden U-Boot-Waffe wollten und im Gegensatz zu ihm auch gelangt sind und es mit ihrem Leben bezahlt haben. **Dieter Pfeiffer, Berlin**



Nicht immer so schlecht wie ihr Ruf: Chemieunterricht in einer Hauptschule in Iserlohn Foto: pa

Zu viele Täter

Betr.: „Streit um DDR-Vergangenheit" (Nr. 45)

Wie einfach wäre es doch, wenn wir keine Täter unter uns hätten, auch niemanden, der vor dem Mauerfall mit der SED Händchen hielt, und auch keinen, der sich eine Wiedervereinigung in der umgekehrten Richtung gewünscht hätte. Dann würde sich das Stasi-Unterlagen-Gesetz von alleine erledigen. Für die Birthler-Behörde gäbe es keine Arbeit mehr, denn wir hätten ja keine verborgenen Stasi-Knechte mehr unter uns.

Aber so einfach ist das eben nicht. Es haben noch zu viele dieses Nachforschen zu fürchten, und es gibt auch Parteien, die nicht wollen, daß noch einmal deutlich wird, wie ungelegen ihnen diese Wiedervereinigung von Ost nach West gekommen ist. Denken wir nur beispielhaft an den Berliner Parlamentspräsidenten Momper, der zur Zeit des Mauerfalls Regierender Bürgermeister war. Der Mann mit dem roten Schal brachte das Wort „Wiedervereinigung" nicht über seine Lippen, es durfte nur ein Wiedersehen sein, nach dem man ja bekanntlich wieder nach Hause geht. **Will Kügler, Oschatz**

Mein Vater war in der Geburtsstunde Niedersachsens 1946 mit dabei

Betr.: „Die Briten gründen Niedersachsen" (Nr. 43)

Ergänzendes kann ich dem vorzüglichen Bericht Manuel Ruoffs nur deswegen hinzufügen, weil mein Vater, der Geheime Justizrat Dr. Walther Seelmann-Eggebert, in den Jahren 1945/46 enger Mitarbeiter und Justitiar des späteren Ministerpräsidenten Kopf war und entscheidend Anteil an den Vorgängen hatte, die zur Gründung des Landes Niedersachsen geführt haben.

Allerdings befand ich selbst mich bis Ende 1955 in sowjetischer Gefangenschaft, aus der ich nach Hannover als „Amnestierter" entlassen wurde; inzwischen bin ich jedoch auch „rehabilitiert". Was ich dennoch mitteilen kann, stammt aus Berichten, Biographien und Schriftstücken, die ich im Nachlaß meines Vaters entdeckt habe.

Als Ranghöchster im Oberpräsidium war mein Vater zugleich Stellvertreter des Oberpräsidenten und maßgeblich an allen wesentlichen Verordnungen in der turbulenten Nachkriegszeit sowie dem Verkehr mit der englischen Militärregierung in Hannover beteiligt.

Die erste Sitzung des Gebietsrates fand am 15. November 1945 statt, weitere folgten in relativ kurzen Abständen und an wechselnden Orten. Im wesentlichen ging es immer darum, die durch die Kriegsfolgen miserablen Lebens- und Verkehrsverhältnisse allmählich zu verbessern und für die Besetzung wichtiger Posten die richtigen Leute zu finden, da durch die „Entnazifizierung" viele eingearbeitete und auch bewährte Personen nicht mehr zur Verfügung standen. Und dadurch, daß bisherige Reichs- und Ländergrenzen nicht mehr existierten, sondern von den Besatzungsmächten recht willkürliche „Militärregionen" geschaffen wurden, herrschte zunächst im Bereich aller Verwaltungen ein unbeschreiblicher Wirrwarr.

Dessen Entflechtung und eine Neugliederung waren auch deswegen mühsam, da die Militärs, auf die man angewiesen war, in diesem Bereich über wenig Kenntnisse und auch nicht immer über Verständnis verfügten. Hier kam man nur mit diplomatischem Vorgehen weiter.

Den Auftrag, den Gebietsrat einzurichten, hatte Dr. Walther Seelmann-Eggebert erhalten. Dieser Sonderauftrag machte viele Rücksprachen erforderlich. Um sich über die Lage zu orientieren, beziehungsweise berufliche Möglichkeiten zu erkunden, kamen viele profilierte Besucher zu meinem Vater, häufig solche, die durch Flucht und Kriegsfolgen nach Niedersachsen geraten waren.

Im Dezember trat Bremen, als amerikanisches Besatzungsgebiet eine Enklave, dem Gebietsrat bei. Von jetzt an lautete seine Bezeichnung „Gebietsrat Niedersachsen". Von allen Regierungsspitzen, die er in dieser Zeit kennengelernt hatte, hat Dr. Walther Seelmann-Eggebert der bremische Bürgermeister Kaisen, aus dem Arbeiterstand hervorgegangen, am meisten imponiert. Er schilderte ihn als einen glänzenden Redner, ebenso bescheiden wie gewandt im Auftreten, der es durchaus auch verstand, „mit silbernem Geschirr zu repräsentieren". Wenig Verständnis, ja Unwillen zeigt Kaisen darüber, daß sein Parteifreund Kopf wohl listig bemüht war, auch Bremen allmählich seinem Herrschaftsbereich einzuverleiben. Schon im Januar 1946 macht er ihm klar, und zwar anhand vieler Beispiele, „daß diese Verhältnisse nicht förderlich sind für die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen Bremen und Hannover ... ich kann mir unmöglich ... gleichzeitig noch gefallen lassen, daß die Sachbearbeiter des Oberpräsidiums auf eigene Faust in meine Verwaltung hineinfunken".

Das Antwortschreiben Kopfs, von meinem Vater etwas entschärft, gibt zu, daß die geschilderten Schwierigkeiten „im höchsten Maße verdrießlich" waren, nicht aber „begründet in dem Machthunger Hannovers und seines Oberpräsidenten, wie es nach den Presseangriffen aus Bremen und Oldenburg scheinen könne". Er wies auch die „Vermutung von sich", seine Behörde wolle mit Hilfe ihres englischen „Leib-Commanders" eine eigene Politik betreiben, und ergänzte: „In meinem Schlepptau befindet sich, wie ich leider feststellen muß, die Militärregierung nicht."

Als Leiter der Gebietskanzlei nahm Dr. Walther Seelmann-Eggebert zum letzen Mal am 11. Juni 1946 an der achten Sitzung des Gebietsrates Niedersachsen im Rathaus von Cuxhaven teil. In dieser ging es um Fragen des Schutzes der gewerblichen Wirtschaft, eine Sperre für die Errichtung von Handwerksbetrieben, um das Schornsteinfegerwesen und die Entnazifizierung, die Kontrolle und Freigabe von Bauvorhaben sowie die „Abmeierung" von Landwirten wegen ungenügender Ablieferung. An der neunten Sitzung in Celle am 6. Juli nahm mein Vater bereits nicht mehr teil; es wurde ihm lediglich für seine Dienste gedankt. Am 2. Juli war er nämlich auf eigenen Antrag hin bereits seiner Stellung entbunden worden. Dazu kam es, weil eine Gruppierung der SPD, die den Posten gern mit eigenen Leuten besetzen wollte, ihm vorwarf, kein eigentlicher „Siedlungsfachmann" zu sein, und ihn überdies beschuldigte, ein „Monarchist" zu sein. Mein Vater konnte zwar diese „Vorwürfe" entkräften – den „Monarchisten" hat er gewiß nicht als Beleidigung empfunden –, auch nachweisen, daß er nie politisch tätig gewesen sei und einer Partei je angehört habe, wohl aber der Bekennenden Kirche, jedoch erkannte er zugleich, daß man seine Dienste nicht mehr zu brauchen glaubte. So beendet er seine Tätigkeit beim Oberpräsidium, die ihm an und für sich Freude bereitet hatte, und machte sich ein letztes Mal als Rechtsanwalt und Notar in Hannover wieder selbständig, wurde auch bald Justitiar der Arbeitsgemeinschaft für Agrarfragen des Baron Knigge. Der Kreis schloß sich.

Durch mehrere monatelange Reisen nach England in seiner Zeit als Amtsrichter, bei denen er sich mit englischem Recht beschäftigt und eine Arbeit über die Londoner Polizeigerichte gefertigt hatte, verfügte er über gute Sprachkenntnisse, durch jahrzehntelange Beschäftigung mit Problemen der Landwirtschaft beherrschte er dieses Gebiet vorzüglich. Und so gelang es ihm tatsächlich, die englischen Offiziere davon zu überzeugen, daß eine – zunächst geplante – sogenannte Bodenreform Niedersachsen nur Nachteile gebracht hätte: Sie blieb dem Land erspart. **Will Seelmann-Eggebert, Ahlhorn**

Meinungsfreiheit

Betr.: „Presse unter dem Auge des Kreml" (Nr. 46)

Daß Kritiker der russischen Regierung schnell zu Tode kommen können, haben wir erfahren. Wir können das leider nicht ändern und hätten zudem auch genug zu tun, um uns über den Zustand der eigenen Presse Gedanken zu machen und Abhilfe zu fordern wie zu fördern.

Wir haben es doch mit dem Phänomen zu tun, daß Deutschlands Bürger von einer gewissermaßen vereinheitlichten Presse so informiert werden, wie es das Vaterunser der veröffentlichten Meinung, die „Political Correctness" verlangt. Das Strafgesetzbuch wie von den Medien sich selbst auferlegte und weitergereichte Tabus haben einen Bürger geformt, der von der Geschichte des eigenen Volkes nur ein von anderen vorgeformtes Bild besitzt. Ich finde das nicht gut und meine, daß die Deutschen wirkliche Meinungsfreiheit weit besser bekäme. **Waltraut Schenk, Fürth**

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Nahe am Tod

Betr.: „Im Stich gelassen“ (Nr. 44)

Der Artikel von Hans Heckel (Politik fällt Bundeswehr in den Rücken) ist realistisch. Vielleicht war es geschmacklos, als sich Soldaten mit Schädeln fotografieren ließen, beurteilen kann das nur, wer dort ist. Aber hatte nicht auch Goethe einen Schädel auf dem Schreibtisch? Und das Soldatenhandwerk ist immer in der Nähe des Todes. Jedoch die Medien haben wieder eine Beschuldigung daraus gemacht und die Politiker äußern „tiefe Abscheu“. Wie heuchlerisch, kümmern sie die Knochen der gefallenen Deutschen? Es sieht vielmehr so aus, daß Araber und Afghanen aufgewiegelt werden sollen, nun auch die deutschen Soldaten als Feinde zu betrachten.

Im übrigen hatte der berühmte Generalfeldmarschall August von Mackensen, Verteidiger Ostpreußens 1914 und Held vieler Schlachten im Osten, auch einen großen Totenschädel auf der Fellmütze seiner Uniform der Totenkopfhusaren. Wie kein anderer verkörperte er das wilhelminische Preußentum.

Klaus Pawel, Kaiserslautern



Afghanistan-Einsatz: Bundeswehrsoldaten helfen beim Aufbau einer Schule in Mazar-i Sharif. Foto: Reuters / Corbis

Leichtfertig

Betr.: „Dann ändern wir das Grundgesetz“ (Nr. 44)

Das ist schon erschreckend, wie leichtfertig besonders linke Politiker mit dem Grundgesetz umgehen. Wenn das Fundament Risse bekommt, kann ein ganzer Bau in die Brüche gehen. **Albert Kallus, Augsburg**

Tradition wahren

Betr.: „Neues Stadtwappen“ (Nr. 45)

Königsberg, und nicht nur die alte ostpreußische Hauptstadt, jetzt auch Gumbinnen, haben neue Wappen. Warum? Vergleichsweise haben andere Städte (Danzig, Memel, Allenstein) ihr altes Wappen behalten, ich denke sogar aus gutem Grund: Tradition!

Gerade die Russen graben im nördlichen Teil Ostpreußens nach historischen Wurzeln, und immer wieder stoßen sie in Königsberg auf Altstadt, Löbenicht und Kneiphof. Der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. vereinigte 1724 die drei Städte und schuf das Wappen. Schade! **Manfred Kremp, Bremen**

Schädelskandal sollte nur vom Libanon-Mandat ablenken

Betr.: „Im Stich gelassen“ (Nr. 44)

Zunächst: Es ist entwürdigend, inakzeptabel und peinlich, daß deutsche (auch andere?) Isaf-Soldaten mit Totenschädeln posieren, die in einer von der Deckschicht abgetragenen, den Soldaten seit langem bekannten Kieskuhle lagen.

Abgetragen wurde die Deckschicht von einheimischen Afghanen. Da es muslimischen Bräuchen nicht entspricht, ihre toten Mitmenschen in Massengräbern zu verscharren, muß zumindest die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, daß es sich bei den Toten um russische Soldaten handeln kann. In diesem nicht ohne weiteres von der Hand zu weisenden Fall müßte die russische Regierung dafür sorgen, daß ihre Soldaten endlich eine würdige Bestattung finden.

Die geradezu herbeigesehnte Äußerung der afghanischen Regierung entbehrt unter diesen Gesichtspunkten nicht einer erheblichen Heuchelei. Dieses alles sollte den Medien bekannt sein und in seriöser Berichterstattung auch so in Erwägung gezogen werden, statt quotengeil (angekaufte?) Bilder auf die Seite 1 zu setzen. Die wie immer in Deutschland ausbrechende Hysterie bei den Medien zwingt nach meiner Meinung, folgende Fragen zu stellen: Wieso bringt die größte Boulevardzeitung die erste Meldung just an dem Tag, an dem das neue Weißbuch der Bundeswehr vorgestellt werden sollte? Was wird bezweckt? Wer hat ein Interesse daran, die Bundeswehr anzugreifen?

Welche Zeitung, welchen Fernsehsender hat es bisher interessiert, daß bisher allein 27 Soldaten im Auslandseinsatz umgekommen sind, 18 davon in Afghanistan. Wen hat es bisher interessiert, unter welchen psychischem Druck sich die jungen Leute in einer latent feindseligen Umgebung befinden, wenn sie heute nahezu weltweit eingesetzt werden?

200 000 deutsche Soldaten haben bisher in Auslandseinsätzen das Ansehen der Bundeswehr und der Bundesrepublik Deutschland gemehrt.

In guten Zeiten gibt es mehr Besuchsanträge der Politiker als die Truppe ertragen kann, wenn es möglicherweise schlecht steht, tauchen alle ab und klagen, wie schrecklich das alles sei. Bisher hat die Politik doch ohne Widerspruch verkündet, daß Deutschland am Hindukusch verteidigt werden muß. Gefordert ist die Solidarität mit den Soldaten unserer Bundeswehr, die zu 99,9 Prozent ihren Job machen.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Medien durch ihre Berichterstattung geradezu eine Eskalation in Afghanistan herbeischreiben oder -reden wollen, damit wieder Sensationen verkündet werden können.

Nach den bisher vorliegenden Fakten kann auch nicht mehr von der Störung der Totenruhe nach Paragraph 168 StGB gesprochen werden, allenfalls kommt „beschimpfender Unfug“ nach einem Standardkommentar der Rechtssprechung in Frage und es müssen auch da die genauen Umstände geprüft werden.

Oder ist das alles nur ein großes Ablenkungsmanöver. Offensichtlich ist unsere Marine mehrfach von Flugzeugen Israels überflogen und beschossen worden, Schiffe wurden mit dem Feuerleitradar angepeilt.

Es scheint so, daß dem Bürger verkaufte „robuste Mandat“ vor der Küste Libanons eher als „lame duck Mandat“ zu bezeichnen ist. Wie kann man sich auf so etwas einlassen?

Fragen danach als absurd zu bezeichnen, ist ein starkes Stück. Da ist wirklich Aufklärung notwendig. **Peter Schiller, Kisdorf**

Mit Schimpf und Schande

Betr.: „Im Stich gelassen“ (Nr. 44)

Wer den profunden Beitrag von Hans Heckel aufmerksam liest, dem muß um die Zukunft der Bundeswehr angst und bange werden.

Außerdem läßt er Zweifel aufkommen, ob der derzeitige Verteidigungsminister seinen Aufgaben als oberster Vorgesetzter der Soldaten gewachsen ist.

Wie sonst ist es zu verstehen, daß er aufreißerische Aufnahmen in der Zeitung mit den vier großen Buchstaben zum Anlaß nahm, seine Soldaten mit Kübeln voller Dreck zu überschütten und sie – Zack! Zack! – spontan aus dem hohlen Bauch mit Schimpf und Schande davon zu jagen.

Diese jungen Soldaten der untersten Rangstufe, die zur Verteidigung der Freiheit der Bundesrepublik an den Hindukusch abgeordnet waren und hier unter Einsatz ihrer Gesundheit und auch ihres Lebens die Drecksarbeit an vorderster Front erledigen, hatten sich mit den Schädeln einen Dummejungenstreich erlaubt, ohne damit irgendwelche politischen Absichten zu verfolgen. Dem obersten Vorgesetzten hätte es besser zu Gesicht gestanden, mit Besonnenheit den Ursachen nachzugehen.

Der spontane und völlig unüberlegte Entschluß des Franz Josef Jung zeugt eher davon, daß ihm jegliche Menschenkenntnisse fehlen.

Oder sollte er gar Angst vor seinen Freunden und deren Häme gehabt haben?

Das wäre ein weiteres Zeugnis für fehlendes Selbstbewußtsein. Der Aufschrei weiterer Politiker aller Couleur und selbst der der Bundeskanzlerin mögen eine Pflichtübung gewesen sein, um den Verteidigungsminister nicht öffentlich zu desavouieren.

Walter Grubert, Hannover

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Klaus D. Voss
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Jürgen Liminski.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 € monatlich, Luftpost 14,50 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf . – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51
http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3215**

Keiner scheint die Enteignungen der Nachkriegszeit zu bedauern

Betr.: „Keine Einsicht in alte Fehler“ (Nr. 43)

Diesem Artikel kann im wesentlichen nur zugestimmt werden!

Es wäre nur zu bemerken, daß bereits während der Prämilinarien das Bundesverwaltungsgericht in fragwürdiger Weise regierungsamtlich getäuscht wurde, wie es bis heute heißt. Das führte dann zu dessen irreführendem Urteil (laut späterer angeblicher Äußerung des Bundespräsidenten Roman Herzog).

Was aber bei dieser ganzen Sachlage so äußerst beschämend wirken muß und unserem Volke kaum zur Ehre gereichen dürfte, scheinen mir dazu diese offensichtlich fast gleichgültig hingenommenen Tatsachen einer praktisch vollzogenen Enteignung 100 000er von Mitbürgern der sogenannten „neuen Länder“ in den Jahren 1945 bis 1949 und der Zwangskollektivierung von Bauern in rund 800 000 Fällen in den Jahren 1952 bis 1960 zu sein.

Wenn also 600 000 bis 700 000 vor allem mittelständische Betriebe, Geschäfte, Bauernhöfe und Güter (unter letzteren befanden sich übrigens nur 3,75 Prozent sogenannte „Junker“) aus der Gesamtwirtschaft der Ostländer quasi herauskatapultiert wurden, sind die Folgen wohl für jedermann begreiflich ...

Und wenn nun nach der Wiedervereinigung unverzüglich eine Rücküberführung an die eigentlichen Besitzer dieser wirtschaftlichen Kapazitäten stattgefunden hätte – soweit dies noch möglich sein und wie es die Rechtslage hierzulande erforderlich gemacht haben sollte, hätte man eigentlich davon ausgehen können, daß die früheren Eigentümer ziemlich spontan dem Westen wieder den Rücken zugewandt hätten. Sie hätten ihr Eigentum, das teilweise seit Generationen im Familienbesitz war, wieder übernehmen, es verpachten oder verkaufen können.

Damit wäre ein beträchtlicher Teil der heute fehlenden Wirtschaftskapazität zurück in den Kreislauf gelangt und damit so manche Lücke geschlossen.

Das heißt nun für viele frühere Eigner, fern ihrer Heimat – zum Beispiel in Bayern, die seinerzeit noch ziemlich unterentwickelten Wirtschafts- und Industrie-Kapazitäten weiter in Gang zu halten oder in Westdeutschland, an Rhein und Ruhr ihren beruflichen Fähigkeiten nachzugehen.

Ganz abgesehen auch von den vielen jugendlichen Abwanderern wegen des dort ja permanenten Mangels an Lehrstellen.

Man darf überzeugt davon sein, daß unter anderen Umständen die Arbeitslosenrate wohl kaum die Hälfte der derzeitigen in den neuen Ländern betragen dürfte.

Ein paar bekannte und leistungsfähige Vorzeige-Unternehmen machen ja jedermann klar, wie es aussehen könnte, ohne diese faktische und moralische Demontage in den Ostländern und ihrer noch immer Millionen zählenden Bevölkerung.

Wie allerdings gewisse „Persönlichkeiten“ beziehungsweise seinerzeitige „Staatslenker“ (zum Beispiel einer mit den „blühenden Landschaften“ und seiner Finanzierung „aus der Portokasse“) ihre vorerwähnten so grandiosen Fehlleistungen, Rechtsbrüche und sonstigen Verschleierungen vor der Öffentlichkeit mit ihrem Gewissen zu vereinbaren vermögen, scheint man einmal fragen zu sollen!

Bisher machen einige dieser Herren durchaus nicht den Eindruck, als ob sie ihre „Taten“ im mindesten berühren dürfte.

Große Teile der deutschen Öffentlichkeit scheinen es ja auch ähnlich zu sehen, indem man diesen Zeitgenossen gewisse Ehrungen, Einladungen zu Vorträgen oder gar verspätete Auszeichnungen zukommen läßt! O tempora! O mores!

Karl-Gottfried Vierkorn, Stephanskirchen

Jeder tote deutsche Soldat ist einer zuviel

Betr.: „Deutsche in der Pflicht“ (Nr. 46)

Ich vermag für die deutsche Regierung nur eine Pflicht zu erkennen, unsere Soldaten schnellstmöglich nach Hause zu holen und sie nicht als Kanonenfutter verheizen zu lassen. Jeder tote deutsche Soldat ist einer zuviel. Deutschland wird nicht in Afghanistan verteidigt und auch nicht im Irak. Wenn sich in diesen Ländern die Menschen gegenseitig umbringen und religiös firmierende Terrorregime errichten, ist das zwar schlimm, und die Opfer tun uns leid, aber schließlich und endlich müssen sich die Menschen dort doch selbst befreien und selbst zum Frieden finden. **Hartmut Evers, Leutkirch**

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

MELDUNGEN

Estland will Sowjetsymbole verbieten

Reval – Die estnische Regierung beabsichtigt, das Zeigen von Sowjetsymbolen wie Hammer und Sichel ebenso wie das von NS-Zeichen unter Strafe zu stellen. Zuwiderhandlungen sollen mit einer Geldstrafe von umgerechnet 3200 Euro oder mit Haft bis zu drei Jahren geahndet werden. Der russische Außenminister Sergej Iwanow bezeichnete das Vorhaben hinsichtlich der Sowjetsymbole als „schändlich“.

Schächten trotz Tierschutz

Leipzig – Obwohl erst kürzlich der Tierschutz als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen wurde, hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig das Schächten von Opfertieren genehmigt. Geklagt hatte ein türkischer Schlachter aus Hessen. Das bedeutet, daß Rinder und Schafe ohne Betäubung geschlachtet werden dürfen, sofern ein religiöser Ritus dies vorsieht. Der Tierschutz greife dann nicht, so die Richter.

ZUR PERSON

Pinochet: Gehaßt und geliebt



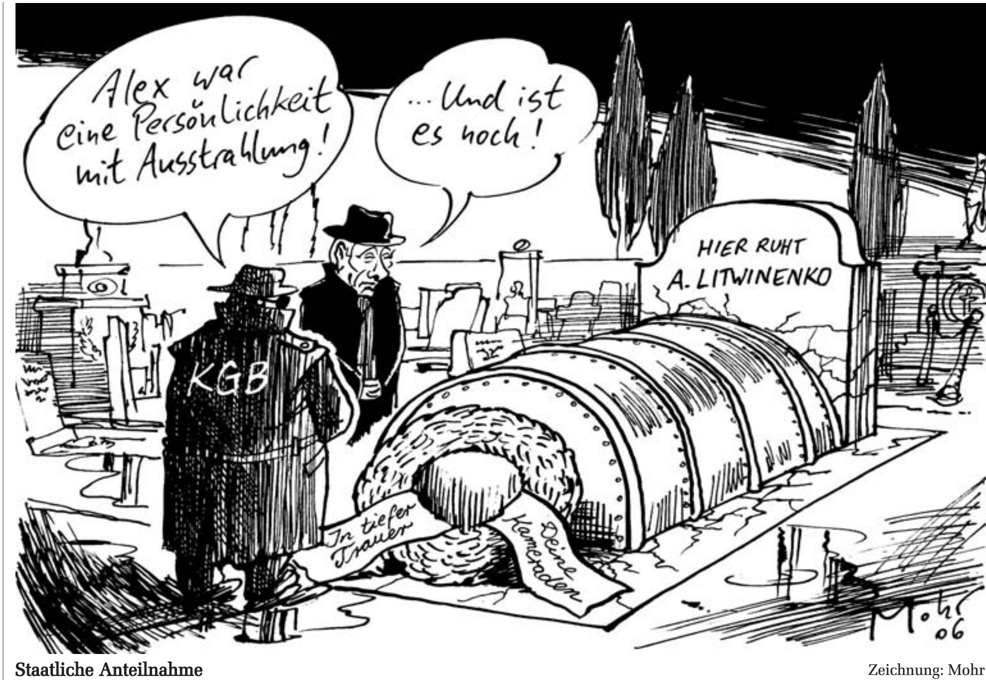
Bei Redaktionsschluß befand sich **Augusto José Ramón Pinochet**, der nach einem Herzinfarkt operiert werden mußte, auf dem Wege der Besserung. Die mögliche Genesung des 91jährigen ehemaligen Diktators von Chile ist ein Grund zur Freude – für seine vor dem Krankenhaus wartenden Anhänger, aber auch für seine Gegner, die ihn vor Gericht sehen möchten.

Pinochet hatte als Oberbefehlshaber des chilenischen Militärs am 11. September 1973 gegen den sozialistischen Präsidenten Salvador Allende geputscht, dessen Wirtschaftspolitik und Enteignungsmaßnahmen zu einer Wirtschaftskrise, zu Versorgungsengpässen in der Bevölkerung und letztlich zu einer politischen Krise geführt hatten.

Als die Militärs den Präsidentenpalast stürmten, erschoß sich Allende. Eine von Pinochet, der dem Land zur Ruhe verholfen hatte, 1980 zur Abstimmung gestellte Verfassung nahm das chilenische Volk an. Aufgrund der Verfassung kam es 1990 zu freien Wahlen, in deren Folge Patricio Aylwin Pinochet als Präsident ablöste. Der Ex-Diktator blieb Oberbefehlshaber und Senator auf Lebenszeit.

1998 jedoch, als sich Pinochet in einem Londoner Krankenhaus behandeln ließ, stellte ihn die britische Justiz aufgrund spanischer und schweizerischer Auslieferungsbegehren unter Hausarrest, ohne ihn jedoch auszuliefern.

2000 wurde der Hausarrest aus gesundheitlichen Gründen aufgehoben. Pinochet reiste nach Chile zurück, wo er erneut unter Hausarrest gestellt wurde. Gegenwärtig prüft eine „Kommission für Wahrheit und Versöhnung“ die Hintergründe von 2095 Todesfällen sowie das Schicksal von 1102 verschwundenen Häftlingen. Pinochet wird die Verantwortung für Morde und Folterungen zwischen 1973 und 1990 zur Last gelegt. *BK*



Staatliche Anteilnahme Zeichnung: Mohr

Menschliche Prozesse

Warum »es« der Mossad war, was einem die eigene Ausgrenzung so alles bringt und warum Kohle einfach zu männlich ist / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wladimir Putin muß sich fühlen wie einer, dem jemand mit voller Wucht einen Tennisball in die Geburtstagstorte pfeffert, kaum daß er glücklich die Kerzen ausgeblasen hat. Gern hätte er zum Jahresende samtene Weihnachtsbotschaften um den Planeten gesandt, auf daß das Bild eines gefestigten und zuverlässigen Rußland im Kerzenschein um so heimeliger scheinen möge auf die Gesichter der „Freunde und Partner in aller Welt“.

Alles zum Teufel: Statt an Friedensbotschaft und Weihnachtskrippe denken die Leute an Kalten Krieg und Hexenküche, wenn es um Rußland geht. In der Küche sehen sie Putin am brodelnden Kessel voller Gift, das seine bösen kleinen Dämonen den Widersachern später ins Sushi mixen.

Der britischen Presse rutschen zum richtigen Zeitpunkt „namentlich nicht genannte“ britische Geheimdienstler aus dem Ärmel, die die Schuld Moskaus schon für ausgemacht halten. Der Zuträger der „Times“ ist überzeugt, daß der Russengeheimdienst FSB einen „ausgeklügelten Anschlagsplan“ gegen Litwinjenko ausgetüftelt habe.

Wenn das so ist, müssen die russischen Schlapphüte seit dem Ende der Sowjetunion ziemlich unter die Räder gekommen sein. Einst waren sie Meister darin, mißliebige Elemente diskret und ohne Hinterlassung von Spuren zu entsorgen. Sollten mit der Tat andere Kontrahenten gewarnt werden, so wußten die sowieso bescheid, wer's war. Aber nachzuweisen war dem KGB nichts, darauf kam es an.

Gegen diese Raffinesse erscheint der Litwinjenko-Mord so ausgeklügelt wie ein nächtlicher „Überraschungs-“Angriff mit Blasmusik und Leuchtraketen. Öffentlicher geht's nicht: Alle wußten, daß manche in Moskau einen ganzen Hühnerhof mit dem Exilanten zu rupfen hatten. Die Tatwaffe „Polonium 210“ blieb im Körper des Opfers zurück, ihre Herkunft ist recht präzise nachzuweisen – und gestorben ist der arme Kerl im Rampenlicht der Öffentlichkeit, derweil der oberste Chef der Russen-Bonds, Präsident Putin eben, tagelang am Spieß der weltweiten Empörung brutzelte. Wenn die Informationen zutreffen, die der „Times“ angeblich aus dem Halbdunkel der Agentenwelt zugetuschelt wurden, dann kann man nur sagen: Reife Leistung, meine Herren FSB-Schergen!

Aber, halt stopp! Sind wir da nicht voreilig? Jeder Schlaue denkt ja, daß Rußland nicht so blöde sein kann, einen Mord auf solche Weise zu begehen, daß der Verdacht sofort auf Moskau fällt. Was ist, wenn der FSB das einkalkuliert hat und meinte: Machen wir's so öffentlich wie möglich. Niemand wird glauben, daß wir so bescheuert sind und schwupp sind wir den Verdacht los. Merken Sie es? Jetzt wird's erst richtig spannend für uns ausgefuchste Verschwörungstheoretiker, denn von nun an kann es jeder und keiner gewesen sein. Also einigen wir uns doch besser gleich auf ... na sagen wir: auf den israelischen Mossad, der geht immer.

> Erdogan hat Merkel angerufen: »Hände hoch und keine falsche Bewegung!«

Da müsse man aber vorsichtig sein, meinen Sie? Die könnten einem vorhalten, man sei ein Antisemit, ein RASSIST? Ach! Warum denn? Multikulturell gereift haben wir heute einen viel weiteren Blick auf solche Phänomene. Der „Spiegel“ fragte den Direktor der Berliner „Rütli-Schule“, Helmut Hochschild, nach antideutschem Rassismus von Ausländern in Deutschland. Ja, den gebe es, und Araber und Türken könnten sich auch nicht riechen, weshalb jetzt die Türken in der Berliner Sonnenallee von den Arabern verdrängt würden, wie sich einst die Deutschen dort vor den Türken zurückgezogen hatten. „Daß die, die selbst ausgegrenzt werden, weiter ausgrenzen, scheint leider ein normaler menschlicher Prozeß zu sein.“

Na dann! Rassismus? Völkerhaß? Was regen wir uns auf? Früher hatten wir uns unter einem „normalen menschlichen Prozeß“ Dinge wie Verdauung oder Alterung vorgestellt, die nunmal ablaufen in uns Menschen. Nun erfahren wir, daß neben dem Harndrang auch der Drang dazu gehört, dem mit der falschen Sprache oder Herkunft oder so hin und wieder mal was auf die Kirsche zu geben, bis er endlich mitsamt seiner Mischpoke aus unserer Straße verschwindet.

Damit einem trotz der Klopperei pädagogisches Verständnis zuteil wird, sollte man sich allerdings zuvor um seine „Ausgrenzung“ bemühen, sonst kommt die Antirassismusbeauftragte! Wo man die Ausgrenzung beantragen kann? Gute Frage. Deutsche, die zugeben, daß sie sich nicht mehr so ganz daheim fühlen, seitdem sie in ihrer Straße kein Wort mehr verstehen, sind schließlich keinesfalls „ausgegrenzt“ – sie leiden unter „irrationalen Überfremdungsängsten“, die „von interessierter Seite bewußt geschürt werden“.

Nein, die Ausgrenzung bekommt man bei Politik und Medien nur unter Vorlage eines Migrationshintergrundes durch. Wem der fehlt, der sollte seine „normalen menschlichen Prozesse“ auch künftig lieber auf der Toilette zu Ende bringen.

Der türkische Ministerpräsident Erdogan hat gelernt, was man mit so einer anerkannten Ausgrenzung anfangen kann: Durchs Telefon hat er Angela Merkel angeherrscht, „welchen Schaden ein einziger falscher Schritt anrichten“ könne. Es geht um die mit aller eurokratischen List ins Stocken gebrachten Beitrittsgespräche. Die Erdogan-Durchsage klingt im Grunde wie „Hände hoch und keine falsche Bewegung!“ Das darf man nur als Ausgegrenzter sagen.

Die Nostalgiker der Romantik Anfang des 19. Jahrhunderts hätten ihre Freude an der Entwicklung unseres Landes am Beginn des 21. Jahrhunderts. Sie schwärmten damals für das heroische Mittelalter. In jener Epoche gab es nicht bloß ein Recht für alle. Da hatte jeder seinen eigenen Status und damit verbundene Privilegien. Das hing meist von einer speziellen Herkunft ab. Dumm waren nur die dran, die gar nichts Besonderes waren, Volk eben. Die hatten den „Zehnten“ zu entrichten und die Klappe zu halten.

Dabei gliederte sich die Privilegiengesellschaft in immer weiter verzweigte Grüppchen mit den unterschiedlichsten Sonderrechten auf. Das Verteilen der Sonderrechte diente nicht nur den Begünstigten, sondern auch den Herrschern, die sich auf diese Weise Treue erkauften. Dabei ist es sinnvoll, möglichst kleine Geschenke, am besten nur symbolische, über möglichst große Gruppen auszukippen.

Rot-Grün hatte da beispielsweise die Frauen im Blick. Deshalb wurde beschlossen, daß alle künftigen Bundeshaushalte nach Geschlechtergerechtigkeit zu überprüfen seien, man taufte das „gendering“ nach dem Englischen Wort „gender“, gleich Geschlecht.

Berichten zufolge bereitet die Genderei dem amtierenden Bundesfinanzminister Peer Steinbrück allerdings Kopfzerbrechen: So sei, wie der „Focus“ berichtet, die Subvention des Kohlebergbaus als Staatsausgabe ausgemacht worden, die einseitig Männerberufe bevorzuge. Kumpelinen sind selten unter Tage, wenn's überhaupt welche gibt. Nun sucht Steinbrück also nach einem Bezuschussungsobjekt, mit dem er die Kohlesubventionen gegengendern könnte. Wir sehen: Der Subventionsabbau geht in eben solchem Tempo voran wie der Abbau von Lohnnebenkosten und Bürokratie.

Dabei sind wir es eigentlich leid, daß uns der Fiskus immer brutaler abzieht, um uns anschließend mit einem zerzausten Rest unseres eigenen Fells notdürftig warmzusubventionieren.

„Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben beschränken“, fordern daher Politiker, um anschließend genau das Gegenteil voranzutreiben. Ja, ärgerlich, nicht wahr? Aber sie sind nicht alle so: Bayerns Innenminister Günter Beckstein weiß noch, was der Staat vor allem anderen zu garantieren hat: Sicherheit. Wer die gefährlichen „Killerspiele“ vertreibt, wo am Computer menschenähnliche Wesen verletzt werden, soll laut Beckstein künftig mit einem Jahr Gefängnis rechnen müssen. Donnerwetter! A propos: Wieviel bekommt man eigentlich für echte Körperverletzung?

ZITATE

Der „Spiegel“ vom 4. Dezember hat ***Schwierigkeiten****, einen* ***Kurs bei der CDU*** *zu entdecken:*

„Die CDU ist dafür, daß ältere Arbeitslose länger Arbeitslosengeld bekommen, und die CDU ist dafür, daß der Kündigungsschutz gelockert wird. So gibt es Signale in zwei entgegengesetzte Richtungen: mehr Sozialdemokratie und mehr Wirtschaftsliberalismus. Das ist wie die Addition einer positiven und einer negativen Zahl, und die kann bei null enden, im Nichts, in der Leere. Auch für diese Nichtpositionierung hat Angela Merkel 93 Prozent der Stimmen bekommen.“

Ad Melkert, Untergeneralsekretär der UN, *fordert angesichts prekärer hygienischer Verhältnisse in* ***Dritte-Welt-Ländern*** *gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen“ ein* ***offenes Wort an die Hilfsempfänger****:*

„Zugang zu sauberem Wasser ist ein elementares Menschenrecht. Während sich die Weltgemeinschaft darum bemüht, die Trinkwasserversorgung zu verbessern, packt sie die sanitären Probleme zu wenig an. Unsere höfliche Zurückhaltung, über die Beseitigung menschlicher Exkremente und ihre Trennung vom Trinkwasser zu sprechen, fordert Menschenleben. Es wird Zeit, daß wir uns trauen, offen über Scheiße zu reden.“

Der bayerische evangelische ***Landesbischof Johannes Friedrich*** *vor der Landessynode in Rummelsberg zur* ***umstrittenen Bibelübersetzung*** *„In gerechter Sprache“, in der Gott unter anderem als „die Göttliche“ übersetzt worden ist:*

„Anders als Gott ist der Teufel offensichtlich nur maskulin. Immerhin ist er aber nicht aus dem Text eliminiert worden.“

Das ***Bundesverteidigungsministerium*** *gibt sich* ***international*** *die Ehre und titelt eine dreisprachige Broschüre zu dem höchsten militärischen Zeremoniell der deutschen Streitkräfte:*

„Der Große Zapfenstreich – The Großer Zapfenstreich – Le Großer Zapfenstreich“

Ökumene

Wieder ging der Papst auf Reisen,
doch vor Kür kam harte Pflicht
mit prophetisch heißen Eisen –
Heimspiel war es diesmal nicht.

Mehr noch, einen Umweg nehmen
mußte er vorm wahren Ziel,
sich nach Ankara bequemen,
auch wenn dies ihm kaum gefiel.

Dann erst gab es die Begegnung:
Papst und Patriarch vereint
in Gespräch, Gebet und Segnung,
wie es rechter Glaube meint.

Dieser Bruderkuß der Frommen,
angestrebt seit langer Zeit,
soll den Graben überkommen,
welcher Ost und West entzweit.

Oben ist man nun sich einig
in der Richtung – helfe Gott –
unten bleibt der Boden steinig
für das Volk im alten Trott.

Und noch weit ist's, nota bene,
zum vereinten Seelenheil,
denn sogar bei Ökumene
steckt der Teufel im Detail ...

Pannonicus